

# Volksmacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und in den Hauptausgaben der „Volksmacht“, Neue Gausenstraße 6 und Friedenthalerstraße 106, Wollschloßstraße 150, sowie durch alle Anstalten zu beziehen. Bezugspreis im voraus für ein Viertel monatlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml. monatlich 1,75 Rml. + 85 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einsch. Aufstellungsgebühren 2,40 Rml.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 217 37, Redaktion 217 36  
Postfach-Konto Postfach-Amt Breslau Nr. 5852  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, III Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereinskommunikation und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer wählen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Bismarckstraße 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unserlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

# Weitere Zuspitzung der politischen Lage

## Die Finanzverhandlungen weiter ergebnislos

Berlin, 26. März. (Eigener Bericht.)

Die politische Lage hat sich am Mittwoch noch nicht geklärt. Die Verhandlungen der Parteiführer, die den ganzen Nachmittag dauerten, haben vorerst noch keine Entscheidung der Parteien ergeben. Unverändert groß ist vor allem der Gegensatz bei der Arbeitslosenversicherung und bei dem Steuererhebungs-Programm. Demgegenüber treten die Meinungsverschiedenheiten, die bei den Steuererhebungen für das Jahr 1930 bestehen, in den Hintergrund.

Der Vermittlungsvorschlag zur Arbeitslosenversicherung, der in den Nachtverhandlungen vom Dienstag von Demokraten und Zentrum gemacht wurde, ist von der Deutschen Volkspartei insoweit abgelehnt worden, als sie nicht bereit ist, eine Beitragserhöhung über 2 Prozent hinaus zu billigen. Die Sozialdemokratie, die den Vorschlag abgelehnt hatte, weil er die bisherige unbeschränkte Pflichtpflicht des Reiches in eine beschränkte Pflicht verwandelt, hat in den Parteiführer-Besprechungen einen neuen Vorschlag gemacht. Er weicht in drei Punkten von dem Angebot der Mittelparteien ab, und zwar soll einmal, wenn die Zuschüsse des Reiches nicht ausreichen, das Reich den notwendigen Bedarf durch Darlehen decken. Ferner soll der Vorstand der Reichsanstalt, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu erleichtern, lediglich ermächtigt werden, die erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Verwaltung zu treffen, und der Reichsregierung Vorschläge zur Reform des Gesetzes zu unterbreiten. Soweit diese Maßnahmen nicht ausreichen, kann der Vorstand die Beiträge auf 2 1/2 Prozent erhöhen. Schließlich soll eine Herabsetzung der gesetzlich festgelegten Leistungen nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen.

Von diesen Abänderungsvorschlägen hat die Aufrechterhaltung der unbegrenzten Darlehenspflicht des Reiches die größte Bedeutung. Sie stößt jedoch im bürgerlichen Lager ebenfalls auf den allergrößten Widerstand, da sämtliche bürgerlichen Regierungsparteien eine Beschränkung der Leistungen des Reiches an die Arbeitslosenversicherung wünschen. Die einen, wie z. B. die Deutsche Volkspartei, will sie damit den Zwang zum Abbau der Leistungen ausüben wollen, die anderen, Demokraten und Zentrum, weil sie die Unsicherheit, die dem Reichsstat durch die Arbeitslosenversicherung droht, zu beseitigen wünschen. Da es nicht gelang, in der allgemeinen Besprechung diese Gegensätze auszuräumen, wurden die sozialpolitischen Sachverständigen der Fraktionen zu einer Sonderberatung veranlaßt, die am Mittwoch in den Abendstunden stattfand.

Bei der Ausgabenersparnis und Steuererhebung traten ebenfalls die bereits in der Nacht zum Mittwoch vorhandenen Gegensätze hervor. Obwohl unbestritten ist, daß die durch den Fortfall der Schuldentilgung und ähnlicher Posten im Jahre 1931 eintretenden Ersparnisse zur Senkung von Steuern Verwendung finden sollen, bestehen sowohl über die Höhe als auch über die Art dieser Steuerentlastung abweichende Meinungen. Die Deutsche Volkspartei verlangt eine Senkung von Steuerentlastungen in Höhe von 700 Millionen, obwohl die Reichsregierung nur mit einer Ausgabenersparnis von 600 Millionen rechnet. Von der Sozialdemokratie wird dagegen geltend gemacht, daß diese Summe übermäßig ist, so daß es gefährlich sei, diese Summe übermäßig zu beschließen. Die schon jetzt Steuerentlastungen in diesem Ausmaß zu beschließen, die Deutsche Volkspartei will außerdem nur eine Senkung von solchen Steuern, die den Besitz entlasten, während die Sozialdemokratie auch die Senkung der Lohnsteuer und der Zucksteuer, die bereits in dem Dezemberprogramm der Reichsregierung vorgesehen war, festgelegt wissen will.

Am geringsten sind die Meinungsverschiedenheiten über die Steuererhebungen. Die Mineralwassersteuer findet sehr starken Widerstand, so daß sie voraussichtlich fallen wird. Der Festbetrag kann durch die Benzolsteuererhebung aufgebracht werden, wenn die innere Ausgleichsabgabe so hoch festgesetzt wird, daß ein Sondergesetz an die inländischen Erzeuger für Benzol und Benzol vermindert wird. Die Sozialdemokratie besteht ferner darauf, daß die Aufhebung der Lohnsteuererhebungen im Jahre 1931 nicht erfolgt, und die übrigen Parteien sich hierauf jetzt bereits festlegen.

Ob es in den weiteren für Donnerstag in Aussicht genommenen Verhandlungen gelingen wird, zu einer Verständigung zu kommen und damit die Krise der Regierung und die durch die drohende Anwendung des Art. 48 zu verhängende Gefahr des parlamentarischen Systems zu verhindern, wird in erster Linie davon abhängen, ob die Sozialdemokratie ausreichende Sicherungen für den Bestand der Arbeitslosenversicherung durchsetzen kann. In dieser Frage ist die Deutsche Volkspartei durch ihre bisherige Haltung jedoch auf das Stärkste gebunden, so daß es vorerst noch sehr fraglich, ob das Ziel der Sozialdemokratie erreicht werden kann und dadurch der Weg frei wird zu einer, wenn auch schwachen, so doch immerhin denkbaren Einigung in den übrigen Finanzfragen.

Berlin, 27. März. (Eigener Bericht.)

Die Verhandlungen der sozialpolitischen Sachverständigen der Regierungsparteien, die am Mittwoch abend bis gegen 2 1/2 Uhr über die Arbeitslosenversicherung geführt wurden, verliefen ebenfalls ergebnislos. Heute vormittag werden sich die Parteiführer nochmals mit der

Lage befassen. Anschließend tritt das Reichskabinett zusammen.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß der Reichspräsident entschlossen sei, eine Finanzreform auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durchzuführen und zu diesem Zweck ein Kabinett bereits in Aussicht genommen habe.

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, schreibt zu dem bisherigen Verlauf der interfraktionellen Verhandlungen über die Finanzreform:

„Es wird sich im Laufe des heutigen Vormittags zeigen müssen, ob eine Einigung der Parteien gefunden werden kann. Für den Fall, daß auch die für heute vorgesehene Parteiführerkonferenz ohne klare Entscheidung bleibt, können wir unsere Auffassung nur wiederholen, daß dann weitere Verhandlungen und ein weiteres Hinauszögern der Entscheidung nicht nur zwecklos ist, sondern die Interessen des Reiches und auch der deutschen Demokratie nur abträglich sein können. An die Stelle der Verhandlungen werden dann verantwortungsbewusste Entscheidungen treten müssen, um jene gefährliche Lücke auszufüllen, die das Verlangen der Parteien offengemacht hat.“

Der „Vorwärts“ sagt: „Ein Rücktritt der Regierung kann ebenso logischerweise nur dann in Frage kommen, wenn der Reichstag die Entscheidung der Regierungsvorlagen verweigert oder wenn er sie ablehnt oder schließlich, wenn er sie so verändert, daß die Regierung die Zustimmung verweigern zu müssen glaubt. Uns scheint es auf alle Fälle die Pflicht der Regierungsparteien zu sein, der Regierung die Vertretung ihrer Vorlagen vor dem Reichstag zu ermöglichen und in aller Deutlichkeit die Entscheidung über das Schicksal der Finanzreform und damit auch der Regierung herbeizuführen.“

### Parteiausschuh einberufen

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Parteiausschuh zur Besprechung der politischen Lage für Freitag vormittag nach Berlin berufen. Außerdem wird u. a. auch die Agrarfrage behandelt werden.

## Wilsudkis Bruder polnischer Ministerpräsident

Warschau, 26. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der Staatspräsident hat am Mittwoch den Abgeordneten Jan Wilsudki, den jüngeren Bruder des Marschalls, mit der Kabinettsbildung betraut. Dieser Auftrag scheint auf eine Kampfanlage an den Sejm hinauszuweisen.

## Frids schlechtes Gewissen

Er kann eine Untersuchung nicht vertragen

Weimar, 27. März. (Eigener Funkbericht.)

Die thüringische Staatsregierung, die sich am Mittwoch in einer vierköpfigen Sitzung mit dem letzten Schreiben des Reichsinnenministers befaßt, beschließt, es — anerkennend — auf einen Konflikt antworten zu lassen. Sie läßt vorerst jedenfalls verlautbaren, daß sie nicht die Absicht habe, sich mit der Entsendung eines Reichskommissars einverstanden zu erklären. Vielmehr will sie gegen die Untersuchung der Verhältnisse bei der thüringischen Polizei Protest erheben. Besser kann das schlechte Gewissen des Herrn Frid nicht offenbart werden.

Eine endgültige Entscheidung über ihre Antwort auf den letzten Brief des Reichsinnenministers hat die thüringische Frid-Regierung am Mittwoch allerdings noch nicht gefällt. Sie beschäftigt vielmehr endgültig erst heute zu der Situation Stellung zu nehmen, um inzwischen das Echo auf ihre vorläufige unversöhnliche Stellungnahme abzuwarten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß Zuschüsse für die thüringische Polizei nicht geleistet werden, solange den Forderungen des Reichsinnenministers nicht entsprochen wird.

Weimar, 27. März. (Eigener Funkbericht.)

Der Vorsitzende des thüringischen Staatsministeriums, Baum war, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, mit der Entsendung des Ministerialdirektors Wenzel vom Reichsinnenministerium als Kommissar zur Untersuchung der Verhältnisse in der thüringischen Polizei einverstanden. Der Reichspräsident soll dagegen verlangt und sich dahin durchgesetzt haben, daß gegen den Reichsinnenminister nicht nur scharf polemisiert, sondern die Antwort gleichzeitig in scharfer ablehnender Form verfaßt wurde.

Die Antwort des thüringischen Staatsministeriums an den Reichsminister des Innern soll in ihrem Wortlaut heute vormittag im thüringischen Landtag bekanntgegeben werden.

## Wie warnen?

A. Kr. Die Lage im Reich hat sich entgegen der Erwartungen mancher Kreise, auch mancher Teile der Partei, den letzten Tagen wieder kritisch zugespitzt. Die Ursache dieser Zuspitzung ist vor allem die unmachbare Haltung der Deutschen Volkspartei. Daran kann man erkennen, wie unbegründet der Optimismus des „Vorwärts“ in bezug auf den Ausgang des Mannheimer Parteitags der Deutschen Volkspartei war, wie sehr es dagegen begründet war, wenn wir in dem Verlauf des Parteitags keinen Anhaltspunkt dafür finden konnten, daß die Volkspartei ihre Haltung ändern und nicht weiter aus der Reichsregierung herausstreben würde. Denn ganz offensichtlich hat sich in der Haltung der Volkspartei bislang gar nichts geändert.

Wiel wichtiger ist aber, daß immer wieder mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung gedroht wird, und daß die Parteien, so weit man sehen kann, bislang auch nicht die Sozialdemokratische Reichstagesfraktion, nichts gegen die Pläne der Reichsregierung oder des Reichspräsidenten — wer diese Pläne eigentlich hegt, ist aus all den verschiedenen Meldungen nicht klar zu erkennen —, mit Hilfe des Artikels 48 die Finanzfrage zu lösen, unternehmen. Es scheint, daß sie ein solches Vorgehen für berechtigt halten. Demgegenüber muß hier noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß wir eine Erlassung von Steuererlassen, eine Aenderung sozialpolitischer Gesetze und die Festsetzung des Stats durch den Reichspräsidenten mit Hilfe des Artikels 48 für verfassungswidrig halten. Der Reichspräsident kann nach dem Absatz 2 dieses Artikels, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet ist, eingreifen. Das ist aber nicht ohne weiteres der Fall, wenn der Etat nicht rechtzeitig zustande kommt. Deshalb kann die öffentliche Sicherheit und Ordnung ganz ungefährdet bleiben. Erst wenn in Auswirkung der Finanzkrise eine erhebliche Störung der Sicherheit und Ordnung eintreten würde, also etwa größere Unruhen entständen, kann der Reichspräsident eingreifen. Daß das geschieht, nur weil der Etat nicht rechtzeitig verabschiedet wird, ist aber garnicht zu erwarten, zumal ja auch ein Notetat in Arbeit ist, der das Fortarbeiten der Staatsverwaltung sicherstellt. Außerdem würde ein Eingreifen des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 noch nicht gerechtfertigt sein, wenn man solche Störungen befürchtet. Man hat nun dagegen eingewendet, es sei doch eine erhebliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, wenn das Reich am Quartalsultimo zahlungsunfähig wäre. Auch das heftigen wir. Aber selbst wenn es so wäre, so könnten dann doch nur Uebergangsmassnahmen dadurch gerechtfertigt werden, aber keineswegs eine Festsetzung des Stats durch den Reichspräsidenten, also eine dauernde Maßnahme. Endlich ist aber auch zur Zeit eine solche Zahlungsunfähigkeit des Reiches am Ultimo gar nicht zu befürchten. Denn wie vor ein paar Tagen mitgeteilt wurde, ist es dem Reich bereits gelungen, auf dem Wege des Kredits die Mittel für die Zahlungen des Reiches zu Quartalswechsel zu beschaffen. Eine akute Notlage liegt also gar nicht vor, wenn der Reichstag jetzt aufgelöst werden muß, weil in diesem Reichstag keine Mehrheit für den Etat oder für die Steuererlasse zu finden ist.

Aber selbst vorausgesetzt, die Frage, ob der im Art. 48 angegebene Anlaß zum Eingreifen des Reichspräsidenten gegeben wäre, wenn die Finanzgesetze nicht binnen wenigen Wochen angenommen werden, müßte bejahend beantwortet werden, so kann doch der Reichspräsident dann nicht Steuern festsetzen oder sozialpolitische Gesetze ändern. Er kann, heißt es, „die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen“. Solche Maßnahmen sind aber lediglich Maßnahmen polizeilicher Natur, Maßnahmen zur Unterdrückung von Unruhen oder dergleichen. Eine andere Auslegung des Artikels 48 widerspricht seinem klaren Wortlaut. Seit wann ist die Festsetzung von Steuern eine Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit? Eine solche Auslegung des Art. 48 würde eine völlige Unterhöhlung der Weimarer Verfassung bedeuten und dem Reichspräsidenten Befugnisse in die Hand geben, die ihm die Verfassung niemals geben wollte und die auch dem ganzen Geist und Sinn der Verfassung widersprechen.

Wir meinen daher, die demokratischen Parteien und insbesondere die Sozialdemokratie hätten allen Anlaß, von Anfang an mit aller Kraft gegen eine solche Auslegung des Art. 48 anzukämpfen. Daß man davon bis jetzt aber auch gar nichts spürt, ist tief traurig. Man soll sich doch einmal die Konsequenzen einer solchen Auslegung und Anwendung des Art. 48 klar machen. Sie würde es jeder Partei, die die parlamentarische Demokratie nicht aus vollem Herzen befaßt, ermöglichen, wenn sie zur Mehrheitsbildung notwendig ist, den Reichstag ganz auszuschalten, wenn der Etat nicht nach ihrem Geschmack ausfällt. Jeder Erpresserpolitiker wäre Lär- und Tor geblieben. Endlich wird auf diese Weise, das heißt durch Erlaß der



Steuergesetz und Befreiung des Staats auf Grund des Art. 48, die Entscheidung über diese Fragen im Grunde noch garnicht gebracht. Denn es brauchte nur eine Partei, ob im alten oder im neuen Reichstag wäre dabei gleich, die Aufhebung der Maßnahmen des Reichspräsidenten zu beantragen, so müßte der Reichstag doch wieder leben, eine Mehrheit für die Steuerfragen zu schaffen. Und das würde sicherlich beantragt werden. Dehnten Endes kommt also der Reichstag um die eigene Entscheidung in diesen Fragen gar nicht herum.

Wir haben am Schluß des letzten Jahres erst erlebt, daß die parlamentarische Demokratie durch eine außerparlamentarische Macht, damals das Finanzkapital, faktisch außer Kraft gesetzt wurde. Die parlamentarische Demokratie steht also in Deutschland garnicht auf so festen Füßen, wie es scheinen könnte, wenn man nur das ohnmächtige Toben der Wutstößen ins Auge faßt. Und wir haben daher allen Anlaß, darauf zu achten, daß auch nicht der geringste Versuch gemacht wird, sie auf scheinrechtlichem Wege zu beschränken. Wehre den Anfängen, so muß es hier mehr denn je heißen. Wir warnen deshalb dringend alle Demokraten davor, eine solche Anwendung des Art. 48 hinzunehmen. Es ist unbedingt nötig, mit aller Kraft gegen sie anzukämpfen. Es steht zuviel auf dem Spiel!

## Gegen die Todesstrafe und für Erleichterung der Wiederaufnahme

Der Justizetat im Landtag  
Berlin, 26. März. (Eigener Bericht.)

Im Preussischen Landtag fand am Mittwoch die dritte Lesung des Gesetzentwurfs über die Verlängerung der Grundvermögenssteuer bis zum 31. März 1931 und die dritte Lesung des Entwurfs über die Verlängerung der Hauszinssteuer bis zum demselben Termin statt. Die Entwürfe passierten ohne Ausprache. Die Abstimmungen darüber finden am Freitag, dem 28. März statt.

In dritter Lesung wird sodann der Gesetzentwurf über die Verringerung der zur Auflösung der Familiengüter und der Hausvermögen (Arbeitskommission) ergangenen Gesetze und Verordnungen angenommen. Ursprünglich war die Abstimmung darüber auf Freitag angelegt. Die Sozialdemokraten beantragten jedoch sofortige Abstimmung, die ohne Widerspruch der Reichsparteien erfolgte.

Dann wird die zweite Lesung des Haushalts der Justizverwaltung ohne den Abschnitt Strafvollzug fortgesetzt.

Justizminister Dr. Schmidt

betont einleitend, daß das Geschäftsjahr 1929 für seine Verwaltung in allen Zweigen ein Jahr härtester Anspannung gewesen sei. Die preussischen Vorschläge hätten dem Reichsministerium Anlaß zu einer Gesetzesvorlage gegeben, die durch Herabsetzung der Zuständigkeit der Amtsgerichte und für Zivilsachen bei vermögensrechtlichen Angelegenheiten eine Verminderung des Personals und damit eine wesentliche Ersparnis bringe. Dabei sei allerdings der Vorschlag auf Herabsetzung der Gebühren der Armenanwälte nicht berücksichtigt. In Bezug auf die Lage der Anwaltschaft sei er dafür, daß das Arbeitsgebiet der Anwälte nicht weiter eingeschränkt wird. Besonders liege seiner Verwaltung die Fortbildung der Rechtspflege am Herzen. In Bezug auf die Personalverhältnisse könne über Mangel an Nachwuchs nicht mehr geklagt werden. Dagegen sei der starke Zustrom zum Justizdienst sehr bedenklich. Im Wintersemester 1928/29 habe sich die Zahl der Studierenden der Rechtswissenschaft gegenüber 1907/08 von 7000 auf 15 000 erhöht. Bei diesem Zustrom müßte die Verwaltung Wert darauf legen, nur tüchtige Kräfte heranzuziehen und die Auslese guter Kräfte durch Beförderungen fortzusetzen. Dabei mache der Landtagsbeschluss von 1922 dem Ministerium zur Pflicht, leitende Stellen nur mit zuverlässigen Vertretern der republikanischen Verfassung zu besetzen. Kein geordnetes Staatswesen könne es zulassen, daß die leitenden Stellen im Staatsorganismus mit Beamten besetzt würden, die der bestehenden Staatsform feindlich oder auch nur innerlich feind gegenüberstehen. (Lebhafte Beifall links und in der Mitte.) Dabei könne keine Rede davon sein, daß nur die Vorzugsberechtigung eines Richters bei der Besetzung hoher Stellen von Einfluß sei. Was die konfessionelle Parität anlangt, so habe er sich allerdings bemüht, alles Unrecht wieder gut zu machen, ohne dabei die Fehler früherer Zeit zu wiederholen.

Sein Ministerium sei auch bemüht, bei der Auswahl der Richter alle Bevölkerungsschichten, insbesondere die Arbeiterklasse heranzuziehen. Mehr als bisher solle auch Rücksicht auf den Vorbehalt des § 153 der Strafprozessordnung Gebrauch gemacht werden, daß wegen geringfügiger Delikte keine Strafverfolgung eintreten soll. Es sei auch sein Bestreben, die Zahl der Anklagen wegen Verletzung der Eidspflicht zu vermindern und auf eine Einschränkung in der Abnahme von Eiden hinzuwirken. Mit allem Nachdruck habe er angeordnet, bei Straftaten gegen den Staat die Strafverfolgung zu beschleunigen. Er begrüßte deshalb, daß sich als Folge davon die Beziehungen zwischen Justiz und Presse unter Mitwirkung der Justizpressestellen in letzter Zeit erfreulich gebessert haben.

Abg. Bredner (Soz.)

Wir billigen den Geschäftsbericht und das Programm des Ministers, obwohl wir in dem letzteren manches vermissen, das Berücksichtigung verdient. Ich beschränke mich heute darauf, von den Urteilen des Arbeitsgerichts nur eines kritisch zu würdigen. Der Vorsitzende Dr. Simon hat u. a. den Anspruch einer Hausangestellten, die zwei Ortschaften bekommen hatte, mit der Begründung abgewiesen, daß Ortschaften nicht von so erheblicher Bedeutung sind, daß sie deshalb den Dienst hätte verlassen können. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist ein Fall, der selbst in der letzten Zeit der alten Gesetzgebung nicht möglich war. Einem solchen Vorfall sollte man schleunigst Gelegenheit zu anderer Beschäftigung geben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Mit der Neuordnung des Gerichtswezens, die wesentliche Ersparnis bringen soll, sind wir einverstanden. Dem Plan, den Gemeinden einen Teil der Kosten der Armensachen aufzubürden, können wir in dieser Zeit der überhandnehmenden Belastung der Gemeinden, nicht zustimmen. Wir sind dagegen, daß immer mehr reine Staatsaufgaben den überlasteten Gemeinden aufgebürdet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei der geringen Zahl der Rückfälle ist es uns unverständlich, daß die Rechte noch immer den Kampf gegen die Bewährungsstrafe führt. Die Deutschnationalen haben es im Ausschuss auch fertig gebracht, den Antrag zu stellen, daß die Todesstrafe in 15 Jahren Umlage belassen werden soll. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie haben diesen Antrag zwar zurückgezogen, ihn aber durch einen anderen ersetzt, der die Todesstrafe nur beibehalten will. Daß dieser Antrag im Ausschuss abgelehnt wurde, beweist, daß die Gegner der Todesstrafe immer mehr Anhänger gewinnen. Die Todesstrafe kann in einem modernen Staat nicht mehr die ultima ratio sein, sie wirkt nicht abschreckend; die Statistik beweist, daß gerade von den Wördern viele zum ersten Mal zum Verbrecher geworden sind.

Es erscheint uns unbegreiflich, wie man angesichts der vielen Fehlurteile, die wie die Fälle Jafubowski, Dufardin und von Dielingen nur in der letzten Zeit bekannt geworden sind, sich noch auf die Todesstrafe stützen kann.

Diese Tatsachen sprechen nicht nur gegen die Todesstrafe an sich, sondern auch für eine Revision des Wiederaufnahmeverfahrens. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kommunisten sind zwar theoretisch auch für die Abschaffung der Todesstrafe, aber merkwürdigerweise nur für Deutschland. Die russischen Blutrurteile billigen und verteidigen sie. Da kümmert es sie wenig, daß dort täglich 40 Hinrichtungen vollzogen werden und das russische Strafgesetzbuch für 60 verschiedene Fälle die Todesstrafe vorsieht. Ein Staat, der sich nur auf das Henkerbeil stützt, kann nicht das Ideal eines Volksstaates sein. Daß die Kommunisten diesen Widerspruch in ihrer Haltung nicht lösen können, beweist am besten ihr betretenes Schweigen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn heute die Einstellung vieler Richter und viele Urteile

immer wieder im Brennpunkt der öffentlichen Kritik stehen, will diese immer wiederkehrende Kritik schließlich nur Gelingen erzielen. Es mag genügen, hier nur zwei Urteile gegenüber zu stellen: Der junge Graf Stolberg erhielt für seinen Vatermord wegen „jährlicher Tötung“ nur neun Monate Gefängnis; aber ein junger Arbeiter, der in der Not mehr seinen als Säuer bekannten Vater erschlug, als die seine Mutter bedrohte, bekam 12 Jahre Zuchthaus. Ich bitte bei dieser Hinweis für den Herrn Minister genügt, diesen jungen Arbeiter bei guter Führung zu begnadigen.

Erleichterung soll die Strafverfolgung wegen geringfügiger Delikte eingeschränkt werden. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß bei Delikten um Beträge von fünf Mark bis betrag zu 15 Pfennigen Strafverfolgungen eingeleitet werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das gilt ganz besonders auch für die zunehmende Meinesidsuche. Niemand wird eine Meinesidsuche billigen. Aber wir begrüßen auch lebhaft die Absicht des Ministers, hier eingzugreifen und auf eine Einschränkung in der Abnahme von Eiden hinzuwirken.

Zum Schluß trägt der Redner noch mehrere Fälle vor, in denen Richter offen ihre staatsfeindliche Einstellung während des Prozesses und in der Urteilsbegründung zum Ausdruck bringen. Die Wandel zu schaffen, müsse mit in erster Linie Aufgabe des Ministeriums sein. Erst dann werde es gelingen, das Recht, nach einem Goethewort mit jedem Menschen geboren wird, zu Geltung zu bringen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Hierauf wird die Beratung unterbrochen, um die angelegte Abstimmung über die Verlängerung der Gewerbesteuer bis zum 31. März 1931 in zweiter Lesung vorzunehmen. Die Vorlage wird nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Danach werden auch die freien Berufe in die Gewerbesteuer einbezogen mit Ausnahme derjenigen, die der reinen Kunst und der reinen Wissenschaft gewidmet sind. Die Steuer wird nach dem Gewerbeertrag und -kapital, bei den freien Berufen aber, für die eine Freigrenze von 6000 Mark vorgezeichnet ist, nur nach dem reinen Ertrag bemessen. Der Antrag der Deutschnationalen und der Volkspartei auf Streckung der Belastung der Konsumvereine wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Der deutschnationale Antrag auf Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrages wird im Hainmehlsprung mit 187 gegen 175 Stimmen dem Ausschuss überwiesen. — In der fortgesetzten Aussprache zum Justizhaushalt erklärt

Abg. Wübke (Dnat.), daß der Richterstand in seiner Unparteilichkeit und Unschwiebigkeit hohe Anerkennung verdiene; daraus könne auch ein gelegentliches Fehlurteil nichts ändern. Die vom Minister angekündigten Neuerungen seien gefährliche Experimente.

Abg. Abel-Gulda (Ztr.) erkennt die vorbildliche Arbeit des Justizministeriums an.

Abg. Dörm (Konv.): Die politische Strafrechtliche richtete sich nur gegen Kommunisten. Seine Fraktion fordere Amnestie für die hinter Kerlernauern stehenden Proletarier. Weiterberatung: Donnerstag.

## Der amerikanische Entwurf

Brind wieder nach London abgereist

Die amerikanischen Vorschläge, welche die Arbeiten der Flottenkonferenz nach zweiwöchiger Pause wieder in Gang gebracht haben, werden am Donnerstag von den Führern der Delegationen erörtert werden. Wie es scheint, hat Amerika seine Bereitschaft, mit den übrigen vier Konferenzmächten einen sogenannten konsultativen Pakt abzuschließen, an drei Bedingungen geknüpft. Diese Bedingungen oder Voraussetzungen lauten nach Mitteilungen von unterrichteter Seite:

1. Frankreich muß sich auf Frankreich und Italien einen gewissen, auf das Mittelmeer zu beschränkten Pakt ab. Die übrigen am Mittelmeer interessierten Mächte sollen zur Teilnahme eingeladen werden.
2. Frankreich nimmt die durch den konsultativen Pakt-Mächtepakt und den Mittelmeerpakt gewährte Sicherheit zum Anlaß einer Herabsetzung seiner Tonnageforderung, so daß gleichzeitig eine Verminderung der amerikanischen und britischen Flottenprogramme auf das von Macdonald und Hoover besprochene Maß erfolgen kann.
3. Man wird versuchen, die französisch-italienischen Schwierigkeiten in der Partizipationsfrage schnellstens zu beheben.

Die sensationelle Nachricht eines Abendblattes, daß sich das Kabinett in seiner Mittwochsitzung gegen die Stimme Snowdens für einen derartigen Mittelmeerpakt ausgesprochen habe, ist unrichtig. Die Frage ist im Kabinett überhaupt nicht erörtert worden.

Der „Daily Herald“ warnt vor einer zu optimistischen Beurteilung der durch den amerikanischen Vorschlag gegebenen Aussichten auf einen glücklichen Ausgang der Konferenz und betont vielmehr, daß es Grenzen gebe, über die hinaus die britische Regierung Verantwortlichkeiten im Auslande nicht übernehmen kann. Es ist unverkennbar, daß in solchen amtlichen Kreisen starke Zweifel darüber herrschen, ob die zusätzlichen Garantien, die Großbritannien eventuell zu geben bereit ist, genügen werden, um Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Forderungen zu veranlassen.

Paris, 26. März. (Eig. Drahtbericht.)  
Brind ist am Mittwoch nachmittag nach London gereist.

## Saleski über den Handelsvertrag

Warschau, 26. März. (Eig. Drahtb.)

Auf einem Bankett der Gesellschaft zur Untersuchung der internationalen Probleme hielt Außenminister Saleski eine Rede, die fast ausschließlich den beiden deutsch-polnischen Verträgen gewidmet war. In Erwiderung auf die Angriffe gegen diese Verträge dieses und jenseits der Grenze, erklärte er, daß er mit aller Ruhe auf die zukünftige Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen blicke. Vor allen Dingen werde es der Handelsvertrag sein, der zur Vereinfachung der deutsch-polnischen Beziehungen beitragen werde.

## Kommisarischer Oberbürgermeister für Solingen

Der Regierungspräsident in Düsseldorf wird, wie der „Soz. Vredendienst“ erfährt, als Kommunal-aufsichtsinstant am Donnerstag den Regierungsdirektor beim Oberversicherungsamt in Dortmund, Bruch zum kommissarischen Oberbürgermeister von Solingen ernennen. Die Ernennung ist zunächst auf neun Monate befristet und dürfte nach Ablauf dieser Zeit voraussichtlich auf 12 Jahre ausgedehnt werden. Bruch gehört der Sozialdemokratischen Partei an. Die Einsetzung eines kommissarischen Oberbürgermeisters war notwendig geworden, nachdem die Wahl eines Oberbürgermeisters durch das Solinger Stadtparlament insofern zweimal ergebnislos verlief, als der gewählte Kommunist Weber — wie von vornherein feststand — von der Kommunalaufsichtsbehörde aus grundsätzlichen Erwägungen nicht bestätigt wurde.

## Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzt von Max E. Schirmer (Nachdruck verboten)

„Keine. Der Boden war frisch geschauert, aber Dame sagte, daß er am Tage vorher habe austräumen lassen. Die Grube, erklärte Dame, hätte er für sein Automobil graben lassen wollen, aber er wäre auf Gas- und Kanalisationsröhren gestoßen, daher habe er sein Vorhaben aufgegeben. Die Arbeiter, die ich anstelle, haben auch in sechs Fuß Tiefe die Leitungen gefunden.“

Der Kommissar schaute in einen Bericht.

„Waren die Wände mit Dedern behangen, um den Schall zu dämpfen?“

„Nein, aber es kann der Fall gewesen sein, denn ich fand in einer Ecke der Garage eine Anzahl Dedern.“

Der Kommissar lehnte sich in seinen Stuhl zurück.

„Ist es nicht seltsam, daß Amery sich nicht hat sehen lassen?“

„Ich habe mir nicht mehr die Mühe gegeben, Amery zu verfolgen.“

„Was ist es mit dieser Geschichte“, fragte Wille und suchte in einem Stapel von Papieren, aus dem er ein Dokument hervorholte, daß Tupperwill der Anführer der Sozozabande sein soll? Haben Sie mit ihm gesprochen?“

„Ich komme eben von ihm. Meiner Ansicht nach ist sein größtes Vergehen, daß er ein sehr geschwätiger Mann ist, dessen Gedanken vollständig mit Witzschmarren beschäftigt sind, und daß er es für nötig findet, daß in den Arbeiterkreisen das Schankverbot eingeführt wird.“

„Ich fragte ihn gerade heraus, ob er in irgendeiner Weise mit Sozozas Dingen in Verbindung stehe, oder irgend jemand von ihnen kenne, oder ob er in seinen Büchern ein Konto führe, das einem Agenten Sozozas gehören könnte.“

„Er meinte, er wäre ein harmloser Mann, der nicht weiter gefährlich sei.“

„Er sagte, er hätte nie etwas von Sozozas gehört und könnte nicht verstehen, wie er in den Verdacht gekommen sei.“

„Sozozas zu sein.“

„Ich hatte das Bild, das von seiner Hand getroffen, er hatte die Hand in Brighton abgebildet und war nicht zu Hause gewesen.“

„Als ich ihn fragte, ob man in seinem Hause eingedrungen hätte.“

Das Gesicht des Kommissars wurde immer finsterner.

„Ich kann es nicht verstehen, etwas Wahres muß an der Geschichte sein. Außerdem ist Amerys chinesischer Geschäftsführer nur wenige hundert Yards von Dames Hause entfernt, halbtot, wahrscheinlich durch einen Messerstoß verwundet, aufgefunden worden.“

„Wie befindet sich eigentlich der Chinese?“

„Der Arzt meint, daß er außer Gefahr ist“, berichtete Biderson, „und daß er in wenigen Wochen wiederhergestellt sein wird.“

Der Mann, der ihn gestochen hat, scheint um Haarsbreite eine lebensgefährliche Stelle verfehlt zu haben. Dieser Umstand ist sehr seltsam, und ich möchte Sie fragen, ob die Ärzte diesen es nicht zu. Ich will noch gehen und Mich Dame aufsuchen. Ancheinend ist sie zeitig ins Büro gegangen. Vielleicht werde ich unseren Freund Amery finden.“

„Von dem Sie immer noch annehmen, daß er Sozozas ist?“

fragte Wille.

Biderson schüttelte den Kopf.

„Nein“, gab er reumütig zu, „das war ein Irrtum, den der geschickteste Mann machen könnte, und ich behaupte von mir selbst nicht, daß ich geschickter bin.“

Der nachdenkliche Biderson wandte sich dem Osten zu. Er fand Jessie Dame in ihrem kleinen Büro, und es bedurfte keiner besonderen Anstrengung, um zu sehen, wie sehr sie sich verändert hatte. Jessie Dames Gesichtsfarbe war niemals gut, aber heute sah sie blaß aus, und ihre tiefstehenden Augen deuteten auf eine schlaflose Nacht hin.

„Guten Morgen, Mich Dame!“ begrüßte sie Biderson. „Wann sind Sie gestern Abend nach Hause gekommen?“

Dann fügte er hinzu, als ob er sich verstellte: „Sie kennen mich doch, ich bin Mr. Biderson.“

„Ja, ich kenne Sie“, antwortete sie ruhig, ohne, in seine schärferen Augen zu sehen. „Ich habe Sie schon öfters hier gesehen.“

„Ich bin ungefähr um ein Uhr nach Hause.“

„Eigentlich sollte ich bis zwei Uhr bleiben, aber ich laurie mich zu sehr.“

„Ich meine“, verwarf sie sich verlegen, „ich wollte länger ausbleiben, aber Geschäftsdingen zwingen mich früher nach Hause.“

„Das hängt beinahe, als wenn es nicht wahr wäre“, entgegnete Biderson. „Was für Geschäftsdingen haben Sie?“

„Ich, das Büro und wie Major Amery sich dünkt, und allerhand anderes“, verwickelte Jessie Dame verzweifelt. „Ich kann es nicht so recht erklären.“

„Sind Sie heute morgen zeitig von zu Hause fortgegangen?“

„Ich bin vor acht Uhr in Ihrem Hause gewesen, habe Sie aber nicht gesehen.“

„Ja, es war sehr zeitig.“

„Jessie Dame war die ganze Nacht durch die Straßen gewandert, und ihre augenblicklichen Lügen waren nur die Folgerung eines Briefes, den sie bei der Ankunft im Büro vorgefunden hatte, worin genau Anweisungen standen, was sie ausfragen sollte. Diese Anweisungen endeten mit einer Drohung, die ihr Blut zu stoden veranlaßte.“

„Haben Sie vielleicht zufälligerweise in Ihrem Hause Mich Marlowe in einem Schrank eingeschlossen vorgefunden?“

„Sie mußte einen Augenblick sich anstrengen, um sprechen zu können.“

„Nein“, ließ sie endlich hervor, „und wenn Mich Marlowe das behauptet, dann spricht sie nicht die Wahrheit. Ich weiß nicht, was gestern vorgefallen ist. Ich weiß es wirklich nicht. Ich hatte ein Glas Wein getrunken, und es scheint mir in den Kopf gekriegen zu sein.“

„Sie haben nichts darüber gehört, daß Major Amery in Ihrer Garage eingeschlossen worden ist?“

Die grüne Gesichtsfarbe verwandelte sich in Todesblässe.

„Jessie wollte rückwärts gegen einen Tisch.“

„Major Amery?“

„Frage sie ausbrudstos.“

„In unserer Garage eingeschlossen?“

„Was meinen Sie damit?“

„Ich merke, daß Sie nichts davon wissen. Hat Ihnen Mich Marlowe nichts darüber gesagt?“

„Beinahe überfliegend antwortete sie, denn sie fühlte es als eine Erleichterung, die Wahrheit sprechen zu können.“

„Major Amery ist heute morgen nicht da?“

„Sie schüttelte den Kopf, da sie ihrer Stimme nicht traute. Aus ihrem Zimmer ging er in den kleinen Büro, wo er gewöhnlich saß, und versuchte die Tür zu Amerys Zimmer auf zu öffnen. Da er sie aber verschlossen fand, schrie er zu Jessie Dame zurück.“

„Wo ist Mich Marlowe?“

„Kieß sie hervor.“

„Als ich sie suchte, sah, was sie im West London Hospital.“

„Ist es ein Unfall zugefallen?“

„Das gerads nicht. Der Arzt meint, sie würde heute noch entlassen werden können, aber ich zweifle daran.“

„Er hatte kaum die Worte ausgesprochen, als auf dem Gang ein lautes Aufschrei ertönte, und Jessie Dame sah, wie eine ältliche Gestalt an der Tür vorbeiging.“

(Fortsetzung folgt.)



# Selbstentlarbung

## Die Schwankung der kommunistischen Partei

Die Zentrale der kommunistischen Partei hat am 20. und 21. März 1930 unter Vorsitz eines gewählten Parteisekretärs eine Resolution verabschiedet, in der sie ihre auf Befehl Stalins vollzogene Schwankung öffentlich bekannt gibt. Die Resolution versichert, daß die KPD. nunmehr energisch den Kampf um die Mehrheit des proletarischen Aufstandes aufnehmen werde, daß eine Wendung zur Massenarbeit vorgenommen werden müsse, daß eine weitgehende Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiter in die revolutionäre Einheitsfront "wesentlichster Zielsetzung des neuen Kurses sei. Wir haben bisher aus den Spalten der kommunistischen Presse gehört, daß die KPD. in siegreichem Vormarsch sei, daß die Massen der deutschen Arbeiterschaft ihrer Führung folgten, wir haben gelesen, daß in Deutschland eine unmittelbare revolutionäre Situation bestehe, und nun: Einheitsfront! Die Augenblicke sind zerflucht.

Zwischen Putschismus und Einheitsfront pendelt die politische Kunst der KPD. hin und her. Wenn die Einheitsfront-Taktik — wer laßt nicht in der deutschen Arbeiterschaft, wenn die Kommunisten wieder einmal die Einheitsfront proklamieren? — mit dem Fehlschlag endet, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter den verlogenen und plumphen Schwandel der Einheitsfrontagitatorien mit Hohnlachen antworten, dann setzt die KPD. ihre Hoffnung auf putschistische Experimente, auf die verbrecherische Taktik der Provokation, und schließlich auf die Unorganisierten, die Gelben. Die Mobilisierung der Unorganisierten gegen die Gewerkschaften und der verbrecherische Putschismus gehen immer Hand in Hand. Sie entspringen beide der gleichen Wurzel; der Verzweiflung über die Tatsache, daß die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie folgt, nicht der KPD. Wenn dann die Spekulation auf die Unorganisierten und der Putschismus krachend zusammenbrechen, dann fängt das Spiel von vorne wieder an mit der Einheitsfronttaktik.

An diesem Punkte ist die KPD. wieder einmal angelangt. Was war ihre Taktik bisher? Die Parole gegen die Gewerkschaften, die Beschimpfung gewerkschaftstreuer und sozialdemokratischer Arbeiter als Klassenfeinde und Streikbrecher. Das Geschrei von der unmittelbaren revolutionären Situation mit praktischem Putschismus in Verbindung mit dem politischen und kriminellen Kowdultum. Die Sehnsucht nach der Illegalität, die praktische Vorbereitung zum Verschwörertum beweist die Absicht, die Parteibetriebe der KPD. zu verstaatlichen.

Worin besteht die Schwankung, und was wird künftig die Taktik der Kommunisten sein? Die Resolution der Zentrale der KPD. verkündet:

„Die selbständige Führung der Massenkämpfe ist unentbehrlich ohne den entschlossenen unverzögerlichen Kampf.“

1. Gegen die größte Gefahr, die Hauptgefahr des rechten Opportunismus, der die Festigung der kapitalistischen Stabilisierung propagiert, das Anwachsen des revolutionären Aufschwunges und Zunahme der Kriegsgefahr leugnet, die selbständige Taktik der kommunistischen Partei in der Gewerkschaftsführung und die selbständige Führung der Massenkämpfe ablehnt, die Kommunisten an den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparaten festhalten, die Einheitsfront der Kommunisten mit der konterrevolutionären, Sozialdemokratie predigt und sich aktiv an der Hege gegen den Kommunismus und die Sowjetunion beteiligt. Der rechte Opportunismus wird nicht nur durch den parteifeindlichen Brandierismus und das Versöhnertum verkörpert, sondern auch durch den Opportunismus in der praktischen Arbeit.

2. Gegen das mit linken Phrasen und Scheinradikalem Geschrei maskierte Sektierertum, das den Kampf um die proletarische Einheitsfront von unten, um die Losreißung der sozialdemokratischen Arbeitermassen vom Einfluß ihrer sozialfaschistischen Führerschaft ablehnt oder vernachlässigt, die Arbeit der Kommunisten innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterläßt, den Kampf um die Tagesforderungen und Tagesinteressen der Arbeiterschaft abschwächt, auf die entschlossene Verteidigung der Legalität der kommunistischen Partei angeht, der feindseligen Verfolgungen verzichtet und die Taktik der Führung der Arbeitermassen durch eine Taktik der Isolierung der Arbeitermassen, die wirkliche Organisierung des Massenkampfes durch leere Phrasen über den Massenkampf ersetzt.“

Der erste Punkt wiederpricht dem zweiten. Der erste Punkt wendet sich gegen die kommunistischen Funktionäre, die die Wahnsinnigkeit des Angriffs auf die Gewerkschaften mit Hilfe der Unorganisierten bekämpft haben — der zweite Punkt aber verdammt die, die diese Taktik betrieben haben.

Punkt zwei ist im übrigen deutlich. Es ist eine unverhohlene Abfrage an den Putschismus, an die Politik der Verramschung der kommunistischen Betriebe, eine satirische Ohrfeige an die gesamte kommunistische Presse und ihr großmäuliges hysterisches Geschrei. Punkt zwei ist sozusagen die Wiederholung aller Anklagen, die die außerhalb der KPD. stehende Rechtsopposition, um Brandier in den letzten Monaten gegen die Partei gehäuft hat. Eben deswegen wird in Punkt eins Brandier mit den Seinen noch einmal verdammt, und jeder „Versöhnler“ hinaus!

Also wird die kommunistische Zentrale das Spiel Stalins wiederholen, der Trübsal verbannt, dann aber sein Programm durchführt? Sie wird den Kurs Brandiers einschlagen, aber Brandier noch tiefer verdammen, nachdem sie sein Programm bestohlen hat? Sie möchte es — aber mit linken Axttrappen! Sie predigt die Nichtigkeit der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, aber gleichzeitig auch die Notwendigkeit von Organisationsbildung gegen die Gewerkschaften. Mit den Unorganisierten gegen die Gewerkschaften von außen — in den Gewerkschaften gegen die Gewerkschaften von innen — in den Gewerkschaften selber Taktik Brandiers mit der Einheitsfronttaktik Brandiers: das ist das Gesamtstück dieser Schwankung.

Es ist eine dumme, dummliche Spekulation von politischen Hühnerhufen, die niemals verstehen werden, daß sie unter der öffentlichen Kontrolle der gesamten Arbeiterbewegung stehen, und daß ihr Einheitsfrontschwandel von heute durch ihre Taten von gestern hinreichend charakterisiert ist! Der Zusammenbruch

ihres putschistischen Experimente und des Spiels mit den „roten Betriebsräten“ ist offenkundig, ihre Forderung von der Arbeiterschaft tritt täglich stärker hervor. Die Verzweiflung ist groß darüber, daß die „revolutionären Unorganisierten“ glänzend versagt haben, und Rehe da, die Blinde der kommunistischen Zentrale richten sich wieder begehrt und neidvoll — auf die sozialdemokratischen Arbeiter! Einheitsfront! Statt Streikbrecher und Klassenfeind und Sozialfaschist wird es nun wieder heißen: unsere sozialdemokratischen Brüder. Es wird sich gut ausnehmen im Munde der kommunistischen Agitatoren! Aber keiner wird darauf hin einfallen!

Ob Putschismus oder Einheitsfronttaktik: das Ziel ist die Zerkünderung der mächtig organisierten deutschen Arbeiterbewegung im Interesse der russischen Politik. Dies Ziel werden sie weder auf dem einen noch auf dem anderen Wege erreichen, mögen sie auch noch so sehr strampeln, und daran mögen sie verzweifeln.

## Verabschiedung des Nachtragssetats

### Erste Lesung des Notetats für 1930 — Verlängerung der Nachtragsordnung

Auf der Tagesordnung des Reichstags steht die zweite Beratung des Entwurfs zur Änderung der Nachtragsordnung. Die Nachtragsordnung soll danach bis zum 30. September 1931 verlängert werden.

Abg. Tempel (Soz.): Diese reichliche Verlängerung wird damit begründet, daß die Neuordnung noch nicht fertig ist. Dabei ist ein Zusammenstoß zweier Weltanschauungen zu erwarten, nämlich der bürgerlichen, die das Grundeigentum unabhängig von der Person des Eigentümers anerkennt, und der sozialistischen, die vor allem auf Arbeit ein Recht am Boden gründet. Der Ausgleich zwischen diesen beiden Auffassungen wird nicht leicht zu finden sein. Man wird harte Kämpfe von Behörden den Wächtern und Verpächtern genügend Zeit lassen müssen, sich auf die Neuordnung einzustellen. Aus diesen Gründen geben wir, wenn auch sehr ungern, unsere Zustimmung zu dieser neuen Verlängerung, die bereits die letzte oder die zweite ist. Wir möchten aber nicht, daß unsere Zustimmung mißdeutet und zum Anlaß genommen wird, die Neuordnung noch weiter zu verzögern. Je schneller, desto besser wird die endgültige Regelung der heutigen Reichsfinanzverhältnisse ein Ende machen. Von den gut fünf Millionen landwirtschaftlichen Betrieben sind rund drei Millionen an der endgültigen Regelung des Pachtrechtes unmittelbar interessiert und zwar in demselben Maße, wie die Arbeiter an der Regelung von Lohn und Arbeitszeit. So lange der Pächter nicht die Sicherheit hat, den Grund weiter bewirtschaften zu können, gegen willkürliche Kündigung und Preissteigerung gesichert zu sein, und einen Rechtsanspruch auf die Erstattung der Verbesserungskosten zu haben, wird er wesentliche Verbesserungen kaum vornehmen. Es spricht also auch ein starkes wirtschaftliches Interesse, das der Rationalisierung und Intensivierung für schnelle Neuordnung. Unsere Forderungen liegen im Interesse von Millionen Wächtern. Wir hoffen, daß die Reichsregierung diese Forderung verwirklichen und sich auch andere Parteien uns anschließen werden. Nur in dieser Erwartung können wir dieser hoffentlich letzten Verlängerung zu. (Beif. Beifall der Soz.)

Abg. Buh (Komm.) protestiert gegen die weitere Hinausschiebung der endgültigen Neuordnung des Pachtrechtes.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen. — Es folgt die

erste Beratung des Notetats für 1930.

Abg. Forster (Komm.): Dieser angelegte Notetat ist in Wirklichkeit ein Ermächtigungsgesetz, durch das die Regierung ermächtigt wird, die Ausgaben bis zu einem Viertel des Gesamtbudgets für 1930 nach Belieben zu gestalten. Das erfordert geradezu offenkundige Begabung, denn der Etat für 1930 liegt noch garnicht vor.

Der Notetat wird dem Haushaltsausschuß überwiesen. Hierauf kommt der

Nachtrags-Etat für 1929

zur zweiten Beratung.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.): In diesem Nachtragsetat wird die Nachbewilligung großer Mittel gefordert, die die Regierung ausgegeben hat zur Bekämpfung des Volksbegehrens. Die Verweigerung der von Steuerzahlern aus allen politischen Lagern aufgebracht Mittel für solche Zwecke ist eine offensichtliche Verfassungsverletzung.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Der Etat des Auswärtigen Amtes veranlaßt uns zu der dringenden Mahnung, daß beim Auswärtigen Amt eine ganz gründliche Reform eintritt nicht nur formalrechtlich, sondern auch in sozialer Beziehung. Das Auswärtige Amt muß verjüngt werden in einer Weise, die der Gesamtbevölkerung unseres Reiches entspricht.

Reichsinnenminister Severing:

Auf die Angriffe des Abgeordneten Schulz-Bromberg habe ich zu erwidern, daß wir in der Tat 350 000 Mark aus dem Fonds zum Schutze der Republik verwandt haben zur Klärung der deutschen Öffentlichkeit über den Young-Plan. Wir hätten eine große Pflichterfüllung begangen, wenn wir widerstandslos die Agitation gegen die Politik der Reichsregierung hätten ins Land gehen lassen. Wir haben dabei weder die Deutschen noch die Nationalsozialisten genannt, denn das Volk wußte ja, wer hinter dem rächlichen Volksbegehren stand. Ich brauche nur an die Rede zu erinnern, die Eugen Richter am 21. November 1872 im Preussischen Landtag gegen den sogenannten Reptilienfonds hielt, gegen Bismarcks System, Zeitungen mit Staatsgeldern aufzukaufen, damit sie seine Politik unterstützten. Aus den preussischen Ältern klang es Ihnen (nach rechts) vorlesen, wofür der Weissenfunds verwandt worden ist. Bismarck hat aus Staatsmitteln große Summen verwandt zur Bekämpfung von Sozialdemokraten, Freisinnigen und Zentrumsleuten. Aus Staatsmitteln wurden 1884 große Summen verwandt zu Wahlflugblättern gegen die regierungsfreundlichen Parteien. Im Jahre 1903 erbittet und erhält der Regierungspräsident von Bismarck vom Preussischen Ministerium des Innern Mittel zur Verbreitung von Kalendern, mit denen eine Gegenwirkung gegen sozialdemokratische Schriften erreicht werden soll. Der an dieser Sache beteiligte Referent des Ministeriums war der jetzige deutschnationalen Abgeordnete Graf von Westarp. (Hört, hört! links.) Im Vergleich zum alten Regime kann man dem neuen Regime höchstens vorwerfen, daß es zu wenig tut in der Verteidigung der Regierungspolitik. (Beifall.)

Abg. Maslowitz (Komm.) protestiert gegen die Aufwendungen für die Technische Nothilfe und für die Heimadmission-Zentrale.

Abg. v. Freytag-Loringhosen (Dnat.): Dr. Curtius habe zugegeben, daß die Regierung in der Verteidigung des Young-Planes zu weit gegangen sei und damit außenpolitisch Schaden angerichtet habe.

Abg. v. Eindecker-Wilke (Chr.-Nat. Ld.): Der Nachtragsetat enthält alle diejenigen Positionen, von denen im ursprünglichen Voranschlag beschlossen waren. Er stellt also die Kontrollarbeit des Reichstags am Etat wieder auf.

Abg. Göttsche (Dnat.) fordert einen stärkeren Einfluß des Reiches in der Verwaltung der Preussenkasse.

Abg. Bernhardt (Dem.): Durch den Nachtragsetat ist nicht die Kontrollarbeit des sogenannten Straßquintetts aufgehoben worden. Es könnte nicht vorausgesehen werden, daß die Ausgaben für Kriegsbekämpfung und Invaliden den Voranschlag um 50 Millionen überschreiten würden. Der Abg. v. Freytag-Loringhosen hat nicht erwähnt,

daß der französische Ministerpräsident Lardoux sich für seine dem deutschen Interesse so abträgliche Auslegung des Young-Planes bedauern hat auf den deutschen

Bürokratenlehrer Abg. v. Freytag-Loringhosen. Ich konnte es verstehen, wenn im Kampf um den Young-Plan der Abg. v. Freytag-Loringhosen sich für seinen Standpunkt vertrat. Dafür aber habe ich kein Verständnis, wie er jetzt nach der Entscheidung noch in dieser Weise den französischen Standpunkt hüten kann.

Abg. Sched-Baden (Komm.) erhebt Einspruch gegen eine Kürzung der Unterkunftsmittel für die Saargänger.

Abg. Rippberger (Komm.) wendet sich gegen die Mehrforderungen für das Reichswehrministerium. Die Bombenattentäter seien von Reichswehrangehörigen unterstützt worden. Unter den Reichswehroffizieren seien viele Verbindungsmänner mit den Nationalsozialisten.

Abg. Borrmann (Wirtschaftsp.) begründet eine Entschliebung, in der eine Umgestaltung der Preussenkasse mit verstärktem Einfluß des Reiches gefordert wird.

Damit schließt die Aussprache.

In der Abstimmung werden unter Ablehnung von Änderungsanträgen die Nachträge zum Haushalt des Auswärtigen Amtes und des Reichsministeriums bewilligt. Angenommen wird ferner mit geringen Änderungen der Nachtrag für das Ministerium der besetzten Gebiete.

Nach Ablehnung weiterer Änderungsanträge werden auch die Nachträge zum Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichswehrministeriums, des Reichsverkehrsministeriums, des Reichstags, des Reichsfinanzministeriums, der Allgemeinen Finanzverwaltung, des Reichspostministeriums, ferner zum Haushalt der Reichsjustiz und zum Haushalt für Verlegung und Ruhegehälter angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Reichsbeteiligung an der Preussenkasse wird in allen drei Lesungen angenommen unter Ablehnung der Entschliebung der Wirtschaftspartei.

## Warum keine genauen Zahlen?

### Antwort der preussischen Regierung auf die Anfrage wegen den Gehältern des Reichsbahndirektors

Auf eine Anfrage im Preussischen Landtag über die Bezüge der Direktoren der Reichsbank und Reichsbahn hat die preussische Regierung ein Antwort erlassen, in der es unter anderem heißt:

„Die preussische Staatsregierung hat auf die Festlegung der Bezüge der Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank und der Reichsbahn sowie deren Verwaltungsrat keinen Einfluß. Nach den Angaben, die das Reichsbahndirektorium über die Bezüge seiner Mitglieder gemacht hat, gehen die in der Anfrage angezogenen Ziffern für die Dienstbezüge des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Reichsbahndirektoriums weit über die tatsächlich gezahlten Beträge hinaus. Eine Zahlung von Abschreibungen bei dem Ausscheiden aus dem Dienste erfolgt nicht. Die Tätigkeit des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Reichsbahndirektoriums bei der Golddiskontbank erfolgt ohne jede Vergütung oder irgendeine sonstige Entschädigung. Die Herabsetzung der Dienstwohnung des Reichsbahndirektors und die Verwollständigung ihrer von jeher im Haushalt vorgeesehenen Geräteausstattung nach dem Tode des früheren Stellvertreters ist nach Auffassung des Reichsbahndirektoriums seinerzeit nach sachlichen Erfordernissen vorgenommen worden. Ueber die Höhe der Ausgaben hat das Reichsbahndirektorium keine Angaben gemacht.“

Das Gesamteinkommen des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft einschließlich Aufwandsentschädigung beträgt weniger als 100 000 Reichsmark, das der übrigen sieben Vorstandsmitglieder ein Drittel und weniger, als in der kleinen Anfrage angenommen worden ist (in der Anfrage war von 150 000 Reichsmark die Rede). Die Bezüge der Verwaltungsratsmitglieder bleiben ebenfalls wesentlich hinter dem vermuteten Betrage zurück, immerhin sind sie höher, als es sonst bei staatlichen Gesellschaften ähnlicher Art üblich ist. Da der Verwaltungsrat international zusammengesetzt ist, sind die Bezüge in einer Höhe festgesetzt worden wie sie auch sonst bei internationalen Gesellschaften gezahlt werden.

Sobald die ausländischen Mitglieder des Verwaltungsrats ausscheiden, ist es angebracht, auch bei der Bemessung der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft die für deutsche Verhältnisse gebotene Sparsamkeit nicht außer acht zu lassen. Der gleiche Maßstab wird auch für die Gehälter der Mitglieder des Reichsbahndirektoriums und der sogenannten leitenden Beamten der Reichsbahngesellschaft anzulegen sein. In diesem Sinne beabsichtigt sich die preussische Staatsregierung mit der Reichsregierung in Verbindung zu setzen.

Die Antwort kann in keiner Weise befriedigen. Allerdings liegt die Schuld nicht bei der preussischen Regierung, sondern beim Reichsbahndirektorium, das keine genauen Zahlangaben gemacht hat. Auf sie kommt es aber gerade an. Daß da etwas nicht in Ordnung ist, zeigt die Bedeutung der preussischen Regierung am Schluß ihrer Antwort deutlich genug.

## Eine Schiebung obnegleichen

### Hitler soll Beamter werden

Reimar, 28. März. (Eigener Drahtbericht.) Die thüringische Regierung beabsichtigt, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, Hitler zum thüringischen Staatsbeamten zu bestellen, um ihm auf diese Weise die Möglichkeit zur Erlangung der thüringischen bzw. deutschen Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Hitler will jedoch nicht im thüringischen Staatsdienst tätig sein, sondern nur seine Ernennungsurkunde in Empfang nehmen und dann nach München verschwinden.

Die Ernennung eines Ausländers zum Staatsbeamten schließt nach der deutschen Gesetzgebung die Naturalisierung in sich. Aber was die thüringische Regierung mit der Ansetzung dieser Gesetzgebung auf Hitler bezweckt, läuft auf eine Schiebung sondergleichen hinaus. Die Ernennung Hitlers ist lediglich als Formalität gedacht, die von Bayern abgelehnte Naturalisierung auf Umwegen durchzusetzen, und widerspricht damit in jeder Beziehung dem Sinn der deutschen Gesetzgebung. In dem Thüringen des Herrn Frid ist jedoch kein Ding und vor allem keine Schiebung unmöglich. Man stelle sich vor, daß der klare Sinn der Gesetzgebung verfaßt werden soll, um einem Putschisten und Hochverräter die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Das wäre allerdings der Höhepunkt dessen, was sich das Regime Frid bisher an Mißachtung der Gesetzgebung vor aller Öffentlichkeit geleistet hat.

## Rumänien

### gegen die deutschen Zollserhöbungen

In Anbetracht der von dem Reichstag beschlossenen Getreidezölle plant die rumänische Regierung den Abschluß der deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen und eventuelle Repräsentanten gegenüber Deutschland. Die Pläne der rumänischen Regierung werden von amtlicher Seite damit begründet, daß die vom deutschen Reichstag gegen das rumänische Getreide gerichteten Zölle als ausgleichende Maßnahmen zu betrachten sind.



# Herzberg & Co.

## Ostdeutschlands größte Likörfabrik

gibt die eigenen Fabrikate  
in Breslau in 6 Flaschen ab:

Höfchenstraße 48  
Leutnantstraße 10  
Klosterstraße 64

Müchlerplatz 17/18  
Michalisstraße 3  
Selenkestraße 17



Vom Faß, per Liter

Breslauer 32% . . . 2.65  
Rathaus-Crème 33% . . . 2.90  
Rumverschnitt 30% . . . 3.70  
Weinbrandverschnitt 3.45  
Weinbrand, echt . . . 4.40  
98% Spiritus . . . 7.00



Liköre vom Faß

von 1/10 Liter an

per Liter per Liter

30% 3.70 35% 4.50

Liköre in Flaschen

p. Flasche p. Flasche

30% 3.10 35% 3.60

Stonsdorfer, Blutorange, Idgwar, Curacao, Alpenkräuter, Pränelle, Pfefferminz, Kümmel, Cherry-Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirsch mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb



Speziallikören

El-Crème . . . 4.00 / 5.20  
Medoo-Cordial . . . 5.00  
Abel . . . 5.00  
Eiskümmel . . . 5.00  
Herzberg  
Bonnecamp . . . 5.00  
Herzberg  
Lebenstropfen 5.00  
Himbeersaft, p. Lit. 1.85



Deutscher Weinbrand

Marke Urkraft  
aus franzö. Weinen  
in Flaschen  
Deutscher  
Weinbrand . . . 3.50  
Weinbrand . . . 4.00  
Weinbrand . . . 5.00  
Verschnitt 2.80, 3.20

### Stadt-Theater

(Opernhaus)  
Donnerstag  
20 bis nach 22,30 Uhr  
**Die Schwalbe.**  
Freitag  
20 bis nach 22,45 Uhr:  
Abendvorstellung H 15  
**Ein Maskenball.**  
Sonnabend  
20 bis gegen 21,45 Uhr:  
**Salome.**

### Café-Theater

Telefon 51747  
Donnerstag, Freitag  
20,15 bis 22,15 Uhr  
auch Sonntag 15,30:  
Die letzten Aufführungen  
**Kolportage.**  
Sonnabend 20,15 Uhr  
(und täglich):  
Zum 1. Male!  
**Musik**  
Sittungsgemäße  
von Weckend.

### Thalia-Theater

Donnerstag, Freitag  
20,15 bis 22,10 Uhr  
Sonntag auch 15,30:  
Die letzten Aufführungen  
**Der rasende Sperling**  
Sonnabend 20,15 Uhr  
(und täglich):  
Zum 1. Male!  
**Viel Lärm um Nichts**  
Lustspiel von Shakespeare

### Richard Tauber Platten

in größter Auswahl.  
Musikhaus  
**Wiener & Futter**  
Schmiedebriicke 48  
Vorspiel ohne Kaufzwang.

### LIEBICH

Nur noch 5 Tage  
**Rentier u. Hartslein**  
Sonntag 2 X

### Selbststeinbauern!

Tonführungen, Werke,  
Tonarme, Plattenhalter,  
Schallröhren sowie  
sämtliche Zubehöre  
900 neue Schallplatten  
25 cm . . . von Mk. 1.80 an  
**Musik-Liedecke**  
Stoßgasse 3, Nähe Ring

### 2 Betten

Klebb., pol., m. Spiegel  
u. Aufsätzen Mk. 150  
Möbelhaus  
**Scholz**  
Matthiesstraße 132.

### Neu eröffnet!

Elegante Anzüge  
Sommer- und Gummihäute  
Wind- u. Lederjacken  
Hosen jeder Art  
zu billigen Erfindungspreisen  
**E. Schmuhi**  
Ring 60, Ecke Oderstr.  
Ausstellung Ring 60

### Kauft Kämmen

per Stück 20, 40, 60, 80, 95 Pf., fehlerhafte 3 St. 10 Pf., Bürsten,  
Besen, Pinsel, Scheuertücher, Auto- und Fensterleder,  
Federwedel, Seifen, Fußmatten, Klöpfer, Schwämme etc.

### auf der Oderstraße

2. Viertel vom Ring in dem bekannten Spezialgeschäft.  
London & Co.  
G. m. b. H. Oderstraße 5  
2. Viertel vom Ring

### Berücksichtigt unsere Inserenten!

## Schauspielhaus

Operettenbühne — Tel. 36300

Das große Ereignis  
der diesjährigen Breslauer  
Theater-Spielzeit

Heute Donnerstag, den 27., 8 Uhr  
und

Freitag zum **50.** Male

Jubiläums-Festvorstellung  
Der Wetterstog

### Das Land des Lächelns

Gastspiel  
Kammersänger

**Richard Tauber**  
und

**Margit Suchy**

von der Staatsoper Berlin

**Franz Lehar dirigiert**

Sonntag nachm. 2 Uhr

**Osterhäseleins Zauberkiepe**

nachm. 1/2 5 Uhr  
**Die Fledermaus** 10019

Der Vorverkauf ist ununterbrochen geöffnet

## WAPPENHOF

Heute Donnerstag, sowie täglich ab 4 Uhr  
**Große Nachmittags-Vorstellung**  
mit internationalen Variété-Spezialitäten. / Programm bis 31. März  
2 Pallamos, Kopf-Balance im schwingenden  
Doppel-Trapez, 4 Saphira, moderner Gymnastik-Akt,  
The banks, Zahnkraft-Sensation, 3 Berays, Meister-  
Equilibristen, Charlotte Ziegler, Koloratursängerin,  
4 Skala-Girls, das reizende Ballett Walter Paul,  
humoristisch, Zauberer, Parolmas weltberühmtes Pape-  
geien-Kabarett, Zaras, phänomenaler Rechenkünstler  
Max Schubert, Komiker mit neuen Vorträgen.  
Eintritt 30 Pf.

Heute Donnerstag und Freitag ab 8 Uhr:  
**Große Abendvorstellung mit Ball**  
2 Kapellen — Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

## Goldene Trauringe

jugenlos — Gravierung gratis  
Stadtbekannt billigste Preise  
Größtes Lager, auch in

### Uhren und Geschenkartikeln

Für streng reelle Bedienung bürgt das  
40 jährige Bestehen meiner Firma

## Albert Adwini

Schmiedebriicke 56 Telefon 27481

**Achtung!** Mein Geschäft befindet sich nur  
noch in der Schmiedebriicke

Wollen Sie Wanzen,  
Schwaben, Läuse, Flöhe u  
anderes Ungeziefer los  
werden, verwenden Sie nur

Zu haben in Drogerien

**Fly-  
Matsch!**  
Ges. gesch.

# Eine Ueberraschung



## Unsere Ultimo-Angebote

**Noch nie so billig!**

Preise - die man  
nicht für möglich hält!

Stoffe, Zutaten, Verarbeitung  
sind wie immer stadtbekannt  
gut!

## Riesenauswahl

in Herren-Anzügen - Früh-  
jahrs-Mänteln - Sport-An-  
zügen - Windjacken - Knicker-  
bocker und gestreiften Hosen  
**Auch starke Herren finden  
bei uns das Passende!**

## Besichtigung ohne Kaufzwang!

Zahlungserleichterung durch die  
Kunden-Kredit G. m. b. H.

# L. Prager BRESLAU 1 Albrechtstr. 51

Herren-Konfektions-Haus Eingang nur Ecke Schuhbrücke.  
Gegründet 1860.

## Pianos

neu und gebraucht, aus von  
Rak 800.- an, gebraucht von  
Rak 250.- an

Flügel  
Gaijen  
Lauten  
Mandolinen  
Gitarren etc.

kleine Anzahlungen  
kleine Monatsraten  
bei Kauf hoher Rabatt

Pianos zu Miete  
Reparaturen Stimmen

**Wiener & Futter**  
Schmiedebriicke 48

## Arbeitslohn

Tag und Nacht, auch Sonntags,  
anfertigung von  
von 4.00 bis 20 Pf. etc.  
Burgstraße 7, Krynalki.

# Mustschneider

## Beachten Sie meine heutigen Preise!

Landlüberwurst ein Pfund	0.76	Lungenfett ein Pfund	0.92
Preßwurst ein Pfund	0.80	Schmalz ein Pfund	0.96
Knoblauchwurst ein Pfund	0.96	gep. Schnäuzen ein Pfund	0.65
Jagdwurst 1/2 Pfund	0.35	Mortadella 1/2 Pfund	0.35

**Katholisch ohne Knochen ein Pfund 1.50**  
**Katholisch ein Pfund 1.70**  
**Ranchspeck ein Pfund 1.20**

Verkaufsstellen: u. a. Orlauer Str. 67, Albrechtstraße 54, Neumarkt 14,  
Schmiedebriicke 21, Rosenkales Straße 4, Rehdigerstraße 3, Westendstraße 68,  
Nikolaistraße 70, Klosterstr. 29, Neue Taschenstr. 19, Gartenstr. (Ecke Teichstr.)



# Die Sachseingänger kommen...

## Die Methoden des „nationalen“ Agrarkapitalismus

### Man möchte Wirtschaftskrieg mit Polen, aber betreibt Arbeiterimport

#### Die Junkerbedingungen an die genügsamen polnischen Landproleten sind echt kapitalistisch

Seit vielen Jahrzehnten kommen alljährlich im Frühjahr endlose Scharen polnischer Landarbeiter nach Deutschland, um hier während der landwirtschaftlichen Saison tätig zu sein und dann im Herbst zu einem sehr großen Prozentsatz in die Heimat zurückzukehren und bis zur nächsten Saison zu warten. Der jahrelange Handelskrieg mit Polen, an dem besonders die Großagrarier interessiert waren, hatte an diesem Zustand nichts geändert, denn sehr sehr auch den „deutschen“ Herren von A und Halm die polnischen Agrarprodukte verhasst sind, so willkommen sind ihnen die schwer um ihre Existenz ringenden genügsamen Landproleten, die mit ihrer Anpruchslosigkeit die deutschen Arbeiter weit in den Schatten stellen. Und die Herren, die ihre wirtschaftlichen Interessen in den Wandel des „Nationalbewusstseins“ und der „Kulturbelange“ hüllen, finden es geradezu zur nationalen Tradition gehörig, daß auf ihren Kiefigärten beträchtliche Arbeitercharen nicht einmal deutsch sprechen können. Das Kontingent der für das ganze Reichsgebiet zugelassenen landwirtschaftlichen Arbeiter betrug vor dem Kriege 400 000 Menschen, und wenn auch auf diesem Gebiete schon mancher Kiesel vorgehoben worden ist, so ist dieser Arbeiterimport, der für das Jahr 1930 „nur“ noch 100 000 Arbeiter betragen wird, bei unserer Kiefernarbeitslosigkeit ein Zeichen dafür, daß das nationalstische Getue eitel Lug und Trug ist.

Warum begeht man sich eigentlich so für die polnischen Arbeiter?

Eindeutige Antwort erhält man auf diese Frage, wenn man mit den Proletariaten spricht, die ja deutsche Arbeiter nicht in dem Sinne als die bösen Feinde betrachten, wie es die Arbeitgeber dieser Menschen gern haben möchten.

Täglich kommen jetzt größere und kleinere Trupps dieser schon durch ihre Kleidung auf fallenden Arbeitskräfte auf dem Breslauer Hauptbahnhof an, um von hier ihre Reise in alle Teile des Reiches anzutreten. Männer und Frauen, Burshen und Mädchen mit Bettfäden und großen Körben beladen das Bahnhofsgebäude. Das Stimmengewirr ihrer Unterhaltung verrät, daß nur die wenigsten deutsch sprechen können.

Was bilde diesen Menschen in Deutschland? Einer, mit dem man sich verständigen kann, erzählt es und ist froh, sich durch ein Gespräch die Stunden des Wartens auf den Zug abkürzen zu können. Unterhaltungen mit einem anderen, und noch einem weiteren Arbeiter zeichnen immer wieder das gleiche Bild. Stolz, wortfroh ist es hier einmal umrissen, was die Menschen erwarten. Kontrakt auf neun Monate. Der deutsche Herr zahlt vom Heimatsort bis zur Grenze die halbe und von der Grenze die ganze Fahrt. Rückfahrt? Ja, die bezahlt er auch, aber er zieht das Geld schon während der Arbeit vom Lohn ab und spart es nur, damit nicht ein etwas lieberlicher Mensch in die Versuchung kommt, es zu verbrauchen und dann kein Reisegeld zu haben. Verheiratete vermieten sich mit der Frau.

Kinder? Der Fünfjährige, der aus einem harten, erfahrungsreichen Leben lachend, schüttelt lächelnd den Kopf über meine Unwissenheit. Kinder dürfen nicht mitgebracht werden, wenn sie noch nicht arbeitsfähig sind und mitverdingen werden können. Da muß in Polen für ihr Unterkommen gesorgt und immer ein Teil des Barverdienstes für ihren Unterhalt hinterlegt werden.

Und wenn während des Aufenthalts in Deutschland ein Kind geboren wird? Keine Antwort, ein Juden mit den Schultern, das sehr vielsagend ist.

Wie es um die Wohnung bestellt ist? Burshen zusammen, Mädchen zusammen. Sind kleine Stuben, dann können Ehepaare einzeln wohnen, sind die Stuben größer, kommen zwei, drei Ehepaare in einen Raum. Das ist unangenehm, meint der Arbeiter, der schon oftmals die Reise nach Deutschland angetreten hat. Man kann aber dagegen nichts machen und muß sich in das Schicksal ergeben. Man wird abgestumpft und gleichgültig und gewöhnt sich daran.

Lohn? So 17 bis 25 Pfennige die Stunde. Meist tariflich festgelegt. Die Auswandererzentrale in der Heimat bemüht sich, zu den geltenden Tarifen zu vermitteln. Außerdem das Deputat.

Arbeitszeit? Wie eben die Arbeit es erfordert. Die Frau muß auch sechs Tage arbeiten. Wäsche waschen und andere dringende Hausarbeiten müssen eben nach Feiertagen gemacht werden, aber die Frau muß sich einmal einen halben Tag ausruhen! Die Burshen müssen diese Arbeiten eben bezahlen.

Die Verpflegung? Gibt es nicht, dafür muß jeder selbst sorgen. Der Herr gestattet, daß eine Frau zu Hause für alle kocht. Ihr müssen die Lebensmittel übergeben werden Selbstverständlich gibt es da oft auch Streikfeiern.

Ohne Anweisung, mit einer vom Schicksal aufgezungenen Willkürlichkeit berichten die Menschen von den Verhältnissen, die sie erwarten. Bei ihrer Genügsamkeit, die man in den Kreisen unserer Nationalen gern und eindringlich als die polnische Kultur bezeichnet, sparen sie fast den ganzen Barlohn. Sie wollen doch in der Hungerzeit, wo sie der „Herr“ wieder nach Hause schickt, auch leben. Sie kaufen nur das, was sie unbedingt brauchen.

Aber dieses Elendsdasein, mit dem sie nur das nackte Leben und die primitivsten Bedürfnisse fristen, ziehen sie noch den heimatischen Verhältnissen vor. Die polnischen Herren zahlen, was sie wollen. Nur wo die Arbeiter Versammlungen abhalten und sich im Verbandszusammenschließen, erlauben sich die polnischen Herren nicht gar so viel.

Auch das lernen nun die polnischen Landproleten allmählich erkennen, die heute in Deutschland zwar nicht mehr als direkte Lohnrücker auf den Arbeitsmarkt kommen, weil sie durch das Tarifwesen den deutschen Landarbeitern annähernd gleichkommen, die aber immerhin dazu beitragen helfen, daß noch viele paritätisch annühernde Arbeitsbedingungen auf dem Lande zu finden sind, die organisiertes Stadtproletariat zu beseitigen vermocht hat.

Gewiß muß mit allen Mitteln versucht werden, den Agrariern diesen Arbeiterimport mehr und mehr zu erschweren und unmöglich zu machen, weil er eine Waffe im Kampf gegen das deutsche Proletariat ist und ermöglicht, die kapitalistische Reservearmee auch in Zeiten der Wirtschaftslankheit oder Saison nicht heranzuziehen. Verfehlt wäre es aber, die nach ihren Lebensweis nach Deutschland antretenden polnischen Wanderarbeiter als die direkten Feinde anzusehen. Sie sind ebenfalls die Sklaven einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die einen schweren Kampf ums Dasein führen und von dem eigenen Kapitalismus nicht erhalten werden können. Wie sehr die Agrarier an diesen Arbeitskräften interessiert sind, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß für das Jahr 1930 insgesamt 170 000 ausländische Landarbeiter von der deutschen Landwirtschaft beantragt wurden, während es jedoch in den paritätischen Ausschüssen der Arbeitämter und der Reichsämter für Arbeitslosenversicherung diese Zahl auf 100 000 festgelegt wurde.

Die Methoden, mit denen die Arbeiterimport begünstigt wird, brauchen nicht weiter erörtert zu werden, denn sie sind zu durchsichtig. Die starken nationalen Worte, die man den eigenen „Vollsgenossen“ gegenüber immer gebraucht, wenn man von den

Kulturwerten und Aufgaben der Nation (Kaschell und vor der Unkultur der „breitigen Feinde im Osten“ grüßlich macht), läßt man mit taunenden Freuden unter den Tisch fallen. Da argumentiert man von schwerer Arbeit, für die ausreichende Kräfte auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zu beschaffen sind, obwohl die Herrschaften die Gründe sehr genau kennen, die den Landarbeitermangel bedingen. Man soll nur einmal die postivistischen Bedingungen und menschenwürdige Existenzmöglichkeiten schaffen, dann wird man schon die Kräfte finden, die man braucht.

Noch kommen die Sachseingänger. Aber die, die sie hereinholen, können nicht verhindern, daß sie vom deutschen Proletariat manches lernen und wenn sie erst einmal sich im eigenen Lande gegen den eigenen Kapitalismus wenden werden, dann wird auch der Zeitpunkt kommen, wo man an der Arbeiterimport auch kein Interesse mehr haben wird.

# Schulstreik als Protest

## Die Bewohner der Unterkunfthäuser Bergstraße verlangen eine Verhandlung mit dem Magistrat

Erst kürzlich berichteten wir über das Wohnungseld in den Unterkunfthäusern des Wohlfahrtsamtes in der Verlängerten Bergstraße. Die fast ausschließlich arbeitslosen Bewohner haben schon auf alle mögliche Art das Wohlfahrtsamt von der Dringlichkeit, Abhilfe zu schaffen, zu überzeugen versucht, haben aber bisher kaum Gehör gefunden und es ist erklärlich, wenn sich ihrer empörung bemächtigt. Ein von einer Mieterversammlung gewählter Mieterauschuss unterbreitete vor einer Woche dem Wohlfahrtsamt eine Resolution, in der eine Mietsherabsetzung, eine einmalige Unterstufung als Beihilfe für die in den feuchten Wohnungen entstandenen Schäden an Mobiliar und eine Niedererschlagung oder Stundung oder zeitlichen Miete verlangt wurde.

Da es das Wohlfahrtsamt nicht für nötig erachtet hat, diese von einer ganzen Versammlung gestellten Anträge überhaupt zu beantworten, beschäftigte sich gestern Abend erneut eine überfüllte Versammlung, in der die Entzückung über das Schweigen des Wohlfahrtsamtes sehr eindeutig zum Ausdruck gebracht wurde. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, daß zur Erreichung von Verhandlungen alle legalen Mittel erschöpft worden seien und kein anderer Weg mehr übrig bleibe, als die Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Die Gleichgültigkeit, mit der von Versammlungsteilnehmern über Folgen ungeklärter Handlungen gesprochen wurde, offenbarte eindringlich, wieviel Tragik sich hier häuft. Die Versammlung beschloß heute nochmals im Wohlfahrtsamt eine Verhandlung zu erreichen. Ohne Gegenstand spruch kam sich die überfüllte Versammlung überein, bei einer er-

## Folgen einer Unfälle

Durch eine Apfelsinenkiste in den Tod  
Vor einiger Zeit erlitt die im Hause Gerbestraße 23 wohnende Ehefrau K. einen schweren Unfall, als sie im gleichen Hause die Treppe hinunterging. Sie trat auf ein Stück Apfelsinenkiste, das sie nicht bemerkte, stieß aus, stürzte mehrere Stufen hinunter und erlitt schwere Verletzungen, an deren Folgen sie jetzt im Allerheiligen-Hospital gestorben ist.

## Tödlicher Sturz von der Treppe

Im Hausstr. Sandstraße 2 wurde vorgestern Abend der dort wohnende Eisenbahnwerkhelfer Paul I. tot aufgefunden. Da ein Genickbruch als Todesursache festgestellt wurde, ist anzunehmen, daß er bei seiner Rückkehr in die Wohnung so unglücklich von der Treppe abgestürzt ist, daß er sofort den Tod fand.

## Loobringender Übermut

In der Strachale Kletterte gestern früh der 18jährige Arbeiter Fuhrmann, Lehndamm 43 wohnhaft, aus Übermut auf einen Hochspannungsmast der Ueberlandzentrale. Als er dann dabei den Leitungsdraht berührte, wurde er auf der Stelle gestört und verbrannte. Erst nach Abschaltung des Stromes konnte die Leiche von dem Mast heruntergeholt werden.

neuten Ablehnung einer Verhandlung die Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken.

Nachdem im Stadiparlament, in der Presse und in Versammlungen der Bewohner wiederholt auf die unwürdigen und klandestinen Zustände in den Unterkunfthäusern hingewiesen wurde, wäre es wirklich an der Zeit, daß sich die städtischen Behörden etwas rascher um die Beseitigung wenigstens der ärgsten Missetände kümmern würden. Unverständlich bleibt das Schweigen des Wohlfahrtsamtes über die ihm von den Bewohnern übermittelten Anträge. Durch diese Taktik, die nirgends weniger angebracht ist als gegenüber sich in solcher Not befindlicher Menschen, schafft man nur immer größere Verbitterung, wie der obenstehende Bericht über die gestern Abend stattgefundene Versammlung beweist. Allerdings hatten wir das dort vorgeschlagene Mittel zur Durchsetzung der Forderungen als nicht gerade für geeignet, da durch eine solche Maßnahme kaum etwas erreicht wird und man sich nur dadurch noch mehr schädigen würde. Mühe darum dieser — in diesem Zusammenhang etwas merkwürdig anmutende — angebotene Schulstreik als letzter Protest und Notwehr gelten und durch baldiges Einschreiten der städtischen Behörden illusorisch werden.

# Die Universität baut um

## Verlegung einiger geisteswissenschaftlicher Seminare — Renovierung des alten Polizeipräsidiums und der ehemaligen Blindenanstalt in der Martinistraße Die verschönerte Sternwarte — Weitere Projekte

Seit langen Jahren leidet die Breslauer Universität unter stark fühlbarem Raumnot, von der vor allem der Seminarbetrieb der geisteswissenschaftlichen Disziplinen in Mitleidenschaft gezogen wird. Um diesem Mangel, der einer so bedeutenden Universität wie der Breslauer immerhin unwürdig ist, abzuhelfen, hat die preussische Staatsregierung beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt. Auch im vorigen und im laufenden Etatsjahr ist das gesehen, so daß wenigstens die ärgsten Missetände beseitigt werden konnten.

Neubauten für Universitätszwecke aufzuführen, dürfte vorläufig nicht möglich gewesen sein. Man muß sich mit Instandsetzungen älterer Gebäude begnügen.

Zunächst hat man damit begonnen, das jedem Breslauer bekannte alte Polizeipräsidium an der Ede Schuhbrücke, Ursulinerstraße wieder herzurichten, und zwar hat man sich nur darauf beschränkt, im Innern durch Niederlegung von Wänden usw. neue große Räume zu schaffen, sondern auch die Fassade wird wenigstens an der Hofseite, eine Verschönerung erfahren. Bezugsfertig soll das Haus zum Herbst sein, so daß mit dem Beginn des Wintersemesters 1930/31 die Universitätsinstitute ihren Einzug halten können. Die Kosten des Umbaus, der bereits im letzten Sommer begann, belaufen sich einschließlich der inneren Neueinrichtungen auf etwa 600 000 Mark.

Abgesehen vom Erdgeschoss, das der Benutzung durch die Polizei überlassen bleibt, wird das gesamte Gebäude der Universität zur Verfügung gestellt. Diese gewinnt für diese Zwecke im ersten Stock 23 Zimmer, im zweiten Stock etwa ebenso viel und außerdem eilf Räume im Dachgeschoss, insgesamt etwa 70 Zimmer, unter denen sich sogar einzelne recht große Räume befinden. Die Verteilung des freigewordenen Platzes erfolgte derart, daß im ersten Stock das historische Seminar (alte, mittlere und neue Geschichte, historische Hilfswissenschaften, schlesische Landeskunde) und das evangelisch-theologische Seminar, im zweiten Stock das mathematische Seminar, die evangelisch-theologische Amerika-Bibliothek, das völkerrechtliche Seminar, das indogermanische und das slavisch-philologische Seminar und im dritten Stock das orientalische Seminar untergebracht werden. Die bisherige Wohnung des Polizeipräsidenten wird vom historischen Seminar bezogen.

Es ist also tatsächlich gelungen, das alte Gebäude, das der einst ein Ursulinerkloster war, einer neuen wertvollen Bestimmung zuzuführen. Zuerst hatte man, nachdem das Polizeipräsidium in sein neues städtisches Haus übergestellt war, daran gedacht, das Arbeitsgericht dorthin zu verlegen. Dieses fand aber eine bessere Unterkunft. Schließlich bot man es der Universität

an, für die es auch wohl am ehesten und zweckmäßigsten verwendbar war, da hier eine ganze Reihe von Seminaren untergebracht werden konnten, die im Hauptgebäude der Universität schon seit langem einer den Arbeitsbetrieb nicht unbeträchtlich störenden Enge ausgelegt waren.

Eine ähnliche oder vielmehr dieselbe Bestimmung hat das Gebäude auf dem Grundstück Martinistraße 7/9 gefunden. Auch hier handelt es sich um ein früheres Kloster, das im Laufe der Jahre eine recht bunte und abwechslungsreiche Geschichte erlebt hat.

Die Martinistraße 7/9 soll in Zukunft ein Heim der Sprachen sein. Das deutsche Institut, sowie das geographische Seminar befinden sich bereits dort, in kürzester Frist werden nun das englische und romanische Seminar folgen. Letztere müssen bereits bis Pfingsten fertiggestellt werden, da dann in Breslau eine Neuphilologen-Tagung stattfindet. Jedenfalls erfahren beide Seminare, die im Hauptgebäude sehr schlecht untergebracht waren, eine ansehnliche Erweiterung. Das romanische Seminar wird in Zukunft ungefähr über ein Duzend Zimmer verfügen, während es sich bis jetzt mit zwei Räumen begnügen mußte. Das gleiche gilt für das englische Seminar.

Die auf dem Hofe des Grundstückes gelegene kleine Kapelle, die angeblich schon längere Zeit als Remise gedient hat, gehört jetzt wieder der katholischen Kirche. Neuerdings werden dort die polnischen Gottesdienste abgehalten.

Im Hauptgebäude der Universität wird durch die Verlegung so zahlreicher Seminare Raum frei werden, so daß die dort verbleibenden Institute sich dementsprechend ausdehnen können. Vor allem die juristischen, naturwissenschaftlichen und volkswissenschaftlichen Seminare dürften für die Ausfüllung des Platzes in Frage kommen. Übrigens sind auch für das Hauptgebäude Veränderungen in Aussicht genommen, die aber in erster Linie das Äußere betreffen sollen. Nachdem vor Jahren die Oberseite des Hauses aufgestrichelt worden war, möchte man jetzt gern daran gehen, die Stabstelle und die architektonisch bedeutamen Innenhöfe wieder schmücker zu gestalten. Heute fehlen allerdings dazu die Mittel.

Geplant ist ferner, das alte Polizeigefängnis, Universitätsplatz 15, für die Universität verfügbar zu machen. Obwohl zwar schon im Haushaltsplan 1930 50 000 Mark für den Umbau des alten Gefängnisses eingeplant sind, steht vorläufig noch in Frage, wann die diesbezüglichen Verhandlungen greifbare Resultate zeitigen werden.

Bauliche Veränderungen hat überdies die in der Nähe des Scheiniger Parkes gelegene Universitäts-Sternwarte erfahren. Bisher war die Sternwarte nur ein kleiner Bau, der lediglich ein Uhrzeiger enthielt. Nunmehr ist sie vergrößert worden, außerdem wird sie demnächst eine Kuppel erhalten. Die Breslauer Sternwarte dürfte also in Zukunft einen Vergleich mit anderen deutschen Universitäts-Sternwarten durchaus vertragen können.

Ein Überblick über die erwähnten Vorhaben und Pläne ergibt, daß bei allen gegenwärtigen und für die nächste Zukunft projektierten Bauten in erster Linie nur die geisteswissenschaftlichen Disziplinen bedacht werden. Das mag insofern vollst. berechtigt sein, als gerade diese Fachgebiete innerhalb der Breslauer Universität am stärksten von der Raumnot betroffen wurden. Immerhin gegen die Naturwissenschaften auch in dieser Hinsicht Wünsche, um deren Berücksichtigung man nicht herumkommen wird. In weitem Umfange dürfte das für die Kliniken zutreffen, denn auch dort gibt es Raumnot, ganz besonders in der medizinischen (inneren) Klinik und in den Augen- und Ohren-

Jetzt gibt es  
**Pixawon**  
die wundervolle goldklare Haarwaschseife  
für jedes Haar, auch als Shampoo  
für 30 Pfennig



kliniken. Technisches gilt für die Zahnklinik am Burgfeld, deren Erneuerung gleichfalls unerlässlich erscheint.

### Am die Breslauer Beamtengehälter

#### Das Gutachten der Schiedsstelle

Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Deutschen und des Preussischen Städtebundes, Dr. Otto von Bismarck, hat sich die für die Provinz Niederschlesien gebildete Schiedsstelle (Gutachter-Ausschuss) mit der Besoldungsordnung der Städte Breslau befasst...

### Der Mord an dem Rentner

#### Die Kleidungsstücke bereits aus der Ober geklist

Den Bemühungen der Kriminalpolizei ist es im Verein mit dem Reichswasserfiskus gelungen, einige Kleidungsstücke des auf dem Oderdamm niedergeschlagenen und ins Wasser geworfenen Rentners Wilhelm Bamberg aus dem Wasser zu fischen.

### Merkwürdiger Schwindel

#### Ein Unbekannter überbringt einer Familie eine erlogene traurige Botschaft

In der Wohnung eines Kaufmanns in der Karl-Marx-Straße erschien am Montag vormittag ein etwa 20 bis 22 Jahre alter Mann und überbrachte der ihm öffnenden Ehefrau die Mitteilung, dass ihr in den Breslauer Eisenwerken tätiger Ehemann durch ein Auto einen Unfall erlitten habe...

### An Wostau ist alles möglich

#### Hühner legen Straußeneier

Die kommunistische „Arbeiterzeitung“ brachte gestern einen Artikel mit Bild „Künstliche Rieseneier“. Professor Malosoff impft eine Henne mit Schwefelwasserstoff und einem neuen Element...

### Theater und Musik

#### Schauspielhaus

#### Tauberst spielt im „Land des Vahelns“

Auto und wieder Auto staut sich vor dem Schauspielhaus. Ein seltenes Ereignis. Richard Tauber singt bei uns, nicht auf Schallplatten, sondern in Person. Damals, als er noch den Ottavio im „Don Giovanni“ und den Belmonte in der „Entführung“ in seiner Eigenschaft als erster lyrischer Tenor der Staatsoper sang...

### „Trophinn und Schwermut“

Oratorium von A. W. Händel wird aufgeführt in dem Konzert des Reichschor-Vereins, gemeinsam mit dem Arbeiter-Bildungsausschuss, am Mittwoch, dem 2. April, im großen Saal des Konzerthauses...

### Unter den 50 bestausgestatteten Büchern

des Jahres 1929, die von der Jury der Deutschen Buchausstellung zum Tag des Buches 1930 unter 60 000 Büchern ausgewählt wurden, befinden sich vier Bücher, die in sozialistischen Unternehmungen verlegt und gedruckt wurden.

### Rat und Auskunft für Erwerbslose

erteilt in allen einschlägigen Angelegenheiten die Erwerbslosen-Kommission der SPD Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, Sprechstunden jeden Tag, außer Sonnabend und Festtag.

### Sexualberatung, Neue Tschannenstraße 25

Sprechstunden jetzt Dienstag und Donnerstag 18 1/2 bis 20 1/2 Uhr. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsverhütung usw. statt.

### Gewerkschaftshaus-Sichtspiele

#### Heute und morgen, 5 und 8 Uhr

Der Mann, der lacht mit Konrad Weiß Nachtgestalten Nur ein Gassenmädchel

Silberhochzeit feierte dieser Tage Gauleiter der Arbeitsinvaliden Genosse Paul Weier, Brodauer Straße 8, mit seiner Frau Anna, geb. Wehrauch.

Staatliche Akademie für Kunst und Kunstgewerbe Breslau. Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat ab 1. April Dr. Franz Nowak mit einem Lehrauftrag an der Akademie betraut.

Störung im Elektrizitätswerk. Am gestrigen Mittwoch, um 14 1/2 Uhr ereignete sich eine etwa 10 Minuten dauernde Stromstörung in einzelnen Speisepunkten der Straßenbahn.

Schulauktion. Am Sonntag, dem 30. März, findet in der Zeit von 10-17 Uhr im Hinterhaus des Schulhauses Pöjerner Straße eine Ausstellung der weltlichen Schule Nr. 2 statt.

Die Schrotholzkirche im Scheiniger Park ist von jetzt ab wieder Sonntags, Dienstags und Freitags von 15 bis 17 Uhr geöffnet und kann gegen Bezahlung von 10 Pf. bestichtigt werden.

Kraftfahrbepf nach Obernitz. Bei genügender Beteiligung verkehrt am Sonntag, dem 30. März, ab 18 Uhr, von der Kraftfahrbepfelle am Ring eine Kraftfahrbepf über Trebnitz nach Obernitz zum Kurhaus Sitten.

Städtische Sparkasse zu Breslau. Sie glauben spaniam zu sein. in der Tat sind Sie es nicht! Denn wer sein Geld zu Hause zinslos liegen lässt, schutzlos jeder Gefahr ausgesetzt, geht leichtsinnig mit seinem „Ersparnis“ um! Nehmen Sie sich ein Konto bei uns, auch der kleinste Betrag wird sicher angelegt!

### Sozialdemokratische Partei

Partei-Konferenz. Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-110. Telefon Nummern 5900-5901. Geöffnet außer Sonnabend von 8-11 und 6-7 Uhr.

Wochenplan der Sozialistischen Arbeiterjugend. Diesen Freitag sind alle im Thalia-Theater: „Der tolle Sperling“.

Sozialistischer Kampfbund. Aufruf zum Kampf. Donnerstag, 20 Uhr, Antreten in Uniform und mit Instrumenten in der Volkshalle.

Kein Photogewerbe in städtischen Anlagen. Städtische Gartendeputation weist darauf hin, dass in den städtischen Promenaden, Gärten und Parkanlagen die Ausübung eines Gewerbes (Handeln, Photographieren) nicht gestattet ist.

Wer einen Musikern wählt. Eltern und Vormünder, die ihre zur Schulentlassung kommenden Kindern dem Musikberuf zuführen wollen, kann nicht bringen genug angeregt werden, sich vor Eingehen irgend welcher Verbindlichkeiten...

Freiwillig aus dem Leben geschieden. In der Wohnung ihres Arbeitgebers in der Magistralstraße vergiftete sich gestern nach die Hausangestellte A. B. mit Leuchtgas und war bereits als sie aufgefunden wurde, der Grund zum Lebensüberdruß dürfte darin zu suchen sein, daß der Bräutigam des Mädchens vor einigen Tagen plötzlich verstorben ist.

Was die Feuerwehr alles machen muß. Gestern wurde die Feuerwehr zweimal zu Hilfeleistungen gerufen, und zwar gegen 7 1/2 Uhr nach Helmuthstraße 59/61 zum Aufheben eines gestürzten Pferdes, und gegen 8 1/2 Uhr nach Feldstraße 28, wo hier eine Frau mit dem Arm in eine Drehschraube gekommen war.

Schaufenster eingeschlagen. In der vergangenen Nacht wurde von einem unbemerkten Täter die Schaufenster Scheibe eines Fahrradgeschäfts in der Münzstraße zertrümmert und aus der Auslage ein Fahrrad und sonstige Fahrradzubehörsgegenstände gestohlen.

Zusammenstoß zwischen Motorradfahrer und Postautobus. Gestern abend stießen in Maria-Höfen an der als Gefährliche Stelle bekannten Straßenkreuzung der von Schmiedefeld kommenden Motorradfahrer Max Bürger aus Breslau und der Postautobus zusammen, wobei der Motorradfahrer stürzte und verletzt wurde.

Konzerte, Theater, Vergnügungen. Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.

Stadttheater Breslau, Donnerstag 20 Uhr Puccini „Die Schöne Helena“.



# 7.50 Mf. für den ersten Hund . . .

## Eine Dauerfixierung des Neumarkter Kreistages

Der Frühjahrskreistag von Neumarkt fand am Mittwoch im Zeichen einer bemerkenswerten Redefreudigkeit, wie sie auch bei den Haushaltsberatungen nicht jedes Jahr in diesem Maße zu verzeichnen ist. Er begann mit einer kleinen Verspätung, da der neue Kreistag sich vor Beginn der Arbeiten im Schatten des alten Minoritätenlokals fotografieren ließ und dauerte bis fast vor 19 Uhr abends. In den Debatten war eine langsame Anpassung an die bisher ungewohnte Anwesenheit einer weiblichen Abgeordneten — die meisten Redner begannen mit der Anrede „Meine Herren“, um sich dann hastig in „Meine Damen und Herren“ zu verbessern — zu bemerken.

Unter den üblichen Mitteilungen eingangs der Sitzung gab Landrat Hüttenheim bekannt, daß Genosse Paul Hoffmann-Sachwitz nach seiner Wahl in den Kreisrat sein Mandat als Kreisratsabgeordneter niedergelegt hat und an seine Stelle Genosse Klesewetter-Dambritz, außerdem der Schlossermeister Kuhn in den Kreistag nachgerückt sind. Weiter verles er auf die — allgemein durchgeführte — orthographische Veränderung in Kant, Kamöle und Jakobsdorf hin. An Stelle des Herrn v. Loeb, der die Wahl als Amtsvorstehervertreter für den Amtsbezirk Stephansdorf abgelehnt hat, wird Herr Langner-Stephansdorf auf Vorschlag des Abgeordneten v. Vegeja gewählt.

### Eine Ueberrückung

ergab sich bei der nun zur Beratung folgenden Vorlage, die dem Wunsch der Kommunaldelegierten im Innenministerium die Beamteneigenschaft allgemein abzubauen den Weg bereiten sollte. Gemäß einer Anordnung des Regierungspräsidenten sollte nämlich folgende Ergänzung der Besoldungsvorläufe für die Kreisbeamten, Dauerangestellten, Wartegeldempfänger, Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen angenommen werden:

Die durch diese Besoldungsvorläufe geregelten Dienstbezüge, Wartegelder, Ruhegelder, Unterhaltungsbezüge und Hinterbliebenenbezüge, ebenso die Einzahlung der Beamten in die Gruppen der Besoldungsordnung können durch Beschluß des Kreistages abgeändert werden. Werden Beamte oder Versorgungsberechtigte durch eine solche Veränderung hinsichtlich der obgenannten Bezüge oder hinsichtlich ihrer Einzahlung in die Gruppen der Besoldungsordnung mit rückwirkender Kraft schlechter gestellt, so sind die Unterstellungsbezüge nicht zurückzuführen. In allen übrigen Fällen sind zu viel erhobene Dienstbezüge, Wartegelder, Ruhegelder, Unterhaltungsbezüge und Hinterbliebenenbezüge, auch soweit eine Berechtigung nicht mehr vorliegt, zurückzuführen. In übrigen gelten die Uebergangs- und Schlussvorschriften des Ausschusses der Besoldungsregeln sinngemäß mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Entscheidung des Finanzministers diejenige des Kreisrates tritt.

Genosse Kurz beantragte im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion die Ablehnung, da Zweckmäßigkeit und rechtliche Zulässigkeit nicht geklärt erschienen. In einer kurzen Aussprache gab der Landrat zu, daß die Zulässigkeit einer solchen Bestimmung im Sinne einer Klärung der rechtlichen Verhältnisse zum mindesten zweifelhaft sei. Die bürgerlichen Fraktionen überlegten eine Weile und erklärten schließlich — ebenfalls gegen die Annahme dieser bedenklichen Bestimmung. Man hat ja schließlich Beamte als Wähler. Der Antrag wird abgelehnt. Auch die

### Frage der Abbedeckung

erschien wieder einmal auf der Tagesordnung, denn der Bestyrger hatte sich mit den letzten Beschlüssen nicht zufrieden gegeben, da er die Fortführung seines Betriebes bei Verzinsung des ihm gewährten Darlehens nicht für möglich hält. Außerdem fordert er bei Unterbilanz die Möglichkeit der Kündigung des Vertrages mit dem Kreise. Der Kreis hat dann die Anlagen und Maschinen zum Tagespreis zu übernehmen. Diesen Anträgen wurde zugestimmt.

### Für den Neubau der Landwirtschaftsschule wurde die Baukostenüberschreitung von 14 107,84 Mf. nachbewilligt. Zur Herstellung einer Hochwasserflutmauer in den Gemeindeflur Arnolds- und Groß-Gohlau, die vom Provinzialflurbaumeister erstellt werden soll und für die die Provinz zwei Drittel der Gesamtkosten übernimmt, wird ein Kostenanteil von 6000 Mf. bewilligt, der aber nicht kassenmäßig verausgabt, sondern als Darlehen der wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge verzinst und getilgt wird. Ein Einfamilienhaus in Krinisch, das im Wege der Zwangsversteigerung vom Kreise erworben worden war, um Hauszinssteuerhypotheken sicherzustellen, wurde dem früheren Eigentümer unter der Auflage, einem Straßenwärter zu angemessenem Preise eine Wohnung einzuräumen, für 16 000 Mf. wieder verkauft. Recht lebhaft wird Rede und Gegenerde, wie stets bei dieser Frage, als man anschließend wieder einmal

### die Hundesteuer

durch einen Antrag des Kreisrates auf Erhöhung behandelt. Der Kreisrat wollte für den ersten Hund 10 Mf., für den zweiten 20 Mf., für den dritten — es lebe die hygienische Geburtenkontrolle — 50 Mf. in Ansatz bringen. Die Debatte war mehr wie ausgedehnt, wenn man das Objekt im Verhältnis zu seiner Bedeutung im Kreishaushalt bemerkt. Doch dieses Thema bringt es eben so mit sich, daß alles für und Wider, alle guten und schlechten Eigenschaften der Hunde, die schlafenden Wachhunde, die unentbehrlichen Wachhunde, das Hundestellen bei hohen Steuern, die Hundebewässerung bei zu niedrigen Steuern und schließlich auch — als Ersatz sozusagen — die Möglichkeit einer Kellamesssteuer behandelt wurden. Doch wie dem auch sei, 10 Mf. für den ersten Hund, das Kleintier der Mehrheit zuviel. Der Antrag des Kreisrates wurde mit 18 gegenwärtigen Stimmen abgelehnt, worauf ein Änderungsantrag Kühnig (Ztr.), den ersten Hund im Kompromißwege mit 7,50 Mf. für sein Dasein zu besteuern, Annahme fand. Die Hundesteuer beträgt demnach jetzt:

für den ersten Hund 7,50 Mf.,  
für den zweiten Hund 20 Mf.,  
für den dritten Hund 50 Mf.,  
jeweils vom dritten Monat des Hundelebens an gerechnet. Natürlich entsetzte auch die Erhöhung der Jagdsteuer eine ziemlich angeregte Diskussion, die sich allerdings vorwiegend auf die fastlich mehr interessierte rechte Seite des Hauses beschränkte. Grundtätlich keine Gegenkraft fand. Es wurde neu festgelegt, daß Eigenjagdbesitzer mit 8 Prozent, angepachtete Jagden mit 15 Prozent, an Kreisangehörige verpachtete Jagden ebenfalls 15 Prozent, an Kreisfremde verpachtete Jagden mit 20 Prozent, und an Ausländer verpachtete Jagden mit 50 Prozent des Marktpreises versteuert werden soll. Allerdings besteht wenig Aussicht, daß der Oberpräsident die Unterzeichnung zwischen Kreisfremden und Kreisangehörigen bei der Bemessung genehmigt. Derartige Bestimmungen sind schon wiederholt abgelehnt worden. Der Landrat aber meint, wenn es beschlossen würde, wäre man ja zu versichern, wegen der Genehmigung persönlich beim Oberpräsidenten vorstellig zu werden. Der gedruckte vorliegende, sehr ausführliche Verwaltungsbericht der Kreis-Kommunalverwaltung wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen; desgleichen die Besoldungsordnung der Kreis-Kommunalbeamten für 1928 mit einem Vortrag von 9488,16 an Aufwand genehmigt und Entlastung erteilt. Ein Detailantrag, der die Beteiligung des Kreises an den Kosten der Hauptstationierung der Bahnpoststraße in Rantz vor. Es handelt sich um eine Beteiligung von 12,5 Prozent der Baukosten in Höhe von 12 280 Mf., die aber vom Kreis nicht bar ausgezahlt, sondern bei der Stadtparkstraße Rantz zu 8 Prozent Verzinsung und 4 Prozent Tilgung aufgenommen werden. Rantz macht also in doppelter Beziehung ein gutes Geschäft bei der Sache. Natürlich traten alle Rantz-Abgeordneten für die Ver-

abschließung dieser Vorlage des Kreisrates ein, zumal die Verbesserung dieser im Zuge der Straße Neumarkt-Striegau liegende Straße eine unabwendbare Notwendigkeit gewesen war. Der deutsh-nationale Abg. Bartel rügte aber, daß die Stadt offenbar erst die Straße gebaut und dann Provinz und Kreis um die üblichen Beihilfen angegangen habe. Auf wiederholte Fragen von ihm erfuhr man denn auch den Stand der Sache, daß überhaupt erst das Kreisbauamt die Initiative in der Sache ergriffen, die Baukostenverrechnung geordnet und die Beantragung der Beihilfen somit ermöglicht habe. Man hat also in Rantz fröhlich draußens gebaut, ohne sich vorher zu vergewissern, ob und welche Beihilfen gewährt werden. Ins Unendliche dehnte sich die Beratung des

### Haushaltsplanes

aus. Dieser Haushaltsplan ist eigentlich nur ein Provisorium, ein ungefährender Vorschlag, der der Kreisverwaltung ermöglichen soll, auf der Basis der vorjährigen Steuererhebung bis zum Herbst zu arbeiten und dann in einem ergänzenden Nachtragsetat den noch zu erwartenden Veränderungen der Sachlage durch die voraussichtliche Erhöhung der Provinzialsteuern und Regelung der übrigen noch schwebenden Steuerfragen in Staat und Reich Rechnung zu tragen. Das hinderte die Rechte unter Führung des Herrn v. Vegeja allerdings keineswegs, unentwegt in der Linie des geringsten Widerstandes, also bei kulturellen und Wohlstandsfragen Streichungsanträge zu stellen. Da diese Anträge in keiner Weise begründet, sondern durchweg aus dem Handgelenk heraus und unter dem Motto „Wir haben doch eben kein Geld“ gestellt wurden, hatten sie wenig Erfolg. Die Sozialdemokraten wandten sich im allgemeinen gegen die Festabhebung der Anträge für notwendige, das kulturelle Leben oder die Arbeitsbeschaffung fördernde Ausgaben. Genosse Kurz beantragte außerdem redaktionell, man möge doch das wenig zeitgemäße Wort Kreisfiskus behaus beim Etat der Grundstücksverwaltung durch eine den jetzigen Verhältnisse entsprechende Bezeichnung ersetzen. Erfreulicherweise benutzte der Landrat einige einleitende Bemerkungen, die er den Beratungen vorausschickte, um die Entlastung der schlesischen Wirtschaft, soweit die langweilige Verhandlungsdauer hier nicht schon während gewirkt habe, durch den

### deutsch-polnischen Handelsvertrag

zu begrüßen; sie komme auch der Landwirtschaft zugute, wenn die allgemeine Kaufkraft sich im Verlauf besserer Handelsbeziehungen nach dem Osten hebe. Außerdem sprach er — wohl eine vergebliche Hoffnung — aller Uebung auf allen kommunalen Tagungen gemäß, die Hoffnung auf baldige Verabschiedung eines die Selbstverwaltung entlastenden endgültigen Lastenausgleichs, insbesondere eines Schullastenausgleichs, aus. Bei der allgemeinen Vorberatung betonte Genosse Dittlitz, daß die gebotene Sparsamkeit nicht unbedachter Unselbstwirtschaft führen dürfe, wobei ihm Abg. Vegeja, der sich ja überhaupt als Mensch besserer Einsicht selten verhält, als Grundbesitzer — ein interessanter Beitrag zur marxistischen Theorie über die Bedingtheit des gesellschaftlichen Lebens von der Verteilung der Produktionsgrundlagen — aber dann gegen seine eigene Einsicht handelt, lebhaft zustimmte. Die Einzelberatung war infolgedessen mehr durch ihre zeitliche Länge, wie inhaltlich bemerkenswert. Bei der Grundstücksverwaltung wurden nach bürgerlichem Rezept generelle Streichungen im Gesamtbetrag von 6000 Mf. vorgenommen. Abg. Vegeja wandte sich insbesondere gegen die weitere Bewirtschaftung des Grundstücks an der Schloßstraße, was aber keine Bedenken zürkte, als Kreisbaumeister Uher die bis zu einem gewissen Grade bestehende moralische Verpflichtung des Kreises in diesem Falle erklärte. Geradezu ungenügend wurde die Streichung bei der Verabschiedung des Titels V, Kreisbauamt. Man beantragte nicht nur Abhebung der Beschaffung von Schneepflügen und Obstbäumen, sondern auch die Streichung von Schüttungsmaterial für 12 Kilometer der 250 Kilometer Kreisstraßen, das für 1921 im Laufe des jetzigen Jahres beschafft werden soll. Letzteres wird dann erfreulicherweise doch abgelehnt, die zu beschaffenden Schneepflüge auf einen reduziert und die Obstbaumbeschaffung zurückgestellt. Beim

### Wohlfahrtsetat

wendet sich Pastor Greiner gegen die angeblich überhandnehmende Einweisung von Kranken in Breslauer Krankenhäuser durch die Ärzte, was große Kosten verursacht. Er muß sich von der Genossin Witz sagen lassen, daß niemand zum Vergnügen zur Operation nach Breslau geschickt werde und der Kostenfaktor niedriger wie von ihm angegeben sei. Auch hierüber wird viel, sehr viel geredet. Bemerkenswert war dabei die Bemerkung des katholischen Geistlichen Dr. Kibrich, daß sogar jemand nach Breslau transportiert wurde, der schon eine halbe Stunde später gestorben sei. Er vermag offenbar, daß den Ärzten nicht die direkte Verbindung mit der göttlichen Vorlesung zur Verfügung steht, die es ihm wahrheitsgemäß ermöglicht hätte, den Betroffenen mit weniger Kosten im Kreise Neumarkt sterben zu lassen. Einige Kontroversen gab es auch bei den nicht unbedeutenden Subsidien für die charitativen Schwesterstationen, deren Lob Pastor Greiner mit berufsgewohnter Wärme sang, wobei er sich zu der lächerlichen Behauptung verließ, weltliche Fürsorgeeinrichtungen würden im Gegensatz zu den religiösen mindestens 6000 Mf. (!) im Jahre kosten. Die Sozialdemokraten wandten sich gegen die

## Etatberatung in Brodkau

### 50000 Mf. Mehrbedarf — trotzdem größere Einsparungen bei der Volksschule Erhöhung des Wassergeldes — Keine Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft

In einer recht ausgedehnten Sitzung beschäftigte sich am Dienstag die Produzent Gemeindevorstellung mit der Verabschließung des Haushaltsplanes für das Jahr 1930/31, der gegenüber dem Anschlag des Vorjahres einen Mehrbedarf von rund 50 000 Mf. erfordert und mit 650 000 Mf. balanciert. Der Etat sieht die Erhebung eines 500-prozentigen Zuschlages auf die Grundvermögens-, Gewerbesteuer- und Kapitalsteuer vor. Der Gemeindevorsteher Dr. Bauer erörterte den in einer Kommission vorbereiteten Haushaltsplan eingehend, wobei er besonders betonte, daß die Kreissteuern und das Ausbleiben der Verwaltungskostenzuschüsse der Reichsbahn zu weitgehendsten Sparmaßnahmen veranlassen. Ob allerdings die beträchtlichen „Einsparungen“ ausgerechnet beim Etat für die Volksschulen am leichtesten tragbar sind, kann man wohl bezweifeln; selbst wenn dies damit begründet wurde, daß die Geburten- und Schülerziffern zurückgegangen sind und noch weiter zurückgehen werden. Obwohl es ansehender nach einer Verständigung der Parteien nicht zu einer Gläubigkeit kam, unternahm die nach etwas verwässerten Gesichtspunkten zusammengestellte Mehrheit einen Versuch für die Aufhebung einiger Positionen für die Volksschule, gegen die sich die sozialdemokratischen Vertreter wandten und die bei der allgemeinen Verwaltung nach abgemacht wurden. Einmütig wurde dann der Haushaltsplan verabschiedet. Auch der Sonderetat des Wassergeldes wurde einstimmig verabschiedet. Da die zur Anlage eines neuen Brunnens und einer Filteranlage erforderlichen Mittel auf dem Anleihewege beschafft werden müssen, beschloß die Gemeindevorstellung, zur Deckung der größeren Kosten eine 50-prozentige Erhöhung des Wassergeldes von 16 auf 24 Pfennige für den Kubikmeter. Die weiter auf der Tagesordnung stehende Einsparung von

Wassergeldem vorgelegte Erhöhung des Zuschusses, worauf v. Vegeja einen Kompromißvorschlag machte, statt den eingeleiteten 21 050 Mf. nur 19 000 Mf. zu bewilligen. Dem wird zugestimmt. Der Gutachter Scholz von den unvollständigen Politikern erzählt bei dieser Erörterung, daß er, wenn er für die Schwereinstellung sammeln gehe, bei den Bekehrern nichts bekäme, was links mit Hart-Kufen quittiert wird. „Nennig erziehlisches“ hat der deutsh-nationale Abgeordnete Vanger angeblich von den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen gehört. Schulrat Genosse Kurz bittet um Einzelangaben, betont im übrigen, daß Streichungen hier nicht tragbar sind, denn der Ausbau dieser Schulen sei doch im Interesse der Landwirtschaft erforderlich. Außerdem müsse wohl berücksichtigt werden, daß

ein Schüler der landw. Winterschule . . . 234 Mf.  
und ein Fortbildungsschüler . . . 19 Mf.  
dem Kreise im Jahre 1929 ein Abbau hier also eine ungeheure Ungerechtigkeit an der arbeitenden Jugend sein würde. Es wird dann auch nichts geistlichen. Die Prämien für die Bierzehnjährigen gibt ebenfalls zu einer Debatte her hieran interessierten Abgeordneten Anlaß, worauf beschlossen wird, die Prämierungen durch den Kreisrat auf Vorschlag der Kreiskommission der Landwirtschaftskammer vorzunehmen. Dem Kreisrat wird beantragt, der Kreisbaumeister Kuhn die Erhöhung der Etatposition um 1000 Mf., was aber die sparsamsten Bürgerlichen nicht erzeugt. Im

### Ergebnis

wird ein vorläufiges Soll an Kreissteuern von 724 000 Mf. festgesetzt. Zum Schluß stellt Genosse Hoffmann-Rantz eine Anfrage wegen Vergebung von Steinführen an Kreisfremde. Der Kreisbaumeister erwidert, daß die Bekämpfung der Ausbreitung auf Kreisangehörige nicht zweckmäßig erlaube und naturgemäß der preiswerteste Bieter bevorzugt werden müsse. Damit wird die fast siebenstündige Sitzung geschlossen.


## Spernung der Oderschiffahrt

Am Dienstag abend fuhr ein Kilometer unterhalb der Schleuse Krepna in Oberschlesien ein talwärts fahender mit 300 Tonnen Steinkohlen beladener eiserner Dampfschiff auf eine Buhne auf und begann zu sinken. Ein hölzerner mit 310 Tonnen Reich beladener Kahn fuhr auf den sinkenden Kahn auf und legte sich quer, wodurch die Ode für die großen Dampfschiffe gesperrt ist. Maß Feststellung des Schadens wird mit den Hebungsarbeiten begonnen werden, die voraussichtlich fünf bis sechs Tage in Anspruch nehmen dürften.

## Aus der Umgebung

### Ein Ueberfall

Am 21. März wurde der Arbeiter Richter auf einem Besorgungsweg von Koberwitz nach Klein-Sürding zwischen Heibanden und Klein-Sürding überfallen, vom Rabe heruntergeworfen und mißhandelt. Der Angreifer, dem Vernehmen nach ein Zimmermann namens Grunert, bearbeitete den Ueberfallenen demnach, daß er sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und das Rad arg beschädigt wurde. Die Gründe zu dem Ueberfall scheinen privater Natur zu sein.



### Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt  
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174  
Telephon 79010, 79061  
Geschäftszeiten: 9-19 und 16-19 Uhr

### Teilkommunalkonferenz in Bettlern

Am Sonntag, dem 30. März findet eine Teilkommunalkonferenz in Bettlern, vormittags 9 Uhr, im Lokal Ruchalla, statt. Redner ist Amts- und Gemeindevorsteher R. Münchberger aus Schottwitz. Wir bitten, daß die Gemeindevorsteher und alle an der Kommunalpolitik interessierten Genossen aus Bettlern und Umgegend zahlreich an dieser Konferenz teilnehmen.

### Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land Nordost. Sonnabend, den 29. März, findet bei Wähler in Klarenstr. eine öffentliche Versammlung abends 19 Uhr statt. Redner: Genosse Schiffer.

### Kattendorfer-Hartlieb. Arbeiter-Kab- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“. Sonntag, den 30. März, Vereinstour nach Tschansch. Abfahrt 2 Uhr von Rosenberger, Hartlieb.

### Kochhüben. Am Freitag, dem 28. März, 19 Uhr, im Lokal Scholz: Mitgliederversammlung. Rednerin: Genossin Bohnig.

### Danisch. Filmveranstaltung. Freitag, den 28. März, 20 Uhr, Filmvorführung. Gezeigt werden vier interessante Filme. Wir erwarten guten Besuch auch aus der Umgegend.

### Bettlern. Teilkommunalkonferenz. Am Sonntag, dem 30. März, findet eine Teilkommunalkonferenz in Bettlern, vormittags 9 Uhr, im Lokal Ruchalla, statt. Redner ist Amts- und Gemeindevorsteher R. Münchberger aus Schottwitz. Wir bitten, daß die Gemeindevorsteher und alle an der Kommunalpolitik interessierten Genossen aus Bettlern und Umgegend zahlreich an dieser Konferenz teilnehmen.

Schulstellen kam noch nicht zur Verhandlung, weil noch Verhandlungen mit der Regierung schweben. Die Schuldeputation hat sich der Forderung eines Abbaues von vier Stellen nicht anschließen können und will nur zwei Stellen freisetzen. Zunächst sollen aber noch die Verhandlungen abgewartet werden. Weiter wurde auch die Verlängerung kurzfristiger Kredite einstimmig beschlossen. Auch das Thema Gemeindefriedhof wurde wieder einmal erörtert, diesmal aber in Einmütigkeit aller Richtungen nur Gehörsen festgesetzt wurden. Demnach müssen auch bei Nichtbenutzung der Kapelle und des Leichenstellers Gebühren entrichtet werden. Inzwischen handelt es sich dabei um eine besonders umstrittene Frage, denn es wurde gleichzeitig auch eine Polizeiverordnung angenommen, die die Aufbewahrung von Weigen in Wohnungen (auch Schuppen und Waschküchen) über 20 Stunden hinaus verbietet. Eine kleine Debatte gab es nach bei einer Vorlage über die durch eine Ministerialverordnung für Gemeinden unter 15 000 Einwohnern zulässige Forderung der Wohnungszwangswirtschaft durch Aufhebung verschiedener Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes. Da noch 136 Wohnungen erforderlich wären, am Wohnungselend und Wohnungsmangel in Brodkau zu beseitigen, wurde mit 21 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Beibehaltung der Zwangsverwaltung in vollem Umfange beschlossen. Als Freund der Eisenbahnen und der Bauernschaft produzierte sich dabei besonders Herr Salla von der Gewerbesteuer, dem sich bei der Abstimmung auch der Rentant und Zeitrumsmann Gros anschloß. Um eine Verunreinigung des Grundwassergrundes auszuschließen, soll ferner der Spitz und Sportplatz am Wasserwerk nicht mehr benutzt und durch eine neue Anlage am Flossgraben ersetzt werden.







## Der Sieg der „Europa“

### Mit 36 Minuten Vorsprung wurde der „Bremen“ das blaue Band entrißen — Der neue Weltrekord: Vier Tage, siebzehn Stunden, sechs Minuten — Die letzten Fahrstunden bei rauher See

Am Dienstag, nachmittags 1/4 Uhr (Berliner Zeit), ist die „Europa“ in den Hafen von New York eingelaufen. Zahllose Erennen stimmten ein Freudengetöse der Begrüßung und Gratulation an; Autohupen aller Tönungen schallten sich in den Hören ein. Beglückter Ruf der Menge, die mit Wiederholungen sich die Zeit vertreibend, zu Tausenden die Ufer säumte — bereits um 12 Uhr (Berliner Zeit) hatten sich die ersten Neugierigen am Lloyd-Pier versammelt — verstärkten den enthusiastischen Willkommensruf.

Der Führer der „Europa“, Commodore Johnson, nahm nach Beledigung der ersten Zollformationen von Bord aus das Wort zu einer Rede, die durchs Radiomikrophon Tausenden und Millionen in der alten und neuen Welt zugänglich gemacht, eine Schilderung der letzten interessanten Fahrstunden darstellte.

Die „Europa“ hat am Dienstag morgen um 3,31 amerikanischer Zeit (11,50 Berliner Zeit) nach einer Fahrtdauer von 4 Tagen, 17 Stunden ab Cherbourg das Ambrose-Feuerlicht passiert. Die schnellste Reisedauer der „Bremen“, die bisher das blaue Band des Ozeanrekordes halten durfte, ist damit um 36 Minuten unterboten. Die „Europa“ ist auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 27,81 Seemeilen gekommen gegen 27,72 Seemeilen der „Bremen“.

Bei Beurteilung der Leistung der „Europa“ muß man berücksichtigen, daß sie erstens bedeutend schlechteres Wetter hatte als die „Bremen“ bei ihrer Rekordfahrt und sie außerdem infolge der Wetterlage eine um 70 Seemeilen längere Route wählen mußte. Johnson hat überhaupt von Anfang an gar keine Rennfahrt geplant. Man kann somit die erreichte Geschwindigkeit der „Europa“ als gute Durchschnittsgeschwindigkeit betrachten und damit rechnen, daß die „Europa“ bei ihrer Ozeanfahrt niemals viel länger als vier Tage und 17 Stunden gebrauchen wird.

Während der letzten Nacht mußte die „Europa“ bei ziemlich starkem Nebel fahren. Das Meer wogte in starker Dünnung. Das Schiff kam aber gleichmäßig schnell vorwärts und lag auch gut im Wasser. Die Passagiere an Bord hatten sich durchweg darauf beschränkt, ihre Kabinen — das heißt auf der „Europa“ heißen diese neuerdings „Zimmer“ — aufzusuchen, um den Erfolg der Fahrt abzuwarten; viele, besonders alle Amerikaner, waren durch Wetten an ihr interessiert. Der Jubel bei der Bekanntgabe, daß die „Europa“ das Ambrose-Feuerlicht gegen 6 Uhr morgens (amerikanischer Zeit) erreicht werde, steigerte sich zu stürmischen Freudenausbrüchen, als das Leuchtschiff tatsächlich um diese Zeit gesichtet wurde. Der Kapitän und die Ingenieure versicherten den Passagieren, daß der erreichte Rekord im Sommer sehr bequem hehräglich zu steigern sei, wenn die Dünnung nicht so stark ist, keine Gegenwinde die Fahrt beeinträchtigen und das Neuseer aus den Maschinen herausgeholt werden kann. Außerdem wird im Sommer die nördliche Route benutzt, die augenblicklich wegen der Eisberggefahr nicht gefahren wird.

Als die „Europa“ bei der Quarantänestation Staten Island zum ersten Male stoppte, ging eine große Zahl von Journalisten, Photographen, Rundfunkleuten, Klöppelgebern und geladenen Privatpersonen, die mit zwei Schleppern dem Schiff entgegengefahren waren, an Bord. Das große Publikum wird allerdings erst am Donnerstag zur Beachtung zugelassen werden. Es ist mit einem großen Andrang zu rechnen, zumal die Zeitungen schon vor der Ankunft des Schiffes spaltenlange Berichte über das ozeanische Hotelwunder und seine Rekordfahrt brachten. Jetzt belohnen die Wälder besonders, daß der Brand der „Europa“, die ja ursprünglich gleichzeitig mit der „Bremen“ fertig werden sollte, ihr Glück gewesen wäre, da man sich bei ihrem Neubau die auf der „Bremen“ gemachten Erfahrungen hätte zunutze machen können.

### Der Vater der Gauller gestorben

In einer Klinik im Westen Berlins ist am Dienstag der bekannte Leiter der Internationalen Künstlerloge Max Fuldemann-Konrad im Alter von 63 Jahren einem schweren Leberleiden erlegen. Konrad, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei war, hat sich mit seinen Bemühungen, den Künstlern menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen, den Namen „Vater der Gauller“ erworben. Sein Tod rief eine tiefe Trauer in die Internationale Künstlerloge, deren eigentlicher Gründer und Organisator Konrad war und hat weit über die Reihen seiner freigemeinnützigen Organisation und seiner Partei allgemeines Mitleid hervorgerufen.

### Abklärung im Jakubowski-Prozess?

Nachdem der erste Tag des neuen Jakubowski-Prozesses im Zeichen der neuen Taktik der Frau Kähler stand, die durch eine Reihe überraschender Behauptungen ihre Schwägerin August Rogens entlasten will, um dafür Blöcker und Kreuzfeld in den Vordergrund zu rücken und auch Fritz und August Rogens ihre früheren Geständnisse restlos zurückgenommen haben, hat das ganze logische Gebäude, auf das sich die Anklage des vorigen Jahres stützte, einen unheilbaren Stoß erhalten. Die eventuelle Schuld Jakubowkis stütze sich insbesondere auf die Aussagen der Frau Kähler und auf das Geständnis des Fritz Rogens. Nunmehr aber, besetzte Rechtsanwalt Brandt zu Beginn der Dienstag-Verhandlung, sind die letzten Argumente, die für eine Schuld Jakubowkis sprachen, fortgefallen. Auf Grund dieser Tatsache, erklärte Dr. Brandt, der Vertreter der Verteidigung, daß er seinerseits auf die meisten Zeugen verzichten könne. In einer Besprechung sämtlicher Prozeßbeteiligten wurde daraufhin im ganzen der Verzicht auf elf Zeugen beschlossen.

Rechtsanwalt Brandt fragte August Rogens: „Geben Sie zu, daß Sie gesagt haben, der arme Russe hat dran glauben müssen, aber seine Mutter, das was, gehört was?“. August Rogens bejaht die Frage, weil angeblich Jakubowski vor seiner Hinrichtung Frau Kähler beschuldigt hätte. Rechtsanwalt Brandt stellt darauf fest, daß Jakubowski niemals ein Mitglied der Familie Rogens der Tat beschuldigt hätte. Weiter sagt August Rogens aus, daß er Paul Kreuzfeld der Anklage beschuldigt hätte, weil der ihn verhaften wollte. Im übrigen hätte er sein Geständnis nur abgelegt, weil Kriminalrat Genat ihm gesagt hätte, daß er im Falle des Geständnisses nicht mehr als zwei Jahre Gefängnis bekäme. Oberstaatsanwalt Dr. Weber: „Ihre Wahrheitsliebe hängt also davon ab, ob Sie schwer oder leicht bestraft werden sollen?“

Blöcker bleibt bei seiner Verneinung im wesentlichen bei seinen im Vorjahr gegebenen Darstellungen. Fritz Rogens bekennt die Aussagen Blöckers. Es handelt sich insbesondere darum, wann Blöcker den kleinen Ernst Rogens am Morgen des Mordtages noch gesehen hat. Kreuzfeld hätte er am Mordtag nicht gesehen. Er selbst stände mit der Tat in keinerlei Zusammenhang.

Diese Bemerkung löst die Vernehmung des Zeugen Paul Gerlach aus, der als Mutter, Blöcker, Kreuzfeld, Fritz Rogens und Frau Kähler vernommen hatte.

Er erzählt, die Behauptung, daß die Geständnisse des Fritz Rogens ihm förmlich abgepreßt worden wären, sei falsch erlogen. Rogens hätte auch nach Rechtsbelehrung mit Hinweis auf die Todesstrafe sein Geständnis voll aufrechterhalten. Weiterhin belasten die Befragungen des Zeugen Hundt den Oberstaatsanwalt Müller, der gleich zuerst dem Rogens gelagt hat, daß er gar nicht der Täter sein könne, weil er am Mordtag nicht in Ratingen gewesen wäre. Erst daraufhin hätte Rogens sein Geständnis widerrufen.

### Riesenschadensfeuer in Zinnowitz

Gestern brach gegen 9 Uhr abends in Zinnowitz im Keller der Weizenmühle der Schöpfmühlmühle A.G., einer Zweig-niederlassung der Schlesienschen Mühlenwerke ein Brand aus, der sehr rasch einen riesigen Umfang annahm. In weniger als einer Stunde stand das gesamte vier Stodwerke hohe Mittelgebäude der großen Mühle in hellen Flammen. Die Glut war derartig stark, daß an ein Abfließen des Hauptgebäudes nicht zu denken war, trotzdem zahlreiche Motorspritzen aus vielen Schlauchleitungen die Bekämpfung des Feuers aufnahmen. Bald stand ein rechts angrenzendes Wohngebäude und der links abgewandte große, mit Kleie und Getreidevorräten gefüllte Speicher ebenfalls in heller Glut. Man bemühte sich darauf, zunächst den jenseits des Hofes liegenden großen, ebenfalls mit Vorräten gefüllten, Speicher-Neubau zu schützen. Jedoch erschienen auch diese Bemühungen aussichtslos. Gegen 11,15 Uhr nachts kürzten unter riesigem Krachen die Innentische und die Seitenwände des Hauptgebäudes in sich zusammen, denen weitere Einstürze von Gebäudeteilen folgten. Zurzeit wütet das Feuer noch ungehemmt weiter. Der Schaden dürfte mehrere Millionen betragen.

### Todesurteil

Wegen Mordes in Tateinheit mit Raubüberfall mit Todeserfolg verurteilte das Schwurgericht in Stade den Dienstrecht Wilhelm Müller aus Sauesied zum Tode. Müller hatte am 18. Dezember 1929 einen Raubmord an dem Viehhändler Steffend aus Moissburg verübt. Er brachte Steffend durch Schläge schwere Schädelwunden bei, denen Steffend sechs Tage später erlag.

### Ein aufgehobenes Todesurteil

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat in seiner Dienstagssitzung unter Vorsitz von Reichsanwalt Neumann das am 11. Dezember 1929 vom Schwurgericht in Stade gegen den auf Todesstrafe und 3 Jahre Haft lautende Urteil gegen Paul Ludwig „aufgehoben“. Die Revision des Reichsgerichts wurde verworfen, aber durch das Angeklagte Libuda betreffende Revisionsurteil zwangswise aufgehoben. Die Angeklagten sollen am 25. April 1929 den Chemnitzer Viehhändler Vass, den sie unter der Angabe, mit ihm Viehverkäufe zu tätigen, nach Schneidemühl gelockt hatten, ermordet und beraubt haben. Der Angeklagte Libuda bestreitet, daß er an dem Mord beteiligt gewesen sei. Er habe zwar, veranlaßt durch die Drohungen des Baginski, die Leiche des Vass mit begraben, aber von dem Mord selbst oder von einer Vorbereitung zum Mord will er nichts gewußt haben. Das Schneidemühler Schwurgericht hat auf Grund der Aussagen des Libuda die Tat rekonstruiert, ihm aber in den entscheidenden Punkten, daß er von der Tat nichts gewußt habe, seinen Glauben geschenkt.

In der Revisionsbegründung heißt es, die Annahme einer Mittäterschaft müsse voraussetzen, daß der Mittäter die Tat als seine eigene wolle, unabhängig von dem Willen des anderen. Bei Libuda aber habe das Schwurgericht in Schneidemühl in der Urteilsbegründung festgestellt, daß er unerfahren, geistig minderwertig und nach seiner geistigen und seelischen Veranlagung gar nicht dazu in der Lage wäre, den tödlichen Gehirnschlag abzugeben. Mittäter seien aber immer nur wegen Mordes strafbar, wenn sie mit Ueberlegung gehandelt haben. Die Mittäterschaft des Libuda stehe zwar einwandfrei fest, aber das Gericht habe in der Begründung des Urteils nicht die Ueberlegung geprüft. Das Urteil des Schwurgerichts Schneidemühl vom 11. Dezember 1929 in der Sache des Angeklagten Libuda sei deshalb aufzuheben und zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückzuweisen, während Baginski Revision verworfen, das Todesurteil gegen ihn aber zwangsläufig aufgehoben werde.

### Die „Oceana“ wieder flott

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, ist der vor einigen Tagen bei der Insel Lenedos des Naxos in dichtem Nebel auf Grund geratene Bergungsdampfer „Oceana“ wieder flott geworden. Das Schiff, das keinerlei Beschädigung erlitten hat, befindet sich auf der Fahrt nach Konstantinopel. Die Maschinen sind vollkommen in Ordnung.

## Zum Gedenten an den jetzt vollendeten Wiederaufbau von Tokio



Das 1923 durch ein Erdbeben zu sieben Zehntel zerstört und unter einem Kostenaufwand von 1 1/2 Millionen Mark wieder errichtet wurde, ist eine Medaille herausgegeben worden. Die Vorderseite trägt ein Bild der großen Taubenschloß-Büste. Die Rückseite zeigt eine Uhr, deren Zeiger auf 11 Uhr 58 Minuten stehen, also die Zeit anzeigen, zu der das Erdbeben alle Häuser in Tokio umfiel.

### Bärenschinkenleichenose

Die Zahl der Todesopfer der Stuttgarter Bärenschinkenleichenose hat sich mit dem Ableben des 43 Jahre alten Edelsteinhändlers Brechler auf sieben erhöht. Es wird neuerdings behauptet, daß der in Mannheim erschossene Zirkusclown, von dem der Katastrophenschinken stammte, schon deswegen nicht als gesund hätte betrachtet werden dürfen, weil der Verlust des Auges, der zur Tötung des Tieres Veranlassung gab, zu mindestens das Vorhandensein einer trichinösen Erkrankung hätte wahrscheinlich machen können. Indessen liegen über den Grund des Verlustes des Auges widersprüchliche Meldungen vor. Während die einen behaupten, daß er durch Krankheit entstanden wäre, sprechen andere von einem Unfall. — Inzwischen wird aus Freiburg gemeldet, daß im dortigen Diakonissenhaus gestern Nachmittag der aus Berlin gebürtige 35 Jahre alte Kaufmann Dehmede an Trichinose gestorben ist. Dehmede hatte mit seiner Frau ebenfalls in Stuttgart von dem trichinösen Bärenschinken gegessen, der nunmehr insgesamt acht Todesopfer gefordert hat. Dehmedes Frau ist ebenfalls an Trichinose erkrankt und befindet sich in Berlin in Behandlung.

### Geliebtenmord mit dem Küchenmesser

In Bourbons-les-Bains (Frankreich) hat einer der reichsten Leute, der Fabrikant Fèvre, in dessen Fabrik über 300 Arbeiter beschäftigt sind, seine Geliebte enthauptet. Fèvre war seit drei Jahren Witwer und unterhielt ein Liebesverhältnis mit der Erzieherin seiner beiden Kinder. Die jahrelangen intimen Beziehungen blieben nicht ohne Folgen. Als das Mädchen schwanger geworden war, erinnerte es den Fabrikanten an das gegebene Heiratsversprechen. Indes versuchte der Millionär die Erzieherin durch eine Kündigung los zu werden. Das Mädchen weigerte sich zu gehen. In einer der letzten Nächte, als die Mutter seines zu erwartenden Kindes neben ihm im Bett eingeschlafen war, nahm Fèvre einen Knüttel, schlug seine Geliebte besinnungslos, schleppte die Ohnmächtige in die Küche, legte sie auf einen Hackblock und trennte ihr mit dem Küchenmesser den Kopf vom Rumpf. Nachdem der bestialische Mörder die Leichenteile in einen Sack gesteckt und in den Keller gerächt hatte, reinigte er die Küche und legte sich wieder schlafen. Am nächsten Morgen kam er wie üblich in seine Fabrik, als ob nichts geschehen sei. Während der Mittagspause fuhr er im Automobil zu seinem Bruder, berichtete ihm die Tat und bat ihn, ihm zu helfen, alle Spuren des Mordes zu verwischen. Der Bruder telephonierte jedoch seinem Onkel, dem Beigeordneten der Stadt, und dieser veranlaßte die Verhaftung des Missetätigen. Fèvre selbst ist Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Bourbons-les-Bains.

### Anekdote, aber höflich

Ein Leser eines Pariser Blattes hatte seine Brieftasche verloren, die neben den Ausweispapieren auch 300 Francs an barem Gelde enthielt. Einige Tage später brachte die Post dem Verlierer ein kleines Paket. In ihm lag die Brieftasche und folgendes Schreiben: „Hiermit überende ich Ihnen Ihre Brieftasche und die Papiere. Die 300 Francs habe ich behalten, weil ich sie zweifellos notwendiger gebrauche als Sie. Ich bitte um Entschuldigung. Hochachtungsvoll und ergebenst“.

### Fünftagegeld in Rumänien

Das erst vor fünf Tagen in Konstantinopel eingetroffene rumänische Metallgeld, das in England hergestellt und von der rumänischen Nationalbank verausgabt worden ist, wurde auf Regierungsbefehl nach einem Umlauf von fünf Tagen aus dem Verkehr gezogen. Die neuen Hartgeldmünzen von 5 und 20 Lei sind derartig primitiv, daß sie ohne weiteres gefälscht werden können. Außerdem haben raffinierte Gauner diese Münzen für 10 und 20 Kronen-Goldstücke zu enormen Preisen an die leichtgläubigen Bauern verkauft.

### Die Wallfahrt der Mütter

Die Mütter von 6000 amerikanischen Soldaten, die im letzten Kriege auf den französischen Schlachtfeldern fielen und begraben wurden, werden am 1. Oktober dieses Jahres in Frankreich eintreffen, um die Gräber ihrer Söhne zu besuchen. Die Kosten für die Hin- und Rückfahrt sowie für einen vierzehntägigen Aufenthalt, in dessen Verlauf den greisen Gästen unter anderem auch Paris gezeigt werden soll, trägt der amerikanische Staat.

### Jubelfeiern in Tokio

In Tokio begannen die auf drei Tage berechneten Jubelfeiern anläßlich der Wiederherstellung der beim Erdbeben von 1923 zerstörten Stadtteile. Anstelle der früher zerstörten engen Straßengänge wurden breite neue Alleen angelegt, die der Kaiser in Begleitung kaiserlicher Würdenträger und des Bürgermeisters von Tokio, Horikiri, durchfuhr.



## KPD. und die Erwerbslosen

### Das Echo kommunistischer Putschversuche

Gegenüber dem Ansturm der vereinten Sozialreaktion auf die Arbeitslosenunterstützung und die gesamte Sozialgesetzgebung ist besonnen und energieliche Abwehr der organisierten Arbeiterschaft notwendig. Der Macht der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist das bisher in der Sozialpolitik Erreichte zu danken. Die beiden Organisationen haben sich den ständigen Ausbau der bisherigen sozialen Errungenschaften zum Ziel gesetzt.

Diese Frage braucht nicht debattiert zu werden. Sie ist jedem sozialistisch geschulten Arbeiter bekannt. Heute kommt es darauf an, in einer Zeit der Massenverwerflichkeit sozialpolitische Rückschlüsse und sozialfeindliche Vorwürfe zu verhindern.

Wer in dieser Situation die Abwehr der organisierten Arbeiterschaft erschwert, ihr durch sinnlose, geradezu an Provokationen gemahnende „Missionen“ in den Rücken fällt, betreibt die Geschäfte der Reaktion und arbeitet den Scharfmachern direkt in die Hände.

Das Treiben der Kommunisten in den letzten Wochen, ihr krankhaftes Bemühen, die Erwerbslosen zum Vorpann der bankrotten Parteien der KPD zu spannen, hat ein bemerkenswertes Echo in der Unternehmerpresse gefunden:

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Sprachrohr der Ruhrgezwaltigen, macht Propaganda für das Ruhen des Wahlrechts für die Dauer der Arbeitslosenunterstützung!

Die „Berliner Börsenzeitung“ geht noch einen Schritt weiter, indem sie folgenden Veruchsalton freigelegt:

„Die Vorgänge der letzten Wochen in verschiedenen Städten des Reiches, bei denen die Ordnung erheblich gestört wurde, haben gezeigt, daß es in erster Linie organisierte Truppen von Erwerbslosen waren, die ihre Hand dabei im Spiele hatten. Es sind dieselben Erwerbslosen, für deren Unterstützung immer größere Mittel aufgewendet werden müssen, so daß die Arbeitslosenversicherung dauernd erhebliche Zuschüsse erhalten muß. Um so eigenartiger berührt das aufrührerische Verhalten dieser verheerenden Erwerbslosen, die in vielen Fällen nicht davor zurückgeschreckt sind, die Ordnung in empfindlicher Weise zu stören und Staatsvermögen zu vernichten. Es wird daher in parlamentarischen Kreisen ernstlich erwogen, ob es nicht angeht, diese Dinge weiter so laufen zu lassen, und ob es nicht vielmehr angebracht erscheint, denjenigen Erwerbslosen, die sich bemühen gegen die staatliche Ordnung aufzulehnen, jegliche Unterstützung durch den von ihnen so skrupellos bekämpften Staat zu entziehen.“

Wir wiederholen: es waren die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften, die der deutschen Arbeiterschaft in langjährigen, mühseligen Kämpfen das Recht auf Erwerbslosenunterstützung erkämpften und die politische Deklassierung (Raub des Wahlrechts usw.) beseitigt haben.

Durch ihre putschistische Politik gefährden die Kommunisten die Sozialpolitik, gehen sie deren Feinden willkommenen Anlaß, größere Kreise für die reaktionären Anschläge zu gewinnen.

Jeder denkende Arbeiter sollte hieraus die Lehre ziehen, daß es heute notwendiger denn je ist, diszipliniert in den Reihen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften gegen die sozialreaktionäre Disziplin zu kämpfen und nicht deren Wegbereiter, den Kommunisten, nachzulassen.

## Zurückführung für die Gruppe Nordwest der Metallindustrie

In der Metallindustrie ist die Rückführung des Reallohns für die Gruppe Nordwest notwendig geworden, weil seine Anpassung an die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte erfolgen muß. Nach im Verlaufe dieses Monats werden Bepreisungen der Metallarbeiterverbände stattfinden, damit ein gemeinsamer Vorschlag von den Arbeitern gemacht werden kann.

In ähnlicher Weise wird auch vom Bergbauindustriearbeiterverband gemeinsam mit den anderen in Betracht kommenden Verbänden eine Forderung der Arbeitsordnung für den Ruhrbergbau angestrebt. Auch hier ist eine Anpassung an das moderne Arbeitsrecht notwendig. Nach den Vorschlägen der Bergarbeiter soll z. B. der alte § 13 der Arbeitsordnung, der den Arbeitern den Anspruch auf Lohn im Fall vollständiger oder teilweiser Betriebsunterbrechung infolge von technischen Störungen, Abmangel oder aus anderen Gründen erteilte, dahin geändert werden, daß ein Lohnanspruch dann besteht, wenn sie ohne ihr Verschulden bei den in § 13 genannten Fällen an der Arbeit verhindert sind. Die bisherige Fassung des § 13 steht im Widerspruch mit § 165 des BGB. Die Unternehmer lehnen diese Anträge ab. Ferner wird eine bessere Regelung der Gedingfestsetzung erstrebt. Bei einem Nichtzustandekommen eines Gedinges sollen die Durchschnittslöhne der betreffenden Arbeitergruppe statt wie bisher die Mindestlöhne gezahlt werden.

## Kommunistischer Betriebsrat seines Postens enthoben

Auf Antrag der Direktion der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat das Berliner Arbeitsgericht am Dienstag das kommunistische Betriebsratsmitglied Freyer im Amt als Betriebsrat und Gesamtbetriebsrat enthoben. Freyer verliert damit den Schutz des Betriebsratsgesetzes und kann von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft wie jeder andere Arbeiter entlassen werden. Das dürfte ihn veranlassen, in Zukunft weniger großmäulig zu sein als bisher.

Das Arbeitsgericht begründet seinen Entschluß damit, daß Freyer in einer Betriebsversammlung völlig ungebührliche Anträge zu agitatorischen Zwecken gestellt und damit seine Pflicht, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, erheblich verletzt habe.

## Maschinenherstellung in der Deutschen Tageszeitung

Die in Berlin erscheinende deutsch-nationale „Deutsche Tageszeitung“ konnte heute nicht erscheinen. In dem Betrieb des Blattes stehen die Maschinenherstellung seit Dienstag abend im Stillstand. Die Seher fordern Herabsetzung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden und eine wesentliche Lohnhöhung.

## Der Jahreskongress des baltischen freien Gewerkschaftsverbandes

Der dieser Tage in Sallia stattfindende, war im wesentlichen von organisatorischen und tatsächlichen Fragen beherstet. Der Delegiertenbericht zeigte, daß der Verband im letzten Jahr keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat, sondern im Gegenteil noch weiter geschwächt worden ist. Daran ist nach der Auffassung des Kongresses in erster Linie die Zerlegungsarbeit der

Kommunisten schuld. Die Helfershelfer Moskaus sind mit reichlichen Mitteln ausgestattet. Sie finden aber auch in der durch die große Wirtschaftskrise verursachten Not der Arbeiter einen günstigen Boden für ihre Missetat. Dazu kommt, daß leider die Leitung des freien Gewerkschaftsverbandes viel zu wenig sich für die Sache der Arbeiter interessiert. Der bisherige Generalsekretär Danow mußte seiner Funktionen enthoben und ausgeschlossen werden.

Für verstärkte Agitationsarbeit hat der Kongress Richtlinien festgelegt, ebenso hat er einen Ausbau des Verbandsorgans „Arbeiterfahne“ vorgesehen. Angesichts der immer stärker werdenden Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte will man vor allem die Propaganda unter den zahlreichen Tabak- und Textilarbeiterinnen konsequent mit großer Energie durchführen, um diese Arbeiterinnen zu organisieren und sozial zu heben.

An dem Kongress nahmen 60 Delegierte von 37 angeschlossenen Organisationen sowie der Sekretär des ZGB, Sallenbach, teil. Ferner waren auf der Tagung auch Beobachter der großen Verbände der Staatsangehörigen, der Eisenbahner, der Postbeamten und Postarbeiter sowie der Lehrer anwesend. Dielehen Verbänden ist der Anschluß an die Gewerkschaftszentrale durch Gesetz verboten. Dieses Verbot spielte auch in einer Unterredung, die Sallenbach mit dem Ministerpräsidenten Maschew und den zuständigen Behörden hatte, eine Rolle. Auf Seiten der Regierung erklärte man sich bereit, einem Anschluß der Staatsarbeiter keine Schwierigkeiten mehr bereiten zu wollen; das Ansehungsverbot für die staatlichen Beamten und Angestellten dagegen solle bestehen bleiben.

## Erfolg eines zweijährigen Kampfes

In den Vereinigten Staaten haben die Kohlenarbeiter des Staates Illinois nach zweijährigem Kampf die Anerkennung der Gewerkschaft durch die Kohlenarbeitergesellschaften reiflos durchgesetzt. In Illinois sind damit jetzt sämtliche Kohlenarbeiter organisiert.

# Rechtseite der Erwerbslosen

### Wer erhält Kurzarbeiterunterstützung?

Ein großer Teil der Betriebe läßt heute verkürzt arbeiten. Die hierdurch ausgefallenen Arbeitstage werden bekanntlich nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz den Arbeitnehmern vergütet. Die wesentlichen Bestimmungen über die Kurzarbeiterunterstützung sind folgende:

#### 1. Personenkreis

Die Kurzarbeiterunterstützung kann nur solchen Arbeitern gewährt werden, die in einem gewerblichen Betriebe im Sinne des § 10b Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung mit regelmäßiger mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden. In der Mindestzahl von 10 sind auch Lehrlinge einzurechnen. Letztere können aber Kurzarbeiterunterstützung nur erhalten, wenn die übrigen Voraussetzungen erfüllt sind. Daß alle oder mindestens 10 Arbeiter eines Betriebes kurz arbeiten, ist nicht erforderlich. Die Voraussetzungen sind vielmehr schon erfüllt, wenn für einzelne Arbeiter Kurzarbeit eingeführt ist.

#### 2. Verkürzung der Arbeitszeit

Ein Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung besteht nur, wenn in einer Kalenderwoche (nicht Lohnwoche) 3, 4 oder 5 volle Arbeitstage infolge Arbeitsmangels ausfallen und dadurch der Arbeitsverdienst entsprechend vermindert wird. Die Voraussetzung, daß volle Arbeitstage ausgefallen sein müssen, ist nicht erfüllt, soweit auf einen Arbeitstag weniger als ein Sechstel gewöhn-

## Breslauer Consum-Verein als Arbeitgeber

Der Geschäftsbericht im 81. Geschäftsjahre belegt, daß der Verein die siebente Stelle der Vereine des Zentralverbandes Deutscher Consumvereine behauptet hat und einen Umlauf von 28 1/2 Millionen zu verzeichnen hatte. Vergleichen wir einmal die Löhne der Hausarbeiter, Rutscher, Lagerarbeiter und Arbeiterinnen, so muß festgestellt werden, daß der an siebenter Stelle stehende große Breslauer Consum-Verein die schlechtesten Löhne in ganz Deutschland zahlt. So erhalten die männlichen Arbeitnehmer 32 Mark pro Woche oder pro Jahr 1664 Mark, die weiblichen 31,30 Mark pro Woche oder pro Jahr 1617 Mark.

Ein Mitglied des Aufsichtsrats erhält für seine außerordentliche Tätigkeit 2145 Mark pro Jahr — der über 24 Jahre alte Arbeitnehmer als Schwerarbeiter 1063 Mark. Von diesem Lohne werden noch die Versicherungsbeiträge und Steuern abgezogen, zirka 200 Mark. Eine ungeheure Ungerechtigkeit eines Unternehmens, das Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten unterstellt. Zwar wird man meistens des B.C.V. einwenden, daß der Verein Tariflohn und für einzelne Ausserlesene 1 Mark pro Woche mehr zahlt, vergißt aber dabei, daß dieser Tariflohn Mindestlohn ist und von jedem kleinen Gewerbetreibenden gezahlt wird.

Der 85 000 Mitglieder zählende Breslauer Consum-Verein zahlt 32 Mark pro Woche, der 20 000 Mitglieder zählende „Normwärts“ dagegen zahlt 37,60 Mark pro Woche. Wenn das der kleine Verein zahlt, warum nicht das große Unternehmen? Man will nicht!

Wenn die 44 Herren jeden Monat eine Sitzung haben und dafür bei zwei Stunden Dauer 6 Mark erhalten, so ist das anständig entschädigt. Diese Summe würde insgesamt 3168 Mark ausmachen. Es verbleibe dann noch ein Betrag von 11 200 Mark. Dieser Betrag könnte den Arbeitnehmern unter allen Umständen zugewiesen werden. An den gesamten Arbeitnehmern, welche Mitglieder des Breslauer Consum-Vereins sind, liegt es zum größten Teil, daß solche Verhältnisse in dem Millionen-Unternehmen vorhanden sind. Arbeit als Käufer nicht auf die Projekte, die der Verein zahlt, sondern darauf, daß er auskömmlichere Löhne seinen Arbeitgebern zahlt, damit diese sich wenigstens einigermaßen satt essen können. Wer den Genossenschaftsgedanken fördern will, der helfe mit dazu beitragen, daß diese Zustände anders werden. Sorgt für eine einheitliche Verbraucherschaft.

licher Wochenarbeitszeit entfällt. Eine Umrechnung von ausgefallenen Arbeitsstunden in ausgefallene Arbeitstage ist nicht statthaft. Es können also nur volle ausgefallene Arbeitstage berücksichtigt werden.

Als Arbeitstage kommen nur die Tage in Frage, an denen in dem Betriebe sonst üblicherweise gearbeitet wird.

Wird innerhalb zweier aufeinanderfolgender Kalenderwochen (Doppelwoche) in einer Kalenderwoche voll oder verkürzt gearbeitet und anschließend eine Kalenderwoche gefeiert, so steht der Ausfall von je zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche dem Ausfall eines vollen Arbeitstages in jeder Kalenderwoche gleich.

#### 3. Die Wartezeit

Kurzarbeiterunterstützung darf erst nach Erfüllung einer Wartezeit gewährt werden. Sie ist erfüllt, wenn in dem Betriebe unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens 8 volle Arbeitstage ausgefallen sind.

#### 4. Anwartschaftszeit

Kurzarbeiter haben einen Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung nur dann, wenn sie in den letzten zwölf Monaten mindestens 26 Wochen hindurch eine Beschäftigung ausgeübt haben, in der sie für den Fall der Arbeitslosigkeit pflichtentwöhnt waren (§ 95 BGB.). (Schluß folgt.)

# Ungarzellvorlage und Brotpreis

Von Dr. Fritz Baade.

Es sind eben drei Monate vergangen, seit die Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien der Regierungskoalition ein umfangreiches Programm zur Stützung der landwirtschaftlichen Preise verabschiedet hat. Wenn jetzt schon wieder mit höchster Beschleunigung eine Ungarzellvorlage im Reichstage erledigt werden soll, drängen sich drei Fragen auf:

1. Ist es wirklich notwendig, schon wieder „etwas für die Landwirtschaft zu tun“?  
2. Ist es überhaupt möglich, mit diesen Mitteln (Geldzölle und Stützungskäufe) die landwirtschaftlichen Preise zu verbessern?  
3. Versteht die Sozialdemokratie nicht mit der Bereitwilligkeit zu neuen landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen ihre älteste und wichtigste Aufgabe, den Schutz der Verbraucherinteressen?

Zur ersten Frage ist folgendes zu sagen: Die geplanten neuen Maßnahmen gelten in erster Linie der Stützung der Roggenpreise. Der Roggen stand bis vor wenigen Wochen auf etwa 160 Mark, d. h. gerade auf Vorkriegsstand, während die Produktionskosten des Landwirtes weit über den Vorkriegskosten liegen. In jüngster Zeit ist der Roggen sogar auf etwa 145 Mark, d. h. auf 90 Prozent der Vorkriegspreise zurückgegangen. Aber selbst auf diesem Stand wird er nur durch die im Dezember beschlossenen neuen Maßnahmen und vor allem durch die Stützungskäufe gehalten. Ohne diese Maßnahmen würde er gänzlich auf 120 Mark stehen, d. h. auf 75 Prozent der Vorkriegspreise. Ein solcher Tiefstand der Roggenpreise gefährdet nun aber nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe, die Roggen bauen und verkaufen, sondern den gesamten deutschen Osten, den Arbeitsmarkt und die künftige Brotversorgung des deutschen Volkes. Für 120 oder 140 Mark und selbst für 160 Mark kann kein Landwirt in Deutschland Roggen produzieren, weder der Bauer noch der Großbetriebsleiter. Würden die Preise längere Zeit so bleiben, so müßten selbst erkrankte, roggensverkaufende Betriebe in deutschen Osten unweigerlich zusammenbrechen. Der Zusammenbruch dieser Betriebe würde, da im Osten ja auch alle mittleren, kleinen und größeren Städte letzten Endes von der Landwirtschaft leben, den landwirtschaftlichen Zusammenbruch des gesamten Ostens bedeuten. Am schärfsten würde die Arbeiterklasse davon betroffen und zwar in doppelter Weise: 1. durch eine gewaltige Verschärfung der Arbeitslosigkeit; 2. durch eine künftige Gefährdung und Verringerung der Brotversorgung. Eine Hilfe für den Roggen ist also eine unbedingte Notwendigkeit, der sich kein verantwortungsbewußter Regierungsentwickler kann und am allerwenigsten eine Massenpartei, die die deutsche Arbeiterklasse im Interesse der breiten Volksmassen erhalten und vorwärts bringen will.

Mit der Ungarzellvorlage vom Dezember 1929 ist unter der Führung der Sozialdemokratie mit der herkömmlichen Zollpolitik vollkommen gebrochen worden. Die bisherigen Zölle waren starre Zölle, die auch dann hoch blieben, wenn die Weltmarktpreise hoch waren und die bei einem unvorhergesehenen Sturz der Welt-

marktpreise auch vorübergehend unzureichend sein konnten. Seit dem Dezember 1929 haben wir ein vollkommen neues System. Die Hauptfrage ist hier nicht der Zoll, sondern eine Vereinbarung zwischen Erzeugern und Verbrauchern über einen angemessenen Preis. Die Regierung hat den Auftrag bekommen, innerhalb sehr weicher Grenzen den Zoll zu bemessen, daß dieser vereinbarte Preis möglichst erzielt wird. Auch bei dem von der Sozialdemokratie geforderten Getreidemonopol würde die Aufgabe darin bestehen, bei schwankenden Weltmarktpreisen verschiedene hohe Zuschläge zu erheben, damit ein vereinbarter, für Erzeuger und Verbraucher erträglicher Inlandspreis herauskommt. Zweifellos ist ein solches Weltzollsystem organisatorisch ein viel unvollkommeneres Mittel als ein Getreidemonopol, immerhin aber steht es der Monopolregelung schon viel näher als dem alten starren Zollsystem.

Dies gilt dann umso mehr, wenn in der Gesamtheit der vorgeschlagenen Maßnahmen der Zoll immer mehr zur Nebenfrage und andere Maßnahmen immer mehr zur Hauptfrage werden. Beim Roggen ist nun dieser Zustand längst erreicht. Die heutige Stützung des Roggenpreises beruht zum geringsten Teil auf dem im Dezember 1929 erhöhten Zölle. Die Exportprämie des Einfuhrschutzes, die jahrzehntlang in der Hand der Agrarier für das wichtigste Mittel zur Roggenstützung gehalten wurde, hat ihre Bedeutung überhaupt vollkommen verloren. An die Stelle des unbegrenzten Verschleuderns von Roggenüberschüssen ist die Verhandlung über den Roggenexport mit unseren wichtigsten Konkurrenten — Polen — getreten. Der wichtigste Fortschritt ist aber die Magaziniierungspolitik, bei welcher wir die Ueberflüsse reicher Roggenrenten auffangen und im Lande behalten, um für den Fall einer darauffolgenden knappen Ernte eine Brotgetreidereserve in der Hand zu haben und ein übermäßiges Steigen der Korn- und Brotpreise zu verhindern. Bei der Beurteilung der Roggenfrage darf man ja überhaupt nicht nur von dem gegenwärtigen Roggenüberfluß ausgehen, sondern muß daran denken, daß wir in den letzten sechs Jahren dreimal (1923, 1928 und 1929) zwar eine gute Ernte mit einem Roggenüberfluß hatten, aber dreimal (1924, 1925 und 1927) eine schlechte Ernte, bei der wir zu himmelhohen Preisen den Rohstoffbedarf im Auslande zusammensuchen mußten. In vielen Jahren stand der Roggenpreis monatlang über dem Weltmarktpreis und der Brotpreis war auf die Gesamtheit des höchsten Brotverbrauchs gerechnet, um 80 Millionen Mark Jahreswert höher als gegenwärtig. Die Roggenmagaziniierung ist daher einseitig dieser erneuten Schwankungen des Kornpreises und des künftigen Roggenpreises. Wenn die Stützungspolitik heute über einen Roggenwert von 400 000 Tonnen Roggen verfügt, so haben die Verbraucher am wenigsten Anlaß, sich darüber Sorgen zu machen, denn diese Brotgetreidereserve liefert ihnen auch bei ungünstigem Ernteausschlag für das kommende Jahr einen möglichen Brotpreis.



## Studentische Sozialpolitik und Hochschulreform

Von Martin Vötter

Die sozialistischen Studenten haben als erste ein eigenes Hochschulreformprogramm aufgestellt. Bis heute ist noch keine bürgerliche Studentengruppe unserem Beispiel gefolgt. Man beschränkt sich darauf, Vorschläge zur Studienreform zu bringen oder unter Programm zu kritisieren. Die sogenannte Deutsche Studentenschaft hat sehr wohl zur Beruhigung ihres schlechten Gewissens, eine Kommission eingesetzt, die sich mit den Fragen der Hochschulreform beschäftigt. Diese Untätigkeit der bürgerlichen Studenten ist sehr bedauerlich. Sie bringen Reformvorschläge in Einzelheiten (Ueberfüllung der Kollegs und Seminare und dergleichen), aber das Gesamtbild der heutigen Hochschule ist, abgesehen von mittelalterlich-feudalistischen Resten, bürgerlich, so daß das Zukunftsbild einer neuen Hochschule lediglich die Sozialisten formen können.

Das Hauptgewicht bei jeder Hochschulreform muß auf eine Aenderung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft gelegt werden. Heute sieht die soziale Schichtung der Studenten so aus: 30,42 Prozent sind Kinder von höheren Beamten, Offizieren, Großgrundbesitzern, Fabrikbesitzern, Fabrikdirektoren. 57,74 Prozent stammen aus den Kreisen des mittleren Beamtenums, der freien Berufe, der Privatangestellten in leitender Stellung. 2,52 Prozent sind Kinder unterer Beamter und nur 2,21 Prozent Arbeiterkinder.

Die Arbeiterkinder, die aktiv im Staate mitarbeiten, muß verlangen, daß ihr die Möglichkeit gegeben wird, den Anteil an den staatlichen Funktionen, die auf den Hochschulen ausgebildet werden, zu stellen, der ihr ihrer Stärke nach zukommt. Der Staat hat seinerseits das größte Interesse, daß sich das Bild der Studentenschaft bald ändert. Hochschulreformen aller Art zeigen klar, wie notwendig es ist, andere Kreise auf die Hochschulen zu bringen. Der frühere preussische Kultusminister Dr. Becker hat das vor einiger Zeit in einer amtlichen Rundschreibung zum Ausdruck gebracht:

„Wenn man bedenkt, daß rund ein Drittel des deutschen Volkes zur Industriearbeiterkategorie gehört, daß aber nach der Statistik dieses Jahres nur 2,4 v. H. aller preussischen Universitätsstudenten Söhne von Industriearbeitern sind, nur 3,99 v. H. Söhne kleinerer Landwirte, so wird einem ohne weiteres einleuchtig, daß der Geist unserer Hochschulen nicht den sozialen Geist des ganzen Volkes spiegeln kann. Es wird in Zukunft eine Aufgabe der Unterrichtsverwaltung sein, mit dafür zu sorgen, daß die Studentenschaft in ihrer engeren Zusammensetzung ein treueres Bild des Volkes ist, das mit seinen Steuern überhaupt erst die Möglichkeit schafft, den Aussenbau der Universitäten zu erhalten.“

Man darf wohl erwarten, daß der neue Kultusminister dem schönen Wort seines Vorgängers die baldige Tat folgen lassen wird.

Jede Hochschulreform, ja jeder noch so kleine Versuch zur Reformierung eines Hochstudiums, wird sonst auf erbitterten Widerstand stoßen. Das wird sich sehr bald bei der vom Ministerium geplanten Reform des juristischen Studiums zeigen. Diese Reform wird, um überhaupt Zweck zu haben, eine Zwischenprüfung nach dem zweiten oder dritten Semester bringen müssen. Hier werden die Korporationen erwachen und Widerstand leisten und die Unterstützung aller Reaktionskräfte in und außerhalb der Universität finden. Diese Reform, die geeignet wäre, den ibleen Typ des Korporationsstudenten von heute zu verringern, wird durch den Widerstand, die sie in großen Teilen der Studentenschaft finden wird, wieder die Notwendigkeit beweisen, die soziale Schichtung der Studentenschaft zu ändern.

Bis heute hat jedoch der Staat bei der Lösung dieser Aufgabe völlig versagt. Die „Studienstiftung“ des deutschen Volkes, die zu etwa 90 Prozent aus öffentlichen Geldern erhalten wird, ermöglicht heute 1474 Studenten die einigermaßen sorgenfreie Durchführung ihres Studiums. Die geringe Zahl der Mitglieder (1,2 Prozent der Gesamtstudentenschaft) läßt an sich noch kein Recht zur Kritik, wohl aber die Tatsache, daß die Studienstiftung ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf die soziale Herkunft auswählt. 78 Prozent der Mitglieder entstammen sozial bestgestellten Schichten (höhere Beamte, Großgewerbetreibende und leitende Angestellte), 31,8 Prozent sind Kinder von Lehrern, mittleren Beamten und Kleinbauern, 28,8 Prozent kommen aus den Kreisen der unteren Beamten und aus der Arbeiterkategorie. Die genaue Zahl der Arbeiterkinder in der Studienstiftung ist 15,4 Prozent. Wenn man annimmt, daß jeder Studienstiftler acht Semester Mitglieder der Studienstiftung bleibt, so bedeutet das, daß jährlich etwa 12 Arbeiterkinder, die aus Mitteln der Studienstiftung studiert haben, ihr Studium beenden. Hier muß schnell und gründlich Wandel geschaffen werden.

Bis heute sind jedoch alle Bemühungen, die Arbeit der Studienstiftung auszurichten auf das Ziel, die Kreise auf die Hochschulen zu bringen, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht studieren können, gescheitert. Sämtliche linksstehenden Studenten, nicht nur wir Sozialisten, erkennen die verdienstvolle Arbeit des Deutschen Studentenwerks und der Studienstiftung, über die kürzlich der Genosse Geißler an dieser Stelle berichtete, wohl an, fordern aber ebenso einmütig, — das hat der zweite Studententag des Deutschen Studentenverbandes gezeigt, — daß beide Organisationen das werden, was sie infolge ihrer hohen staatlichen Zuschüsse heute schon praktisch sind, Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Aufgabe des Staates ist es, dafür Sorge zu tragen, daß es allen Kreisen der Bevölkerung möglich ist, ihre Kinder auf die Hochschulen zu schicken. Die Studienstiftung hat, wie gezeigt, die Aufgabe, neue Menschen auf die Hochschule zu bringen, nicht erfüllt. Daher muß an die Schaffung einer neuen Organisation gegangen werden, die von vornherein das eine Ziel hat, solchen das Hochschulstudium zu ermöglichen, denen es bisher aus wirtschaftlichen Gründen verweigert war. Man darf zu dem Genossen Grimm das Vertrauen haben, daß er im Bereich seines Ministeriums alles tun wird, was zur baldigen Gründung einer solchen Organisation führt.

Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften muß es sein, tatkräftig an dieser Neuschöpfung mitzuarbeiten. Je breiter die Basis der neuen Organisation ist, die man etwa Arbeiter- und Werkstudentenhilfe nennen könnte, um so weniger wird sie lediglich ein Institut zur Unterstützung der wenigen, heute sich auf den Hochschulen befindenden Arbeiterstudenten sein, sondern wird wirklich neue Kräfte, d. h. solche Menschen, die aus der Arbeiterkategorie stammen und sonst nicht studiert hätten, auf die Universitäten und Hochschulen bringen. Bei der Auswahl der Mitglieder haben die Gewerkschaften mitzuwirken; nur dann ist die Gewähr gegeben, daß Menschen unterstützt werden, die sich nicht auf dem ihnen und dem Vaterland der bürgerlichen Hochschule, ihrer Klasse entzogen. Um diese Gefahr zu vermeiden, sollte man auch ermahnen, die neuen Studenten an mehreren Hochschulen in Familien zu haben, die Möglichkeit der Vertretung und des Zusammenkommens mit Jungarbeitern besteht, zusammenzufassen. Diese Studenten sollten die Keimzellen eines neuen studentischen Lebens werden.

Bei jedem Kultusset wurde die Notwendigkeit der Heranziehung der Arbeiterkategorie zum Hochschulstudium gerade vom Ministerium betont. Sollten Reich und Länder sich über ein gemeinsames Vorgehen in dieser Frage nicht bald einigen können, so müßten die Gewerkschaften von sich aus die Initiative ergreifen.

Sie werden sich nicht abhalten lassen, durch den Hinweis auf die Ueberfüllung der Universitäten und die Not der stellungssolenden Akademiker, die durch die Hinzuziehung der Arbeiterkategorie noch vergrößert werde. Wir sind der Meinung, daß mit härterer Heranziehung der Arbeiterkategorie auch das Prinzip der Befähigungsauslese schärfer als bisher angewendet werden muß. Die Arbeiterkinder brauchen, sichert man ihnen finanziell das Studium, pädagogisch gute Zuflucht, oder Zwischenprüfungen nicht mehr zu fürchten, als der Student aus dem Birtgertum.

Es zeigt sich als Grundproblem der Hochschulreform eine studentische Sozialpolitik, die bemüht ausgerichtet ist, auf das Ziel einer Umschichtung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft. Jede Reform, die an dieser Kernfrage vorbeigeht, ist zwecklos angewendete Mühe. Die sozialistische Studentenschaft hat stets auf die Bedeutung der Hochschulreform für Staat und Arbeiterkategorie hingewiesen; sie wird nicht müde werden, es weiterhin zu tun und ihren Willen zu positiver Mitarbeit zu betunden.



## Berliner Frühling

Von Erich Kästner

Die Bäume schielen nach dem Wetter.

Sie prüfen es. Dann murmeln sie:

„Man weiß in diesem Jahre nie,

Ob nu raus mit die Blätter

Oder rin mit die Blätter

Oder wie!“

Aus Wärme wurde wieder Kühle.

Die Oberkellner waren blaß

Und fragten ohne Unterlaß:

„Also raus mit die Stühle

Oder rin mit die Stühle

Oder was?“

Die Mädchen meiden nachts das Licht.

Sie haben Probe auf den Sinnen

In den Alleen, wobei sie denken:

„Raus mit die Gefühle

Oder rin mit die Gefühle

Oder nicht?“

Der Denz geht diesmal auf die Nerven

Und gar nicht, wie es heißt, ins Blut.

Wer lieiert Sonne in Konjerven?

Na, günstigen Falles

Wird doch noch alles

Gut.

Es ist schon warm, wird es so bleiben?

Die Anospen springen im Galopp.

Und auch das Herz will Blüten treiben.

Drum, raus mit die Stühle

Oder rin mit die Gefühle,

Als ob . . .



## Aus dem Kulturleben Warschaus

Von polnischer Seite wird uns geschrieben:

Das kulturelle Leben Warschaus weist gewisse gemeinsame Züge mit dem Kulturleben aller großen europäischen Städte auf. Das ist ganz erklärlich und kann auch nicht anders sein, weil ganz Polen eben mit der westeuropäischen Kultur sehr eng verknüpft ist. Wenn man also über das Theater, über die Malerei Warschaus schreibt, über seine Architektur, Musik usw., stößt man immer wieder auf diese gemeinsamen Züge, die wohl polnisch, aber gleichzeitig auch allgemein europäisch sind. Und doch hat Warschau nebenher einige durchaus originelle Kunststätten, wie man sie im Ausland nicht antrifft. Zu diesen gehören die Warschauer Kleinbühnen, besonders das satirische Kabarett „Qui pro quo“, dem jeder Chronist in der Zukunft viel Platz einräumen muß, wenn er über die polnische Kultur berichten wird.

Das Ausland kennt natürlich Revuebühnen. Größere und kleinere, bessere und schlechtere, das „Qui pro quo“-Theater“ ist jedoch nur scheinbar eine Revuebühne, ist eben ganz einzig in seiner Art. Selbstverständlich gibt es hier auch Tanz, heitere Lieder und andere richtige Kabarett-Nummern, außerdem gibt es aber noch etwas anderes: eine originelle und einheimische Satire auf Politik und Leben und als Zugabe so echte Poesie, wie man sie vergeblich selbst in den reichsten und am besten organisierten Revuebühnen in Paris, London, Berlin oder Wien suchen würde. Für den Warschauer Besucher ist dies nicht weiter verwunderlich, arbeiten doch am Qui-pro-quo Leute wie Juljan Tuwim, der vollumfänglich mit Recht als einer der begabtesten zeitgenössischen polnischen Dichter gilt, wie Antoni Slonimski, der Verfasser der ausgezeichneten Komödie „Der Warschauer Wocher“, die im vorigen Jahre mit großem Beifall im Kleinen Theater (teatr mały) aufgeführt wurde, wie endlich Marjan Hemar, der Autor der witzvollsten Komödie „Die zwei Herren B.“, die viele Abende hindurch Warschau belustigte. Deshalb ist auch alles, was aus der Feder dieses ausgezeichneten Dreibreiters kommt, nicht nur witzig, lustig und geschickt aufgemacht, sondern gewissermaßen eine neue, für die polnische Verfassung des heutigen Warschaus charakteristische literarische Gattung. Diese Dichtergattung hat in diesem Jahre ein politisches Marionettenspiel aufgeführt, das sich nicht scheut, alle lächerlichen Seiten des politischen Lebens Warschaus aufzudecken und meisterhaft zu beleuchten. Da außerdem sowohl Qui pro quo wie Marionettenspiele über ein ausgezeichnetes Schauspielensemble verfügen, ist es ohne weiteres begreiflich, daß Warschau seine Kleinbühnen herzlich liebt und stolz auf sie ist.

Das die ganze Welt beschäftigende kulturelle Problem des Theaters steht auch hier zur Diskussion. Wenn man doch, mit welchen Gegnern das zeitgenössische Theater überall kämpfen muß. Darunter sind nämlich zwei die gefährlichsten: das allmächtige Kino, besonders der Tonfilm — und die schwarze wirtschaftliche Krise, die das ganze Nachkriegs-Europa ergriffen hat. Finanzieller Erfolg ist den Theatern nur dort beschieden, wo das Land reich ist und sich dieses freilich sehr angenehm, doch überhaupt sehr kostspielige Vergnügen leisten kann. Jedes auf hohem künstlerischen Niveau stehende Theater verliert sich unummen. Es ist bezeichnend für die Stadt, daß sie trotz der zweifellos sehr schweren Zeiten alle ihre Theater erhalten hat. Die Warschauer

Saison ist trotz allem nicht schlecht gewesen, denn Warschau hängt wirklich an seinen Theatern.

Das diesjährige Repertoire der Theater hat sich etwas anders gestaltet als in der vorigen Saison. Weniger Stücke polnischer Autoren, überhaupt weniger neue, bisher in Warschau nicht gespielte Stücke, hingegen mehr Neuaufstellungen. Daraus kann man auf eine gewisse Nervosität in der Zusammenstellung des Repertoires schließen. Das heutige Publikum ist launisch und schwer zu befriedigen. Interessierte sich in diesem Jahre überhaupt nicht für Verfasser, die es voriges Jahr noch ganz besonders bevorzugte. Die Leiter der hiesigen Bühnen müssen sich sehr plagen, um ein so launisches und ihnen doch so ergabenes Publikum zu fressen zu stellen. Uebrigens ist es so auf der ganzen Welt.

Von Stücken, die zum erstenmal in Warschau aufgeführt worden sind, muß man in erster Linie Stanislaw Mlaszewski's „Ball in den Wolken“ (Nationaltheater) schon deshalb erwähnen, weil diese moderne Komödie in kunstvollen Versen geschrieben ist, was doch in unserer Zeit eine Seltenheit ist. Neben Mlaszewski hat ein anderer polnischer Autor, Thadäus Kittner, die polnische Bühne neu erobert. Dieser vor einigen Jahren verstorbenen originelle Schriftsteller, der vor dem Kriege seine ungewöhnlich interessanten Dramen teilweise in deutscher Sprache schrieb, lebte lange Jahre in Wien. Deshalb weiß auch sein Schaffen einen gewissen barockhaften Zug internationaler Kultur auf, mühte also auch auf jedem Theater des Auslandes Erfolg haben. Sein „Don Juan“ (Nationaltheater), besonders aber seine „Wölfe in der Nacht“ (Kleines Theater) verdienen wirklich allgemeine Beachtung.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß im Kleinen Theater lechthin das alte Stück Bernard Shaw's „Mesalliance“ aufgeführt wurde. Interessant für das Warschauer Publikum unter anderem auch deshalb, weil darin eine Polin, Lina Szeponowska auftritt, die wirklich die einzige vorteilhaft gezeigte Figur dieser Komödie ist. Des ferneren, daß das berühmte amerikanische Stück Stallings und Anderson's „Rivalen“ einen großen Erfolg errungen hat, was sehr bezeichnend ist für das Interesse des breiten Publikums an Stücken, die Kriegerlebnisse auf die Bühne bringen. Großen Beifall errang sich auch Chesterton's „Maigie“, die das Neue Theater gebracht hat.

Auf dem Gebiet der Literatur herrscht einstweilen fast völlige Stille. Ein gewisses Tagesereignis bildete der neue Roman Ferdinand Goetels „Das Herz der Gletscher“, der in diesem Jahre mit dem Staatspreis ausgezeichnet wurde. Ein sehr origineller Roman, dessen Inhalt eine phantastische wissenschaftliche Expedition nach Island bildet, mit der die Geschichte der beiden des Romans eng verknüpft sind. Wenn von Staatspreisen die Rede ist, muß auch der Staatspreis für Musik erwähnt werden, den in diesem Jahre Ludomir Rozdki erhalten hat, der Verfasser einer Reihe wertvoller, auch im Ausland mit Erfolg aufgeführter Opern ist.

Uebrigens konzentriert sich das kulturelle Leben Warschaus nicht in den Theatern und nicht in den Gemälde-Ausstellungen. Tausendert Personen besuchen täglich die ungewöhnlich interessante Ausstellung „Die Kleinwohnung“. Die hiesigen Stadtbauer zeigen, wie in den Zeiten der allgemeinen Wohnungsnot, die gegenwärtig ganz Europa beherrscht, eine billige, jedem zugängliche und doch bequeme und komfortable Wohnung auszuweisen muß. Großen Beifalles erfreute sich deshalb auch die Vorstellung des bekannten Schweizer Urbanisten Professor Ganner, der über die grundsätzlichen Probleme der zeitgenössischen Architektur sprach. Das eifrige Interesse für alle an der Grenze der freien und der angewandten Kunst liegenden Probleme ist sehr charakteristisch. Es zeigt, in welcher Richtung die Bedürfnisse des modernen Menschen sich bewegen. Dies müßte jenen viel zu denken geben, die an der Hebung des kulturellen Niveaus des ganzen Volkes arbeiten.

## Weißer Woche in Paris

Wir entnehmen die nachfolgende Schilderung dem Loeben im „Bücherkreis“ erschienenen Roman „Flachs“ von Pierre Hamp.

Schwester Claire besuchte die weiße Woche, um ihren jungen Mädchen neue Anregungen zu geben. In den „Galeries de France“ lagen die kostbarsten Stücke in Glasvitrinen; die weniger kostbaren offen als Ladmittel. Die Frauen stürzten sich auf die Wäsche wie eine Meute auf ihren Anteil am geschossenen Hirse.

Trotzdem sie schon abgehakt ankamen, schreuten sie in ihrer Kaufwut nicht davor zurück, sich zu Tausenden in dem Warenhaus so eng zu drängen, daß sie nicht drei Schritte in gerader Richtung gehen konnten.

Die Warenhäuser verstanden sich natürlich sehr gut auf die Psychologie solchen Kaufverdranges. Sie ließen die Käufer alles betasteten und die Stoffmassen durchwühlen. Von der Straße bis an die Ladenfront sprangen den Frauen das Weiß in die Augen. Sie stürzten sich darauf und waren glücklich, ungefragt alles durch-einander wühlen zu können.

An den ungewaschenen Stücken waren unter der Stiderei noch die schwarzen Striche des aufgezeichneten Muffers und die Fingerpuren der Arbeiterinnen zu erkennen, die in Paris, in den Bogesen und in den Arbeitsstuben in Saint Omer und Cambrai daran gearbeitet hatten.

Das ganze Erdgeschloß war ein Meer von Weiß; alles darauf berechnet, die Kaufwut der Frauen bis zur Kajerei zu steigern. Die Zeit war vorüber, in der man sich ruhig in einen Laden setzte und Stück für Stück in die Hand nahm. Jetzt war man — stöhnend und geköhnt, eingepreßt zwischen Menschengewühl und Warenmassen — eine Beute der Kaufleute. Wenn im Katalog stand: „Bandarbeit“, waren die Kundinnen betriebligt. Sie wollten die Gewißheit haben, daß die Arbeit viel Zeit und Mühe erfordert hatte.

Hinter den schwarzgekleideten Verkäuferinnen hingen in Glasvitrinen die kostbarsten, bändergeschmückten Stücke auf Wachsputten.

Die Masse der Frauen drängte sich langsam durch die schmalen Gänge zwischen den Weißwarenauslagen im Erdgeschloß. Die Galerien waren mit Spitzen behangen und bildeten einen Himmel von Musselin. Einer solchen Warenanhäufung konnten die Kundinnen nicht widerstehen; sie kauften wie besessen.

Die Verkäuferinnen, umsummt von der Masse der Besucherinnen lächelten, blieben höflich und liebenswürdig, so daß man ihnen ihre Erschöpfung nicht anmerkte. Ihr Beruf erforderte, daß sie nie schlechte Laune zeigten und daß sie mit immer gleicher Liebenswürdigkeit auch die unbedeutendsten Kunden bedienten. Damen im Weiß legten ihre Muffe aus Tiersellen neben die Wäsche.

Schwester Claire prüfte den Preis von Taschentüchern und Henden, und sie berechnete, wieviel menschliches Elend darin steckte. Der Rosenkranz in ihrem Gürtel verübte die Wäschehaufen. Wieviel geknechtete Arbeit ruhte doch in dieser Ware! Herr Zelle begrüßte die Schwester.

Unsere Auslagen können Sie nachdenklich, Schwester. Unsere Ausstellung ist ein großer Erfolg. Wir haben eine hervorragende Leinwandmassen von der Firma Walek. Können Sie mir das Paradies nach meinem Geschmack einrichten, dann wäre es eine weiße Woche. Früher behandelte man jede Kundin individuell; heute werden wir Massenpsychologie. Früher sah man solche Menschenmassen nur in der Kirche; heute kommen sie in die



Barenhäuser. Das Geschäft hat heute fast die Macht einer Religion. Bei doppelt soviel Raum wie früher hätten wir immer noch nicht genug. Es ist etwas Großartiges, Verkäufer in einer Zeit zu sein, in der die Kunden die Verkaufsstände stürmen. Sehen Sie dies Gewimmel, Schwester! Ich habe mich auf alles vorbereitet. Ich habe sogar die Treppengeländer mit Stoff bepannt, damit die Hände der Frauen überhaupt nicht mehr von der Ware loskommen. Die weniger verlockenden Stände lege ich unten vor die Spiegel, wo Frauen immer stehen bleiben.

Ich habe für alles vorgesorgt, losjagen ein System von Verhörungen aufzubauen; angefangen bei Staubkappen und Haarbürsten bis zu Ihren Klosterarbeiten und dem Himmelbett aus Spitzen. Als Verkäufer muß man wie der Teufel arbeiten. Die Damen auf dem Boulevard können sich diese Kasse nicht erlauben. Sie sind Väden, wir Markt. Ich habe mit mein System über Käufermassen genau zurechtgelegt; meine Verkäuferinnen brauchen sich nicht mehr allzuviel anzustrengen. Die Kundin kommt abgehakt und schon lausig genug zu Ihnen. Sie kauft weniger das was sie wirklich braucht, als das, was wir ihr suggerieren."

"Und zu einem Preise", warf Schwester Claire ein, "der eine bessere Entlohnung der Arbeiterinnen rechtfertigt. Sie suchen an allem soviel als möglich zu verdienen, am Lohn und am Verkauf. Ihr System ist sehr bitter. Stimmt es, daß Ihr geringster Verdienst immer noch dreißig Prozent beträgt, und daß Sie manchmal bis auf hundert kommen?"

Herr Treibe lächelte. Er liebt schwierige Gegner. "Ich erkläre Ihnen unsere Verkaufsreligion, Schwester, und Sie sprechen von unserem Verdienst. Wären Sie nicht Könige, würde ich Sie zum Abteilungschef ernennen. Mir imponieren Menschen, die Verständnis für Kauf und Verkauf haben. Einer Kundin, die mit mir sachmännlich diskutieren kann, gebührt meine Achtung. Von einem charaktervollen Käufer kann der Verkäufer immer lernen."

### Bagnosträfling Nummer 47192 wird belobt

Der Gouverneur von Französisch-Guyana wendet sich anlässlich einer großen Feuersbrunst, die mit Hilfe von Militär, Polizei und Eingeborenen, aber auch unter besonderer Teilnahme von Zussässen der Strafkolonie beseitigt wurde, im "Journal Officiel" dankend an die Öffentlichkeit. "Der Chef der Kolonie hält es für besonders angebracht, auf die glänzende Führung der Soldaten, Gendarmen (sowie die Namen) hinzuweisen. Der Gouverneur hält es aber gleichzeitig für seine Pflicht, den Bagnosträfling Nr. 47192 wegen seines erstaunlichen Mutes und seiner Hingabe an das Rettungswerk öffentlich zu beloben."

Nr. 47192 ist nicht ein beliebiger Bagnosträfling, der nach Guyana verbannt worden ist. Es ist einer, den das kleinste Kind in der Kolonie kennt: Der große, starke Mann, der Kriegsdienerverweigerer Bial! Jeder achtet diesen Sträfling Nr. 47192, sei er hoher oder subaltern Beamter, freier Arbeiter oder Schiffsbesitzer der eisernen Kette. Hohe Notabeln ehren ihn mit ihrer Freundschaft. Aber Bial ist noch immer im Bagno, weil er Gerechtigkeit will und keine Gnade. Gestrichelt, brutale Bagnowächter kapitulieren vor ihm und wagen Mißhandlungen nicht zu betreiben. Wo Bial ist, da verliert das Knüttelgeheul der eingeborenen Jäger, die auf die Köpfe der ausbrechenden Bagnosträflinge warten. Seinen geraden durchdringenden Blick kann niemand aushalten, der Böses im Schilde führt. Sein Einfluß reicht bis zu den herablichsten Verbrechern, die gelegentlich an weniger Starren ihr Mütchen zu kühlen versuchen. Nur die Drohung "Bial" braucht ausgesprochen zu werden, und die Bestie wird zahm. Sie fürchten weniger seine Kraft als seinen Vorwurf. Er leidet kein Brot mit den Hungrigen, sein Viertel Kaffee mit den Kranken. Er arbeitet für die Schwächsten. Er erlaubt keinen Dank, in welcher Form es auch immer sei. Er verzeiht den Unglücklichen, die seine legendäre Güte ausnutzen. Sind Epidemien im Lager ausgebrochen — und das kommt oft genug vor —, so ist kaum die Aufforderung zur Bereitschaft von Freiwilligen ausgesprochen, und schon meldet sich Nr. 47192 als erster. Ohne Sorge um die Ansteckungsgefahr und die Strapazen wacht er Tag und Nacht an den Lagerstätten seiner leidenden Gefährten.

Bial ist das lebendige Gewissen in Guyana. Er beendet alle Streitigkeiten. Man holt ihn als Schlichter und jeder beugt sich seinem Worte. Er ist der Mann des Friedens. Er ist der tüchtigste Arbeiter. Er unterzieht sich den unanständigen Arbeiten. Steht sich dorthin, wo er sich für die Gefährten einsetzen kann. Verzagt er nicht, Feinde veröhnen, häßliche Aktionen verhindern, arbeiten um des Guten willen, das ist das größte Glück des Bagnosträflings Nr. 47192. Die abgebrühtesten Gouverneure der Kolonie selbst konnten Bial ihre Sympathie nicht verschließen. Sie interessierten sich für ihn und versuchten, einen Gnadenersatz für ihn zu erwirken. Aber Bial wartete nicht darauf. Gepeiniget vom Heimweh nach seiner Frau und seinem Kinde brach er einmal aus der Hölle Guyanas aus. Sumpfsieber, Hunger, Erschöpfung und Festnahme auf Martinique, das war die Bilanz des ersten Versuchs. Der zweite Ausbruch: Bial kommt nach Brasilien. Gerettet? Nein, weil er Bial heißt, muß er bald wieder zurück auf die "Inseln des Heils"! Die Affäre Sacco und Banquet hält die Welt in Spannung. Bial tut gerade den ersten Schritt in die Freiheit. Eben selber dem schrecklichsten Spätkamer unterer Gesellschaftsordnung entwichen protestiert er in öffentlichen Versammlungen gegen die Justizmörder, gegen den Henker Fuller. So kommt er zum dritten Male ins Bagno.

Damals schrieb der Sträfling Nr. 47192 einen Brief an den Gouverneur Juvaon: "Herr Gouverneur! Ich habe die Pflicht, Ihnen zu sagen, ich verlange kein Erbarmen; verlange nur Gerechtigkeit. Meine Strafe ist bald verbüßt; trotzdem erbehe ich Einspruch. Ich bin unschuldig. Ich habe niemals ein kriminelles Delikt begangen. Ich habe niemals gestohlen. Ich habe mich nie geweigert, auf fremde, unschuldige Menschen zu schießen. Das ist alles. Wenn man das Urteil des ersten Kriegesgerichtes von Lyon nachprüfend, wird man feststellen müssen, daß ich schon längst hätte amnestiiert werden müssen. Achtzehn Jahre schwere Arbeiten im Bagno (auf diese Gesamtstrafdauer lautete das Urteil. Die Red.) glauben Sie, daß das zu viel ist, wo ich nur einer reinen Idee gefolgt bin! Ist es nicht bedauerlich, daß meinen Protesten nicht die Beachtung geschenkt wurde, die sie verdienen? Der Krieg ist längst zu Ende. Viele haben vergessen, wie schauerlich das Massenmorden war. Die deutschen Kriegsgefangenen sind längst zu Hause und wir Verdammte des Krieges, wo bleiben wir?"

Die Belobung des Gouverneurs ist gleichzeitig mit dem Gesuch um Begnadigung an das Kriegsministerium der französischen Republik abgegeben. Vielleicht wird nun endlich doch der Bagnosträfling Nr. 47192 die Ketten des Bagno ablegen dürfen.

Bert Baß.

### Ueberführt

Kriminalnovelle von Ernst Ludwig Berger

"Ich glaube, daß Durtain, der Privatsekretär, es war, der Melville ermordet hat", sagte der Kommissar und blinzelte James Green nachdenklich an. "Ja, ich bin sehr davon überzeugt, obgleich mir nicht über hinreichende Fingerzeige verfügen, um diesen Verdacht begründen zu können. Und Durtain ist so gerieben, daß er sich nie verraten wird."

Der Detektiv, den die staattliche Polizei zuweisen zur Aufklärung wichtiger Verbrechen heranzuziehen pflegte, nickte gelassen. "Ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Kommissar. Aber nach Lage der Dinge"

Er sprach den Satz nicht zu Ende, verlor auf's Neue in Schweigen.

Melvilles Witwe hat rund hunderttausend Dollar für die Ergreifung des Mörders ausgelegt", fuhr der Kommissar nach längerer Pause bestimmt fort. "Aber ich fürchte, sie wird sich

## Wirtschaftliche Fachschule für Arbeiter und Angestellte Peterwaldau

Erster vollständiger Lehrgang Beginn 1. September 1930

Für die am 1. September dieses Jahres beginnenden ersten vollständigen Lehrgänge von mindestens einjähriger Dauer ist folgender Lehrplan vorgegeben:

- Allgemeine Vorträge und Arbeitsgebiete:
1. Staat, Verfassung Verwaltung (mit internationalen Vergleichungen und völlerrechtlichen Erörterungen zur Schulung des außenpolitischen Verständnisses).
  2. Allgemeine Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialen Ideen (mit einem Überblick über die Programme und Forderungen der politischen Parteien).
  3. Allgemeine Wirtschaftslehre.
  4. Fragen der volkswirtschaftlichen Praxis (ausgehend von der Wirtschaftspolitik Deutschlands).
  5. Wirtschaftsgeographie und industriell-agrarische Standortlehre (weiter besonderer Berücksichtigung der schlesischen Verhältnisse).
  6. Betriebswirtschaftliche Tagesfragen.
  7. Grundzüge und Erfahrungen der Finanzpolitik (Finanzierung des Staates, der Gemeinden, der Unternehmungen usw.).
  8. Kommunalpolitische Probleme.
  9. Abriß der Sozialpolitik und der Sozialversicherung.
  10. Allgemeine Rechtsfragen.
  11. Arbeitsrecht (mit Beispielen aus der Praxis).

Außer zwei hauptamtlich angestellten Lehrern werden mehrere Fachreferenten zur Behandlung dieser Gebiete herangezogen.

### Spezialkurse

Sind vorgesehen unter anderem über folgende Themen: "Die osteuropäischen Staaten, ihre Völker und ihre Wirtschaft"; "Die Lage der schlesischen Landwirtschaft"; "Die Lage der schlesischen Industrie"; "Die Frage der deutschen Ostgrenze und der deutsch-polnische Handelsvertrag" u. a. m. Außerdem werden Übungen veranstaltet über wirtschaftlich-rechtliche Tagesfragen. Die Schüler müssen selbständige schriftliche Arbeiten und quellenmäßig bearbeitete Referate anfertigen, die in den allgemeinen Unterricht eingefügt werden. Besichtigungen und Exkursionen, regelmäßige Turn- und Sportübungen und geistliche Gemeinschaftsabende sollen für die notwendige Abwechslung sorgen.

In Arbeitsgemeinschaften werden hauptsächlich folgende Gebiete behandelt:

- a) Statistische Übungen (Wirtschafts-, Lohnstatistik);
- b) Rhetorisch-stilistische Übungen;
- c) Übungen zur Technik des geistigen Arbeitsprozesses (systematisches Denken, modernes Rechnen, Exzerpieren von Büchern, Kartenlesen, eventuell Stenographie).

die Ausgabe sparen können."

"Hunderttausend?" fragte Green lebhaft. "Das ist ausreichend, um den Täter zu fassen!"

"Wie denn? Glauben Sie, er hat einen Mitwisser, den man bestechen könnte?"

"Anstun — verzeihen Sie. Aber man mordet nicht auf so raffinierte Art einen Menschen und beraubt ihn um mehr als eine Million, wenn man sich gleichzeitig in die Hände eines anderen begibt. Durtain hat gemordet und zwar allein — ich kann mir den Vorgang, wie er sich abgespielt hat, genau vorstellen."

"Aber Beweise, Beweise!" seufzte der Kommissar. Green lächelte flüchtig.

"Ich werde Frau Melville bitten, mir diese Summe zur Verfügung zu stellen. Ich verdiene nichts dabei, aber ich verpflichte mich, mit dem Geld den Mörder dingfest zu machen."

"Und wie sollte das geschehen?" fragte der Kommissar. "Es ist nur eine Theorie. Aber ich glaube, sie wird richtig sein. Was meinen Sie, Herr Kollege, wieviel man zahlen muß, um das Theater für einen Abend zu pachten?"

"Für dreißigtausend wird es sicher möglich sein."

"Gut, sehr gut — zehntausend für den Schriftsteller, zehn für die Schauspieler und soviel als möglich für Kellere, Presse und alles drum und dran."

"Ich verstehe, ich begreife kein Wort von dem, was Sie da sagen."

"Die Sache ist einfach, ganz einfach. Ich glaube zu wissen, daß die junge Frau Melville kein Mittel unversucht lassen wird, den Mörder ihres Mannes dem Gericht auszuliefern. Zweifellos wird sie mit meinem Vorschlag einverstanden sein."

"Und worin wird er bestehen, die'r Vorschlag?"

"Nun — ich werde einen Schriftsteller, irgend einen raffinierten Bühnentechniker, damit beauftragen, ein Stück zu schreiben: 'Melvilles Ermordung'. Wir werden es über unsere Bühne gehen lassen, mit unseren Schauspielern. Wir werden mit sehr vorsichtigen, sehr geschickt aufgelegenen Artikeln in allen Zeitungen, mit Plakaten und Lichtreklame die Öffentlichkeit bearbeiten. Das Ereignis liegt erst wenige Wochen zurück, es ist zu sensationell, hat zu viel Staub aufgewirbelt, um nicht alle Wünsche zu lassen, das Stück zu sehen."

"Nun — und?"

"Nun — auch Durtain wird hingehen, natürlich."

"Meinen Sie wirklich? Ich glaube, er ist viel zu klug, zu vorsichtig."

"Doch — bestimmt. Sie wissen ja, es laßt jeden Mörder immer nach dem Schauplatz seines Verbrechens. Und wenn es auch nur ein eingebildeter Schauplatz ist. Zudem fühlt er sich durchaus sicher, ahnt überhaupt nicht, daß man ihn verdächtigt."

"Und selbst, wenn er hinginge — welchen Erfolg versprechen Sie sich davon?"

Green sah ihn durchdringend an. "Herr — verstehen Sie nicht? Er wird sich selbst noch einmal morden sehen — darauf begründet sich meine Theorie."

der Öffentlichkeit nach dem Morde durch die Presse bekannt gegebenen Umstände verarbeitet, alle offenkundig von der Kriminalpolizei verfolgten Spuren wurden nacheinander zum Aufsteig gebracht, mit sorgsam gesteuerter Geschwindigkeit führte die Fandung der Katastrophe entgegen.

Nun waren nur noch zwei Menschen auf der Bühne: Melville und sein Mörder. Und erschüttert erlebten die Zuschauer noch einmal, jetzt vor aller Öffentlichkeit, die grauenhaften Vorgänge, die man aus den Zeitungsmittellungen noch deutlich in Erinnerung hatte, und die schließlich mit der Ermordung Melvilles schloffen.

Ein nicht endenwollender Applaus lohnte die Schauspieler. Aber es dauerte mehr als fünf Minuten, ehe sich der Vorhang wieder über den beiden Hauptdarstellern hob. Der Mörder, vorher mit einer gleichgültigen, unbekanntem Physiognomie seine Rolle spielend, trug jetzt die ausgezeichnet getroffene Maske — Durtains.

"Ist Ihnen schlecht geworden?" fragte ein Herr mitfühlend und bemühte sich um den Franzosen, der plötzlich mit einem Seufzer längs der Logenbrüstung zu Boden gesunken war. Durtain, halb ohnmächtig, versuchte vergeblich, seinem verzerrten, unklug Haltung aufzuzwingen.

"Danke sehr", stammelte er, "ein plötzlicher Schwächeanfall — aber es ist schon vorüber."

"Dann darf ich Sie bitten, mit mir zu kommen", sagte der Unbekannte. "Der Wagen wartet bereits auf Sie."

Der Franzose wollte aufbegehren. Da hob Green — denn dieser war es — die Rocklappe, zeigte seine Ausweismaske. Durtain gab den Widerstand auf. "Kein Aufsehen!" flüsterte Green noch —, sonst müßte ich Sie hier von der Polizei verhaften lassen — und das könnte bei der aufgeregten Stimmung des Publikums für Sie zu peinlichen Folgen führen."

Zitternd, den Hut tief in die Stirn gedrückt, stieg der Franzose vor dem Detektiv die schmale Treppe des Notausganges herab. Unten wurde er von dem Kommissar und zwei Kriminalbeamten in Empfang genommen.

"Es hätte nicht dieses Schlußeffekts bedurft, Herr Durtain, um Sie zu überführen", sagte Green, als alle im Wagen saßen, und blinzelte mit hartem Lächeln auf den völlig Zusammengebrochenen. "Der Verfasser dieses Stückes hat den Darsteller absichtlich bei der Ausführung des Mordes einen schweren Fehler machen lassen — einen Fehler, den Sie selbst nicht gemacht haben. Und Sie waren der einzige, der bei dieser Szene nicht gelächelt hat. Das genügt mir bereits. Sie benahmen sich genau wie ein Künstler, wie ein Dichter, der erbittert sehen muß, daß man sein geniales Werk bei der Reproduktion verkauft. Ich verstehe es gut — und ich erwartete es."

Und dann, sich zum Kommissar wendend: "Das nämlich war meine Theorie!"

### Weekend im Tower

Von Kurt Kersten.

Katzen des Königs kauern sich hoch wie schlante Arien-Läume, zu denen man hochsehen muß, vor den Garkern des Towers auf. Die Zwingsburg der ältesten englischen Herrscher, das Staatsgefängnis, lagert am Abgang zur Themse hin, vertieft sich unübersehbar mit einem labyrinthischen Gewirr von Mauern, Brustwehren, Türmen, Festungswerken, Kerkern, Fallgattern, Rundgängen. Aber das Blut, das in Strömen hinter diesen Mauern fließt, ist längst verdorrt, die Seufzer der jahrhundertlang Eingekerkerten sind verhallt, die Ketten, die sie oft unschuldig erlitten, sind ungehört, aber vergessen; im Nichtplatz, auf dem so oft Häupter fielen, spielen Kinder; im Schatten, getrennt von allen Gebäuden, liegt eine kleine Kirche mit einem Friedhof. Der enge, trostlose Begräbnisplatz der Hingerichteten beherrsigt Männer und Frauen, Rebellen und Renegaten, unglückliche Königsfrauen, private Lausendliche. Schauerlich ist die Witze der Hingerichteten, Ermordeten. Clarence wurde in Malvajier erlöst, zwei Königsfinder im Bett erdroffelt und unter Treppentufen eingescharrt.

Dann gibt es dort ein Schaukabinett im Nichtplatz, Bell und Marterinstrumenten, mit einer eisernen Jungfrau, Folterwerkzeugen, die in satanischer, satibitischer Luft erkunden und angewandt wurden — man denkt an den elektrischen Stuhl, die Guillotine, das Fallbeil, das Gas — sind es wirklich Zeichen des Fortschritts? Wäre es nicht Zeit, heute eine Ausstellung ähnlicher Instrumente zu machen?

Auf dem Hof des Towers bot sich ein merkwürdiges Schauspiel: Es war spät am Nachmittag eines Sonntags, die Besatzung mußte zum Appell antreten: korporatenschaftsweise, etwa 40 Mann, voran ein Trompeter, der in Abständen Signale schmetterte, ein Offizier in phantastisch schwarzer Uniform, die mit dunklen Eiben, Rindchen, Schleifen verziert war, gab schrift Kommandos; Berganten brüllten: lange Ketten mit Messen in flammenroten Röcken, weißen Hosen, riefigen Belagern, Rinnreimen schräg über den Mund gelegt, Koppeln Griffe, standen still und rührten sich, auch Krante in Puffeln und Drillichanzügen machten ihre Reverenz, hernach gab es Kleiderappell, Knöpfe wurden geprüft, ob sie festlagen, nicht mit Streichhölzern zum Schein festgemacht waren; Gewehre wurden nachgesehen, Schußhohlen geprüft, hernach begannen die Berganten, während sie die dünnen Stöcken durch die Luft pfeifen ließen, wieder ihre Kommandos zu geben, der Trompeter blies ein Signal — das Schauspiel war zu Ende — "Wegtreten!"

In düstern Reihen umsäumten die Besucher des Towers den Exzerzierplatz, das Schauspiel schien sie mehr zu locken, als die öden Mauern, in denen Herzöge und Königsleichen, Kinder und Rebellen ihre letzten Tage verbracht hatten.

Auf dem engen Begräbnisplatz hinter der kleinen, düsteren Towerkirche aber liegt Thomas Morus, hingerichtet auf Befehl des Königs wegen Hochverrats.

In seiner Utopia stehen die ewig denkwürdigen Worte: "Den Krieg verabschieden sie (die Utopier) als ein Bestialität, die doch bei keiner Veltie so häufig wie beim Menschen. Entgegen den Sitten fast aller Nationen gilt ihnen nichts so unähnlich wie Kriegszug. Sie unternehmen nie einen Krieg außer zur Befreiung eines unterdrückten Volkes vom Joch der Tyrannei..."

Es war am 6. Juli 1535, als Thomas Morus im Tower zehn Schritte von jenem Exzerzierplatz hingerichtet wurde.

### Eine rätselhafte Hausinschrift

Vor ungefähr dreißig Jahren wurde in dem heftigen Dorfe Damshausen ein Haus abgetragen. Dieses trug eine merkwürdige Inschrift, die wohl ein Sonderling verfaßt hat. Man las nämlich folgende einfache Zeilen:

Kann Mann Gott Not  
Lesen klugen meinem und  
Recht einen zu Kreuz  
Worte für auf ich  
Die ich ich hab  
Mir halt will Erden  
Der den drum auf.

Die meisten Leser dieses "Hauspruches" sind wahrscheinlich nicht hinter die Lösung dieses eigenartigen Poems gekommen. Man muß nämlich ein wenig nachdenken, um die Lösung zu finden, d. h. eigentlich braucht man nur die Augen richtig aufzupassen. Wenn man zunächst von unten nach oben die letzten Worte auf jeder Zeile liest und das mit den vorletzten Worten ebenso tut und so weiter, so bekommt man schließlich diese sinnvollere Inschrift heraus:

Auf Erden hab ich Kreuz und Not,  
Dum will ich auf zu meinem Gott,  
Den halt ich für einen klugen Mann,  
Der mir die Worte recht lesen kann.



## Stahl-Moloch als Menschenfreund

### Zum Spiel mit dem Stahlwert Beder

Das Stahlwert Beder kann weiter bestehen. Die Presse der Schwerindustrie besingt den Edelmut der Werksleitungen, deren Bedingungen für Weiterbildung und Vermeidung sofortiger Stilllegung angeblich „weitgehendes Entgegenkommen“ offenbaren. Das Angebot der Arbeitgeber, schreibt die „Kölnische Zeitung“, zeugt von hohem Verantwortungsbewusstsein der industriellen Führer. Die Eisenindustrie bringt ein zweifaches Opfer, ein finanzielles sowie den Verzicht auf sofortige Durchführung der als richtig erkannten Konzentrationspläne. Jetzt steht die Verantwortung für die Entscheidung bei den Gewerkschaften, die das Abkommen als Tarifvertrag gegenzeichnen müssen. Wir hoffen, daß sie im gleichen Geiste der Verantwortung auf die Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen verzichten und die Durchführung eines Abkommens ermöglichen werden. Es handelt sich um die Erhaltung der Existenz mehrerer tausend Menschen und um das Wohlergehen einer Stadt.

Die „Kölnische Zeitung“ hat sich da eine ganz nette Fabel zurecht gemacht die man überlächeln könnte: Der gute Friedrich und der gute Dietrich. Das Spiel, das mit dem Stahlwert Beder und seiner Belegschaft getrieben wird, wird jetzt allmählich klar. Die Gewerkschaften sollen das Angebot des Angeleiteten- und Betriebsrats, das auf eine Lohnsenkung hinausläuft, akzeptieren und funktionieren. Die Forderung davon wäre, daß an allen Ecken und Enden im Reich die Geister in den Betrieben mobil würden, um mit ähnlichen Lohnsenkungsangeboten heranzutreten und auf diese Weise die Lohnabbaupolitik auf der ganzen Linie in Gang zu bringen. Daß die Arbeitgeber bei diesem Spiel mit dem Stahlwert Beder mehr wollen als eine zweifelhafte Hilfsaktion für die von der Stilllegung bedrohte Belegschaft, das hat bereits die Vergewaltigung angedeutet. Jetzt im Ansturm an die Veröffentlichung der Bedingungen der Werksleitung zur Vermeidung der Stilllegung hat die „Kölnische Zeitung“ in aller Selbstevidenz die Kasse aus dem Saß gefahren. Sie erklärt: „Gehen die Gewerkschaften auf das Angebot der Belegschaft und die daran geknüpften Bedingungen der Arbeitgeberseite ein, dann wird durch die Inangriffnahme des Werkes eine ganz neue Entwicklung der deutschen Wirtschaftsgeschichte eingeleitet, die in ihrer prinzipiellen Bedeutung selbst über Deutschland hinaus nicht ohne Beachtung bleiben wird.“

Das ist deutlich genug. Die Herrschaften wollen mehr nur die menschenfreundlichen Herz Offenbar, sie wollen höher hinaus. Für sie handelt es sich bei der Vermeidung der Stilllegung des Stahlwert Beder auf dem Wege einer Lohn- und Gehaltsenkung um eine prinzipielle Angelegenheit. In dem Augenblick aber, wo dieser Sachverhalt völlig klar zutage liegt, wird es für die Gewerkschaften unmöglich, aus dem Verweigerungsakt einer recht unratigen Rationalisierung in die Enge gezielten Belegschaft eine Waffe gegen sich selbst zu schmieden. Die Gewerkschaften sollen sich — darauf läuft das Manöver der Stahlherren hinaus — durch eine Sanftionierung des Gehalts- und Lohnabbauplanes und der Bedingungen der Werksleitung zur Fortführung des Betriebes selbst die Schlinge um den Hals legen. Wenn das Manöver gelänge, dann wäre das für die Arbeiter ein ganz gewiß nicht zu verachtender Erfolg. Warum sollen ungehörige solcher Möglichkeiten die Stahlherren in der Frage der Weiterführung des Betriebes nicht mit sich reden lassen? Sie können das umso eher, als sie bei der Weiterführung ja gar nichts riskieren! Aus dem Angebot der Werksleitung wird aber, daß nur für ein Jahr die Weiterführung zulässig werden soll. Ein Jahr wird wohl der Übergang dauern. Man wird nicht sofort auf die Minute das Stahlwert Beder verlassen und sämtliche Leute nach Hause schicken. Man baut allmählich ab. Diplomatisch ist ja bereits in dem Angebot der Werksleitung eine Entlastung der Betriebe von allen nicht unbedingt erforderlichen Arbeitern und Angestellten verlangt worden. Auf Deutsch heißt das: ganz ohne Abbau geht es nicht. Aber man kann natürlich bremsen. Wenn sich in der Zwischenzeit die Konjunktur bessert, kann selbstverständlich weitergearbeitet werden — auch nach einem Jahr. Besser ist sich nicht, dann schwebt eben nach einem Jahr genau wie heute das Damoklesschwert der Stilllegung über der Belegschaft. Der Konzernmoloch wird das Werk dann doch verhängen, wie er sonst immer sehr verschlingen möchte, nicht weil die Löhne und Gehälter etwas zu sehr auf die Rentabilität drücken, sondern weil die Quotenverteilung es so will. Das übernehmende Werk wird durch Verlegung der Erzeugung aus dem Stahlwert Beder auf den Standort der Konzernwerke zusätzliche Auftragsmengen erhalten, damit es seinen Leerlauf ausschalten kann.

Alles im Leben hat seine Grenzen, auch die Rationalisierung, weil sonst Vernunft Ansturm wird. Auch die Kölnische Zeitung bei ihrer Erörterung des Falles des Stahlwert Beder das Verständnis nicht unterdrücken, daß Wirtschaften in der Praxis, nicht in der ersten Linie reiflose Durchführung des wirtschaftlichen Prinzips, sondern Menschenführung und Menschenhaltung bedeuten. Quoten oder Menschen? Bis jetzt sehen wir nur ein Verzweigungsangebot der Belegschaft, die aus Angst vor Arbeitslosigkeit sich mit geringerem Gehalt und Lohn abfinden will. Die Annahme eines solchen Verzweigungsangebots durch die Werksleitung ist für die Unternehmer bereits eine Ruhmesstat der Stahlherren. Die Gewerkschaften sollen die Rolle des bösen Dietrich übernehmen, der nichts von einer Lohnenkung wissen will und damit die armen Arbeiter und Angeleiteten des Stahlwert Beder in die Arbeitslosigkeit treibt. Der Stahl-Moloch als Menschenfreund!

Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der Reichsbahn darf jedoch nicht übersehen werden, daß bei ihr für unnütze Spielereien immer noch recht viel Geld vorhanden ist. Die Kosten für Bahnhöfe, Teno und Leistungszulagen sind mit rund 40 Millionen Mark jährlich nicht zu gering veranschlagt. Mit diesen 40 Millionen könnte man schon beinahe die Hälfte des Ausfalls der letzten drei Monate decken. Haben die maßgebenden Stellen der Reichsbahn-Gesellschaft kein Empfinden für das Peinliche ihrer

Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der Reichsbahn darf jedoch nicht übersehen werden, daß bei ihr für unnütze Spielereien immer noch recht viel Geld vorhanden ist. Die Kosten für Bahnhöfe, Teno und Leistungszulagen sind mit rund 40 Millionen Mark jährlich nicht zu gering veranschlagt. Mit diesen 40 Millionen könnte man schon beinahe die Hälfte des Ausfalls der letzten drei Monate decken. Haben die maßgebenden Stellen der Reichsbahn-Gesellschaft kein Empfinden für das Peinliche ihrer

Rolle, wenn sie nach einer Tarifserhöhung zulen und zu gleicher Zeit 40 Millionen für Spielereien und Protektions-Trittselber verpulvern? Die Reichsbahn hat zurzeit 19 Panzerzüge in Betrieb. Ist das notwendig? Unter diesen Umständen müssen ihre Drohungen mit Arbeiterentlassungen nur böses Blut machen. Mit Mühe und Not ist durch die Einführung von Kurzarbeit die Entlastung von 7000 Werkstättenarbeitern vertrieben worden. Jetzt droht die Reichsbahn, fast doppelt so viel Arbeiterkräfte abzubauen.

Mit Brutalität sanieren ist keine Kunst. Die Methode, bei irgendwelchen auftauchenden Schwierigkeiten kurzerhand die Arbeiter auf die Straße zu werfen, ist bequem, aber sie wird — darüber muß sich die Reichsbahn und mit ihr das ganze Unternehmertum im Klaren sein — von Tag zu Tag gefährlicher.

## Mehr Arbeitsbeschaffung!

### Umschulung städtischer Erwerbsloser für die Landwirtschaft

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung fördert besonders solche Maßnahmen, die städtische Erwerbs- und Berufslose für eine Tätigkeit in der Landwirtschaft umschulen sollen. So wird auch die Deutsche Arbeitszentrale in Berlin, in deren Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Landarbeiterverband ist, unterstützt. Die Arbeitszentrale hat im Fliegerhorst bei Frankfurt a. O. für städtische Erwerbslose ein Umschulungsinstitut geschaffen, in dem theoretischer und praktischer Unterricht über landwirtschaftliche Arbeiten erteilt wird. Bisher sind rund 2000 junge Leute umgeschult worden, von denen die meisten zur Landarbeit vermittelt werden konnten. Es handelt sich bei den Teilnehmern um solche Erwerbslose, die sich freiwillig gemeldet haben. Durchschnitlich werden im Monat auf diese Weise 200 ausgebildet. Bei der Vermittlung werden sowohl die Löhne wie auch die Unterkunft geprüft. Im Unternehmen, die unter Tarif bezahlten oder schlechte Unterkunftsräume zur Verfügung stellen wollen, darf nicht vermittelt werden. Die Leitung der Schule sucht auch fernerhin mit den vermittelten Arbeitern in ständiger Verbindung zu bleiben, um zu erkunden, ob die Umgeschulten auf dem Lande sesshaft werden.

Eine ähnliche Umschulungsarbeit leistet das Landesarbeitsamt Darmstadt. Es hat eine landwirtschaftliche Lehrwerkstatt in Kiedding in Hofsteln eingerichtet, wo ebenfalls städtische Erwerbslose — durchweg 100 — angelehrt und umgeschult werden, so daß sie nach einer gewissen Ausbildungszeit als Arbeitskräfte der Landwirtschaft zugeführt werden können. Auch mit diesem Institut, das in Musterstellen Unterricht in Viehpflege und Fütterung erteilt und auch sonst für Feld- und Hofarbeiten theoretische und praktische Unterweisungen gibt, sind gute Erfahrungen gemacht worden. Während Kiedding hauptsächlich landwirtschaftliche Kräfte für norddeutsche Güter und Höfe ausbildet, eignen sich die im Fliegerhorst Geschulten für Brandenburg und ostdeutsche Verhältnisse.

Daß derartige Umschulungen Erfolge zeitigen und zu ihrem Teil die städtische Erwerbslosigkeit etwas beheben, gleichzeitig aber die Landflucht eindämmen können, beweist die Tatsache, daß der größte Prozentteil vermittelter Erwerbsloser aus dem Ruhrgebiet nicht nach dort zurückgekehrt ist. Dieser Prozeß könnte noch wesentlich gefördert werden, wenn die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande immer mehr einen sozialen Charakter erhielten.

## Sibt es in den Landwirtschaftskammern etwas zu verheimlichen?

### Was alles gegen die Mitwirkung der Landarbeiter in den Landwirtschaftskammern vorgebracht wird

Es stellt sich immer stärker heraus, daß das, was die Landwirte bisher gegen die Einbeziehung der Landarbeiter in die Landwirtschaftskammern gesagt haben, keineswegs ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck bringt. Die Landwirte sind nicht gegen die Einbeziehung der Landarbeiter in die Landwirtschaftskammern, weil die in den Kammern zur Verhandlung kommenden Dinge die Landarbeiter nur bedingt interessieren, sondern weil sie verhindern wollen, daß ihnen die Landarbeiter zu stark in die Karten guden. Das kam mit ziemlicher Deutlichkeit in einer Verammlung der Auftraggeber der an der niederrheinischen Landwirtschaftskammer bestehenden Buchführungsstelle zum Ausdruck, die Ende Februar im Breslauer Konzerthaus stattgefunden hat. In der Verammlung wurde, wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ in Nr. 55 berichten, nach einem Bericht des Verammlungsleiters v. Waidorf aus Proschitz der Beschluß gefaßt, die Buchführungsstelle von der Kammer loszulösen und in Zukunft als selbständiges Institut fortbestehen zu lassen. Einer der Gründe, die diesen Beschluß notwendig machen, liegt nach der Darstellung des Verammlungsleiters v. Waidorf in dem Entwurf eines neuen Landwirtschaftskammergesetzes, der jetzt dem Preussischen Landtag vorliegt und der die Einbeziehung der Landarbeiter in die Landwirtschaftskammern vorsieht. „Man müsse befürchten“, so heißt es wörtlich in dem Bericht, „daß die mit der Mitwirkung der Landarbeiter verbundene Möglichkeit der Kenntnisnahme interner Betriebsvorgänge und des vorhandenen Zahlenmaterials für politische Zwecke ausgenutzt werde.“

So kann nur reden, wer etwas zu verheimlichen hat. Hätten die Landwirtschaftskammern nichts zu verheimlichen, dann wären die Ausführungen des Rittergutsbesizers v. Waidorf die unbedeutendsten, die jemals getan wurden.

Die Feststellungen des Rittergutsbesizers v. Waidorf sind ein wertvolles Argument für die Einbeziehung der Landarbeiter in die Landwirtschaftskammern. Es sollte bei den Beratungen

des Preussischen Landtages über das neue Landwirtschaftskammergesetz nicht außer acht gelassen werden.

### 8-Stundentag in Argentinien

Der argentinische Bundespräsident hat durch Regierungsdekret den achtstündigen Arbeitstag für die ganze Republik in Kraft treten lassen. Für die Arbeiterchaft der Schiffsindustrie, der Eisenbahnen und im öffentlichen Dienst hat die Regierung durch einen besonderen Erlass die neue Arbeitszeitung zunächst bis zum 12. September verschoben. Diese Maßnahme stößt vor allem in den Kreisen der Eisenbahner auf scharfe Kritik, die zum Teil die Form von Streikandrohung annimmt.

### Lehrstätten für Erwerbslose

Einer Meldung aus Halle zufolge beabsichtigen die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung in Verbindung mit dem Hallischen Magistrat und dem dortigen Arbeitgeberverband Lehrstätten zu errichten, in denen Erwerbslose für bestimmte technische Berufe ausgebildet werden sollen. Es handelt sich bei dieser Unterbringung von Erwerbslosen um die Schulung von Spezialarbeitern, für die heute noch in der Industrie Nachfrage besteht. Die Mittel für die Lehrstätten bringen die Reichsanstalt und der Arbeitgeberverband auf, während der Magistrat geeignete Räume zur Verfügung stellt.

Die Wahl der Delegierten zur Breslauer Generalversammlung des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes findet am Sonntag, dem 6. April statt. Der Bergarbeiterverband ruft im Hinblick auf die Wichtigkeit der auf der Generalversammlung zu behandelnden Fragen zu reiflicher Beteiligung auf.

## Agrarzollvorlage und Brotpreis

Von Dr. Fris Baade.

Die von der Sozialdemokratie befürwortete Roggenzollvorlage, mit deren Hilfe die Stützungsstelle heute in Deutschland über einen Roggenwert von 400 000 Tonnen verfügt, hätte bisher eine Pflücke, die durch die neue, jetzt dem Reichstag vorliegende Vorlage geschlossen werden soll: sie war nämlich mit der Gefahr belastet, daß die Brotgetreidepreise mit Verlust verkauft werden muß, falls auf eine reiche Ernte oder wie jetzt auf zwei reiche Ernten nicht eine knappe, sondern nochmals eine reiche Ernte folgt. Hier wird durch die neue Vorlage Abhilfe geschaffen und zwar durch das Maximum von 2 Mark und die Abänderung des Getreidezolles. Damit wird Sicherheit gegeben, daß die Roggenüberschüsse auch bei der Aufeinanderfolge mehrerer guter Ernten als Futtergetreide verwandt werden können. Eine Verteuerung der heimischen Produktion tritt hierdurch nicht ein; denn gleichzeitig mit der allgemeinen Erhöhung des Getreidezolles auf 10 Mark, tritt die Ermäßigung für die Regierung ein, den Getreidezoll auf 2 Mark für diejenigen Landwirte zu senken, die neben der Getreide eine entsprechende Menge von konzentriertem Futterroggen erwerben.

Diese neuen Mittel zur Roggenstützung entfernen sich nun vollends von der überlieferten Form der Zölle. Mit starken Zöllen und mit Einfuhrsteuern in der Höhe des Zolles wurde blindlings darauf losgewirtschaftet, ehe die Sozialdemokratie bei der Kreisbildung des Getreides neue Wege wies. Heute haben wir bereits 1. beweisliche Zölle für Roggen und Weizen; 2. Verzicht auf die Erhöhung des Einfuhrsteuerverwertes; 3. ein staatliches Roggenausfuhrmonopol. (Deutsch-polnisches Roggenabkommen). Nach den neuen Vorlagen wird ein staatliches Maismonopol und eine Handhabung des Getreidezolles im Einklang mit dem Planmäßig in den Dienst der gemeinwirtschaftlichen Roggenstützung gestellt werden soll.

Daß mit einer solchen Politik nicht Verbraucherinteressen geschädigt, sondern entsprechend dem Belange der Sozialdemokratie in ihrem neuen Agrarprogramm, die gemeinsamen

Interessen von Erzeugern und Verbrauchern gefördert werden, ist leicht zu erkennen. Die Roggenpreise bis zu dem Maße zurückgehen, wie sie es ohne die im Dezember geschlossenen und die jetzt neu vorgeschlagenen Maßnahmen tun würden, so könnte der Verbraucher zwar vielleicht für den Augenblick billigeres Brot haben, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Brotpreise überhaupt diesem Sturz der Getreidepreise folgen würden. Doppelt und dreifach müßte er aber diesen kleinen Vorteil in den nächsten Jahren in unerhört hohen Brotpreisen zurückzahlen und die Hoffnung auf einen niedrigen Weltmarktpreis für Roggen würde in dem Augenblick in nichts zerfallen, wo man ernsthaft durch unerträglich niedrige Preise die deutsche Roggenproduktion verschlagen hat. Der „Roggenweltmarkt“ ist ja überhaupt eine ganz irrtümliche Vorstellung. Seine Gesamtlapazität beträgt rund eine Million Tonnen, während allein die deutschen Roggenernter, je nach dem Witterungsausfall, um zwei Millionen Tonnen und mehr schwanken. Bei guten Ernten exportiert Deutschland eine halbe Million Tonnen Roggen und die Preise sinken dann auf dem „Weltmarkt“ ins Bodenlose, besonders wenn dann noch Polen und Rußland gleichzeitig ihre Roggenüberschüsse verschleudern. Bei schlechten Ernten muß Deutschland eine halbe Million Tonnen Roggen importieren und die Preise steigen dann auf das Doppelte und Dreifache. Volkswirtschaftlich unausdenkbar wäre schließlich die Brotsteuerung, wenn Deutschland seine Roggenproduktion verlassen ließe und damit auf diesen Weltmarkt, der ja keiner ist, seinen ganzen Roggenbedarf der ausländischen Bevölkerung, nämlich 82 bis 4 Millionen Tonnen Roggen, kaufen müßte. Eine Politik, die den Roggenpreis sinken läßt, kann er infolge guter Ernten und infolge der Schanderpolitik, Sowjetrußlands ganz abzusinken droht, die dadurch den deutschen Roggenbau und die Grundlage unserer Brotversorgung erhält und eine Politik, die bei reichen Ernten eine Brotgetreideernte für den Fall einer Magerernte anlegt, ist daher nicht nur eine gute Agrarpolitik, sondern vor allem und in erster Linie eine gute Verbraucherpolitik.

## Tarifserhöhung oder Massenentlassungen bei der Reichsbahn

Mit dieser Alternative versucht die Reichsbahn-Gesellschaft die Reichsregierung unter Druck zu setzen. Wir haben das Auffahren solch großen Gehältes schon gesehen. Denn die Lage ist auf dem Arbeitsmarkt kritisch, ernst genug, und alle verantwortlichen Stellen, auch die Reichsbahn, haben reichlich Anlaß, alles zu vermeiden, damit die leichten Anlässe zur Besserung nicht im Reim erstickt werden. Die Schädlichkeit einer Tarifserhöhung liegt auf der Hand. Wir brauchen eine Förderung, nicht aber eine neue Hemmung der Konjunkturbesserung. Auf der anderen Seite kann niemand streiten, daß die Reichsbahn für den zurzeit wirtlich nicht auf Rollen gebettet ist. Der Verkehr liegt daneben. Der milde Winter hat die Konkurrenz der Binnen-schiffahrt vergrößert. Was nun dem Einnahmefall der Reichsbahn auf das Einnahmehin Konto der Binnen-schiffahrt, der allgemeinen Wirtschaftslage oder der Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs gegeben werden muß, ist schwer zu sagen. Das Minus der Monate Januar, Februar, März wird auf weniger als 10 Millionen Mark begiffelt.



Ein „Tempel des Friedens“ in Locarno



Die Kapelle „Casa di Ferro“ in Locarno ist von Friedensfreunden erworben und nach gründlicher Wiederherstellung als „Tempel des Friedens“ der Stadt zur Erinnerung an die dortige

Konferenz, die den Anfang zur Befriedung Europas machte, geschenkt worden. Die Kapelle, die früher ein bekanntes Wallfahrtsziel war, wurde auch von Stresemann, Briand und Chamberlain besucht.

Nogens und die Leihenwuppe

Höhepunkt des Jakubowski-Prozesses: Lokaltermin in der Wälinger Heide Anheimliche Demonstrationen mit einer Ewald Nogens-Wuppe

Der Mittwoch-Lokaltermin in der Wälinger Heide führte die Autokolonne des Reichsgerichtes und der Geschworenen von Lübeck aus bei sehr schlechtem Wetter zuerst nach dem Heidefeld, in dem früher die Familie Nogens wohnte, während sich jetzt in den engen, dumpfen Räumen die Eltern des neuerdings so schwer belästigten Paul Kreuzfeld häuslich niedergelassen haben. Es wird weiterhin die Stelle besichtigt, an der August Nogens nach seinem früheren Geständnis dem Kind „die Luft abgedrückt“ haben will, ferner das Grundstück des Landwirts Eggert, wo Jakubowski in Arbeit war. Bei der Vernehmung der Zeugen Gertrud Nogens, Frau Müller, Johannsen und Page kommt es zu verschiedenen Widersprüchen.

Der Trupp der Juristen, Zeugen und Journalisten zieht durchs ganze Dorf an jene Stelle, an der August Nogens nach seinem früheren Geständnis angeblich die Leiche des kleinen Ewald seinem Bruder Fritz übergeben haben will. Rechtsanwalt Brandt hat eine Wuppe mitgebracht, die ungefähr von genau der gleichen Größe ist, wie es die des ermordeten kleinen Ewald Nogens gewesen sein muß. Der Vorsitzende fordert August Nogens auf, einmal mit der Wuppe vorzumachen, wie es war, als er seinem Bruder die Leiche übergab. Ruhig stellte sich August Nogens unter dem Mordbaum auf. Neben ihm steht Kriminalkommissar Draeger. Der übergibt ihm die Wuppe — August wird leichenblau.

Die Beiden stehen sich gegenüber; der Kriminalkommissar mit der Wuppe in der Hand und August Nogens, der sich weigert, sie entgegen zu nehmen. Voller Angst liest er das grauenvolle Demonstrationsschild an: „Die böswärtigen Augen sprühen Haß und Furcht. Dreimal fordert Draeger auf, die Wuppe in Empfang zu nehmen. August steht wie Raar.

Jetzt gehen die Verteidiger des August Nogens auf ihn zu und warnen ihn, sich nicht aufs Glatteis führen zu lassen. Das bestärkt Nogens in seinem Widerstand. Dann kommt die Reihe an Fritz Nogens. Er ist ebenso scheu wie sein Bruder, steht sich hilflos um, sagt mit zitternder Stimme: „Ich kann doch nicht zeigen, wie ich die Leiche getragen habe; denn ich habe es ganz nicht gemacht. Das habe ich ja bloß erfunden!“ Freundlich, fast väterlich redet nun der Oberstaatsanwalt ihm zu: „Sie sollen ja nur zeigen, wie sie es nach ihren damaligen Aussagen gemacht haben wollen.“ Da wird Fritz Nogens umgänglicher, jögert noch einen Moment, nimmt aber dann doch die Wuppe in die Hand, sieht und fühlt sie einen Moment lang interessiert an — und das Gesicht wandelt sich, die Augen haben den starren Blick verloren. Allmählich macht die Sache dem Fritz Nogens Spaß. Hingru kommt, daß er sich nun ziemlich wichtig fühlt. Er führt sie, die Wuppe, er führt alle zum „Grab“ — ist es das Grab?

Teils trägt Fritz die Wuppe mit der Hand teils schleift er sie hinter sich her. Dem unheimlichen Doppelgänger folgt über die lehmigen regenburstränkten Stoppeläcker der Schwarm der Richter, Journalisten und Dorfbewohner. Nach Durchquerung einer kleinen Wabede ist das Kaninchenloch, in dem Fritz nach seiner früheren Aussage Ewald Nogens vergraben haben will, erreicht. Heute leugnet freilich der Angeklagte diese Vergrabung. Sorgfältig beginnt nun Fritz Nogens mit der Wuppenleiche des kleinen Ewald zu hantieren und zu demonstrieren — betont aber immer wieder, daß er das, was er da demonstriert, in seinen früheren Aussagen nur erfunden hätte. Natürlich fragt das Gericht, natürlich fragt auch Rechtsanwalt Brandt, wieso er sich so etwas habe ausdenken können, und wieso er fähig gewesen wäre, alles das zu erfinden. Fritz Nogens bleibt die Antwort schuldig.

Richter und Verteidiger lassen nicht locker. Schwer ringt es sich von den Lippen des Fritz Nogens: „Ich habe August die Sache leichter machen wollen, damit er nicht zum Tode verurteilt wird.“ Er meint, daß er die Beseitigung der Leiche auf sich genommen habe, weil er gemüht hätte, daß auf Beseitigung keine Todesstrafe stehe. Sofort sagt man ihm, daß seine Erklärung ja völlig nutzlos ist, weil er sich ja mit ihr nur selbst belastet, ohne aber seinen Bruder zu entlasten.

Alles ist aus. Fritz Nogens juckt nur kumm mit den Achseln. Nun weiß er auch nicht mehr, was er da noch sagen könnte. Er spürt deutlich, daß er sich rettungslos verheddert hat. Viel mehr man von ihm nicht mehr hören. Wolkenschichten hängen die Regenwolken über der weiten Heide von Wälinger.

Wie der Leichenbär nach Stuttgart kam

Die in der Presse verbreitete Vermutung, daß das Bärenschiff, dessen Genug in Stuttgart so traurig haben sollte, von einem Bären beschlagnahmt, der in Mannheim bei dem Sarghant verendet sei, bestätigt sich nicht. Nach den polizeilichen Befragungen verstarb die Waise, Kanari, dieses Jahres ein Bären-

bestiher aus finanziellen Gründen seinen Tierbestand. Unter diesen Tieren befand sich auch ein angeblich drei Jahre alter männlicher Esel, den ein Stuttgarter Gastwirt kaufte. Der Bär wurde Ende Januar dieses Jahres in Gegenwart eines Tierfachverständigen erschossen. Die Eingeweide wurden herausgenommen und geteilt. Darauf wurde das Fleisch sofort im Kraftwagen nach Stuttgart gebracht. Nach Angabe des Stuttgarter Tierfachverständigen machten das Fleisch und die Eingeweide des Bären äußerlich gesehen, einen tadellosen Eindruck.

Drei tapfere Männer

Aus Liebeslummer stürzte sich gestern in Berlin eine junge Frau von der Lichtensteinbrücke in den Landwehrkanal. Drei Männer haben ihr Leben eingelegt, um die Lebensmüde zu retten. Generalleutnant von Stülpnagel, der Kommandeur der dritten Division und Befehlshaber im Wehrkreis III, der ehemalige Lichtenberger Bürgermeister und Reichstagsabgeordnete Dr. Marecki und der Chauffeur Willy Hahn. Generalleutnant Joachim von Stülpnagel und Dr. Marecki, die sich auf dem gewohnten Morgenritt befanden, passierten kurz vor 10 Uhr zu Pferd die Lichtensteinbrücke, als die junge Frau sich plötzlich über das Geländer schwang und in den Kluten versank. Beide Herren sprangen vom Pferd und kühlten sich ins Wasser. Gleichzeitig war ein dritter Retter, der Chauffeur Willy Hahn, vom Ufer aus ins Wasser gegangen und hatte den Rettungsgürtel mitgenommen. Den drei tapferen Männern gelang es, die Selbstmörderin zu packen und ihr den Rettungsring überzuwerfen. Sie wurde an Land gebracht und vom Rettungssamt in Pflege genommen. Die tapferen Retter werden zur Verleihung der Rettungsmedaille vorgeschlagen werden.

Man hat das Nachtgespenst

Nach aufregender Jagd wurde in Berlin der 36 Jahre alte Arbeiter Josef Kozlow festgenommen, der eine ganze Zeitlang die Rolle des berühmtesten Nachtgespenstes gespielt hat, in Wirklichkeit aber nur deshalb wie ein Geist blühte und erschrak, um um so bequemer schlafen zu können. Kozlow hat am Mittwoch morgen einen Einbruch bei einer Familie Sebastian in einem Hause in Charlottenburg verübt. Im rechten Augenblick machte Frau Sebastian insofern eines Geräusches auf, sah eine Gestalt, die eine Sekunde lang durch das Aufhängen einer Taschentasche erhellt wurde, sich von der Kommode bis zum Schrank bewegen und wachte ihren Mann und Sohn, die sofort festhalten konnten, daß der Einbrecher, der inzwischen das Bett gesucht hatte, alle Behältnisse und Kleidungsstücke durchsucht, auch Geld und Klinge gestohlen hatte. Vater und Sohn hatten die kluge Idee, sich schlüssig anzuziehen und nach dem Bahnhof Savignypfad zu eilen, wo sie tatsächlich ihren Besucher am Bahnsteig wartend fanden. Als ein Zug einfuhr, krieg der Verdächtige ein, Vater und Sohn folgten in einem anderen Abteil, und als Herr Nachtgespenst am Bahnhof Wedding den Zug verließ, sah aber sofort verfolgt, begann eine wilde Jagd über Söndersdamm und Böschung, wobei sich der Verfolgte durch einen unglücklichen Sturz ein Bein brach. Man fand in seinen Taschen die gestohlenen Dinge, ferner einen Dietrich und andere zur Ausübung des Heckensteherberufs unentbehrliche notwendige Kleinigkeiten. Meinend bekannte Gespensterrolle: „Das habe ich mit Recht verdient, denn ich habe es getan!“ In der Wohnung des Befohlenen haben Beamte des zuständigen Polizeikommissariats festgestellt, daß Kozlow tatsächlich genau nach der Art des langgeschichteten Nachtgespenstes gearbeitet hat, woran der letzte Zweifel seiner Identität mit diesem Schlingel sei dürfte. Er hat zunächst alle richtigen Aussagen gemacht, und auf diese Weise die elektrische Leitung des Hauses durchsucht. Die Eingangstür zur Wohnung hatte er mit einem Stein aus der Wohnung von außen wieder abgeschlossen — alles die übliche Nachtgespenstweise.

Zu Tode mißhandelt

Vom Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin wurden der Arbeiter Julius Schröder zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, seine Frau zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt, weil beide für schuldig befunden wurden, den Tod ihrer dreijährigen Tochter Dora durch fortgesetzte grausame Mißhandlungen herbeigeführt zu haben. Der Leidensweg der kleinen Dora war furchtbar. Ihre entmenschte Mutter schlug sie mit der Spielfischpe, mit der Kochelle, der Vater mit einem zusammengelegten Ledriemen, dessen Eisenschloß schlimmste Verletzungen verursachte. Eines Tages wurde das Kind in ein 82 Zentimeter tiefes und ein Meter breites Kellerloch gesperrt, und als Dora dann noch einmal für kurze Stunden das Licht einer ihr graujamem Welt erblickte, wurde sie buchstäblich zu Tode getreten und zu Tode geworfen. Nach dem zweiten Fall blieb das Opfer liegen und starb.

Mietsteuerbetrug eines Berliner Großkaufmannes?

Wie die Berliner Justizpressestelle mitteilt, befaßt sich die Staatsanwaltschaft mit Ermittlungen gegen einen Berliner Finanzmann Hermann St. Den Ermittlungen gegen den Finanzmann — er ist ein bekannter Berliner Großkaufmann, der in Berlin über vierzig Häuser besitzt — liegt eine Strafanzeige der preussischen Bau- und Finanzdirektion zugrunde, nach der St. den preussischen Fiskus durch unlautere Maßnahmen angeblich mit Hilfe gefälschter Dokumente, seit längerem Jahren um Beträge von fast einer Million Mark geschädigt haben soll.

Tödlicher Ausgang eines Streites

Zu Meiningen gerieten zwei junge Burken in einen Streit, in dessen Verlauf der eine den anderen mit einem Messer so schwer verletzte, daß er nach wenigen Minuten starb. Der jugendliche Messerstecher konnte von der Polizei festgenommen werden. Er wurde ins Amtsgericht eingeliefert.

Schweres Autounglück

Sechs Schwerverletzte Vor den Toren der Stadt Lübeck am Ehrenfriedhof in der Graacksdorfer Allee fuhr gestern abend kurz vor 8 Uhr eine Autotaxi gegen einen Baum, als der Fahrer verlor, einem Radfahrer, der auf der verkehrten Seite der Chaussee fuhr, auszuweichen. Die Autotaxi, die dabei einen zweiten Motorradfahrer mit sich führte, wurde vollständig zerstört. Die fünf Insassen, darunter eine Frau und zwei Kinder, erlitten schwere Verletzungen. Auch der Motorradfahrer wurde schwer verletzt.

Eine Fabrik ausgebrannt

Gestern abend sind in Köln die ausgebreiteten Fabrikanlagen der Lederwerke Hestrichen A. G. durch ein Großfeuer fast völlig vernichtet worden. Den Feuerwehren, die mit etwa 12 Schlauchleitungen gegen das Flammenmeer vorgingen, gelang es nur, das Maschinenhaus und die zum Werke gehörigen Wohnhäuser, die infolge des starken Funkenfluges aufs äußerste gefährdet waren, vor Schaden zu bewahren. Wiederholt mußten Löscharmaturen auch an anderen Häusern des Stadtteils Rheinbahlen Brandherde bekämpfen, die sich dort durch Funkenflug gebildet hatten. Der Brandschaden beträgt mehrere 100 000 Mark. Der Betrieb des Lederwerks, das mit 80 Arbeitern voll beschäftigt war, ist gänzlich still gelegt.

Der General von Polen

Ein polnischer „Hauptmann von Adonia“ Inz Polen erschien gestern Nacht in der Kaserne des 57. polnischen Infanterie-Regiments beim Inspektionsoffizier ein General der Infanterie in Begleitung eines Majors und gab Befehl, das Regiment sofort in Alarmzustand zu setzen. Da der General aber keine den Vorschriften vollkommen entsprechende Uniform trug, bat der diensthabende Offizier um das Vorzeigen von Legitimationen. Als sich die beiden nachlässigen Gäste nicht legitimieren konnten, ließ sie der Inspektionsoffizier verhaften. Bisher konnte noch nicht festgestellt werden, zu welchem Zweck die beiden Abenteuerer, die jede Auskunft verweigern, das Regiment alarmieren wollten.

Statt ins Grab ins Auto

Auf merkwürdige Weise verwickelte das Schicksal den Freitod des Arbeitslosen Wisniewski in Kallisch (Polen). Als der Selbstmordhandlader aus dem Fenster des dritten Stockwerkes aus dem Hause sprang, fuhr gerade aus dessen Torweg ein Auto. Unglückliche-glückliche Springer stürzte auf das Dach des Autos, durchdrach es und kam schmerzlich direkt neben dem Chauffeur zu Fall und zu Süh. Der Chauffeur trug leichte Verletzungen davon, während Wisniewski keinerlei Schaden erlitt. Er wird sich demnächst wegen Beschädigung des Autos zu verantworten haben.

Korruption in der Türkei

In der türkischen Kammer fragte der Abgeordnete Hamdi die Regierung Ismet Pascha, ob es wahr sei, daß der Abgeordnete Kemil sich von einem großen Handelshause mit 200 000 Goldmark bestechen lassen und als Gegenleistung eine Herabsetzung der Steuerlast des Unternehmens erwirkt hätte. Die Regierung gab eine ausweichende Antwort.

Der Wahrheitspostel auf dem Verteilungsweg

Eine Sensation rief in Istanbul ein Postträger hervor, als er auf einem großen Platz an der Galata-Seite der Neuen Brücke plötzlich auf den Stand des Verteilungspostisten stieg, der in der Zeit des größten Verteilers seinen Verzicht auf den Stuhl gelassen hätte und auf einen Schnaps ins Wirtshaus gegangen war. Der Arbeiter benutzte die Gelegenheit, den Passanten eine zündende Rede gegen das Gewaltregime der Kemalisten zu halten. Eine riesige Menschenmenge sammelte sich an und hörte schweigend dem einfachen Mann zu, der die Regierung beschuldigte, das Land seiner Freiheit beraubt und systematisch ruiniert zu haben. Als ein Trupp Polizisten herbeieilte, warnte die Menge den Redner, der aber unerschrocken weiter sprach, bis die Beamten ihn von seinem Stand herunterrißen und ins Gefängnis schleppten.

Schneesturm in Illinois

Der Verkehr zwischen dem Staate Illinois und den Nachbarstaaten ist durch einen schweren Schneesturm stark behindert worden. Der Blizzard forderte auch drei Todesopfer, außerdem wurden zahlreiche Straßenpassanten verletzt. Eine Zugkollision ereignete sich durch das Unwetter in der Nähe von Chicago. Die durch das Unwetter erschreckten Tiere sind überall hin vertrieben, demnächst ist nicht weniger als 200 Mann zum Ausbären.